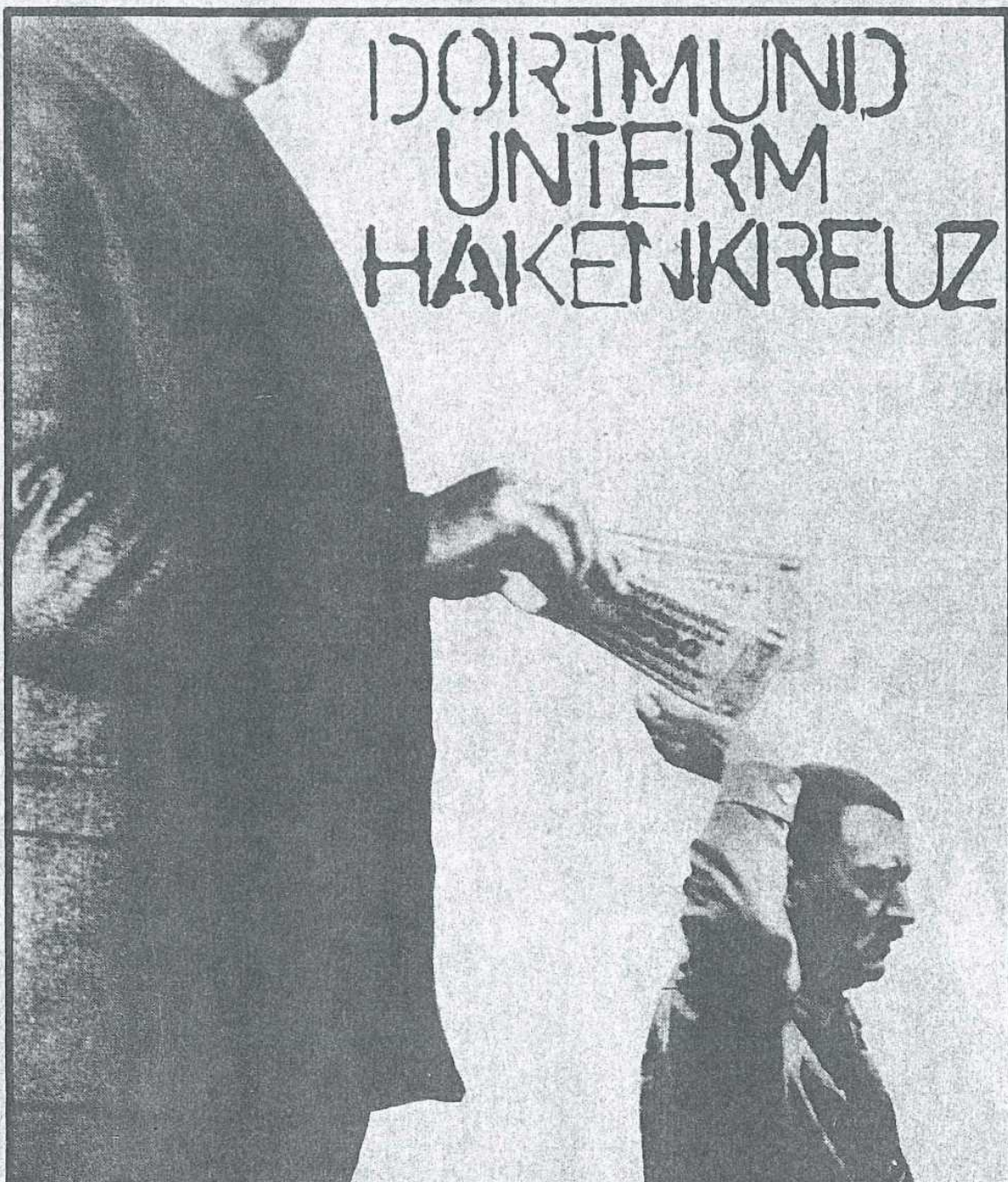




DORTMUND UNTERM HAKENKREUZ



**EXEMPLARISCHES AUS DEM WIDERSTAND
DER ARBEITERBEWEGUNG IN DORTMUND**

GEW Stadtverband Dortmund

Diese Broschüre ist zu beziehen durch Vorauszahlung von 3,50 DM auf das Postscheckkonto Dortmund (BLZ 440 100 46) 851 61-468, Peter Velten Sonderkonto, oder direkt in der GEW-Geschäftsstelle, Luisenstraße 30 in Dortmund.

Dortmund, September 1983

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, StV Dortmund

Erarbeitet von: Michael Brück, Hans Frank, Renate Hetsch, Hajo Koch, Peter Velten, Ernst Weidlich

Herstellung: Bredenbeck Fotosatz, Dortmund, Westfalendamm 75

Inhalt

1. Vorwort	2
2. Voraussetzungen für die Machtübernahme der Nazis.....	3
2.1. Die wirtschaftlich herrschenden Kräfte	3
2.2. Die Massenbasis der NSDAP	4
2.3. Die Arbeiterbewegung.....	5
3. Die Eingabe führender deutscher Industrieller und Großagrarien am Hindenburg vom 19.11.1932	5
4. Vögler und Springorum: Förderer und Hintermänner der Nazis in Dortmund.....	8
5. Die Antwort der Dortmunder Arbeiterbewegung auf die „Machtergreifung“ vom Januar 1933 bis März 1933.....	12
6. Der Antifaschist Willi Gast berichtet:	23
7. Die Jahre 1933-1936: Zerschlagung der Gewerkschaften und Widerstand in den Betrieben.....	24
8. Fritz Henßler: Widerstand in Dortmund und KZ Sachsenhausen	30
9. Ein Dortmunder in den Interbrigaden: Kurt Schmidt, alias August Hartmann, genannt „Langer August“	33
10. Ausländische Zwangsarbeiter in Dortmund: Gemeinsamer Widerstand mit Deutschen	35
11. Die Morde in der Bittermark - Ostern 1945	37
11.1. Das Denkmal in der Bittermark	37
11.2. Die Opfer	38
11.3. Der Widerstand.....	40
12. Die Opfer des Widerstandes - Mahnung und Verpflichtung	41
13. Anmerkungen	44
14. Erläuterungen und Abkürzungen	45

1. Vorwort

Diese Broschüre wurde von einer Arbeitsgruppe der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft angefertigt. Wir wollen hiermit Material vorlegen, das leicht zugänglich und überschaubar ist. Es soll in exemplarischer Weise einen Einblick in den Widerstand gegen das Naziregime in Dortmund geben. Wir haben uns auf die Darstellung über den Widerstand der Arbeiter beschränkt, da die Dokumentation darüber (z.B. in Schulbüchern) weitgehend fehlt oder sehr vernachlässigt worden ist. Außerdem wollten wir als Gewerkschaftler hier unseren Schwerpunkt setzen, da andere Gruppen (z. B. Kirchen, Juden) Dokumentationen über Verfolgung und Widerstand gegen den Nazismus bereits herausgegeben haben.¹

Die Situation in Dortmund zu Beginn des Jahres 1933 und in der Nazizeit läßt sich nicht nachvollziehen, wenn man sich nicht einige Entscheidungen, die das damalige Deutsche Reich betroffen haben, vergegenwärtigt. Da darüber eine Fülle von Material vorliegt, haben wir diesen Teil nur abrißartig dargestellt.

Die Eingabe von Großindustriellen und Bankiers halten wir für zentral für die Haltung eines Teils der Industriellen gegenüber dem Nazismus. Um zu zeigen, welchen Klasseninteressen die Zerschlagung der Weimarer Republik und die Etablierung des Nazismus diene, haben wir Vorstellungen und Handlungen eines Dortmunder Industriellen ausführlich dargestellt. Vögler war der bedeutendste Vertreter der Großindustrie in Dortmund, zu denen auch Springorum und Klönne gehörten. Er führte im Sinne der Zerschlagung der Weimarer Republik generalstabsmäßig Regie. Da die Vorstellungen und Handlungen Vöglers beispielhaft für die Ziele stehen, die in den Chefetagen der Ruhrindustrie verfolgt wurden, dokumentieren wir Stationen seines Lebens, indem wir auch die Zeit vor 1933 mit berücksichtigen. Gleichzeitig wird dadurch deutlich, an welche politische Traditionen der Nazismus anknüpfte und welche Ziele Teile der Großindustriellen mit der Errichtung der Nazierrschaft und während deren Bestehen verfolgten.² Die Reaktionen der Arbeiterschaft in Dortmund auf die Machtzuweisung Hitlers sind aus den Tageszeitungen vom Januar und Februar 1933 rekonstruierbar. Wir haben deren Kampf so ausführlich dargestellt, da hier deutlich wird, daß der Wille zur Gegenwehr vorhanden war und Aktionen stattfanden. Aber durch die Spaltung der Arbeiterbewegung konnte diese die Errichtung der Diktatur nicht verhindern. Außerdem wird deutlich, daß die Bedrohung durch den Nazismus in der Endphase der Weimarer Republik erfahrbar war, jedoch das Ausmaß des Terrors, der nun ab 1933 einsetzte, und die gewaltsame Unterdrückung jeglicher Opposition nicht vorausgesehen werden konnten.

Auf welche Weise sich die Arbeiterbewegung auf diese neuen Bedingungen einstellte und welche Kampfformen sie entwickelte, wird sowohl in dem Abschnitt über die Jahre 1933-1936 deutlich, als auch in den biographischen Teilen der Broschüre.

Durch die Darstellung von Lebensabschnitten einzelner Personen soll beispielhaft gezeigt werden, unter welchen Bedingungen - im Konzentrationslager, im Kampf in den Interbrigaden, in den Betrieben, in mehr oder weniger alltäglichen Situationen - Widerstand gegen den Nazismus geleistet wurde und welche Handlungen unter den Terrorbedingungen Widerstandsaktivitäten waren. Gleichzeitig wollen wir durch die Beispiele auch die verschiedenen politischen Positionen aufzeigen. Für den Arbeiter-Widerstand wurde klar, daß der Kampf nur organisiert erfolgreich sein konnte. So sind die politischen Einstellungen, die die einzelnen Personen vertreten, auch immer als Ausdruck der Positionen zu verstehen, die in den Organisationen (Partei, Gewerkschaft) diskutiert und entwickelt wurden. Die damals gewonnenen Einsichten kamen in den Entscheidungen der Nachkriegszeit zum Tragen. So wurde z. B. die Gewerkschaft als Einheitsgewerkschaft vom 21. bis 23. 8. 1946 in Bielefeld gegründet.

Besonders die Abschnitte der Broschüre über die Zwangsarbeiter in Dortmund und die Morde in der Bittermark sollen an die Opfer des Nazismus erinnern. Die Stadt Dortmund hat die Tradition entwickelt, den Karfreitag als internationalen Gedenktag zu begehen. Sie handelt damit im Sinne der inzwischen verstorbenen und noch lebenden Frauen und Männer des Neubeginns, der Kämpfer gegen Nazismus und Krieg.

Bei unserer Arbeit hatten wir oft den Wunsch, Genaueres über einzelne Aktionen und deren Wirkung sowie über das alltägliche Leben im Widerstand und die Verbindung zwischen einzelnen und deren Organisationen zu erfahren. Vieles, was heute von Interesse ist, konnte unter den damaligen Lebensbedingungen nicht aufgezeichnet werden. Allerdings werden heute noch von Betrieben und Behörden Dokumentationen unter Verschuß gehalten, die wichtige Informationen enthalten.

Das Bewußtsein über die Geschehnisse der Vergangenheit in einer Stadt sollte aber nicht nur in

Broschüren oder Büchern festgehalten werden. Insofern haben die Gebäude wie die Steinwache, die Polizeiwache in Hörde, Gedenktafeln und Denkmale eine wichtige Funktion, da sie die Erinnerung an die Ereignisse der Vergangenheit wachhalten können. Im Sinne der Spurensicherung wäre es wichtig, auch andere Orte zu markieren.

- Wo waren die Lager für Zwangsarbeiter in Dortmund?
- Wo waren die Außenlager von Konzentrationslagern?
- Wo wurden verhungerte, ermordete Zwangsarbeiter begraben?
- Wer und wie viele Menschen wurden hingerichtet im Gefängnis Lübecker Hof und anderswo?

2. Voraussetzungen für die Machtübernahme der Nazis

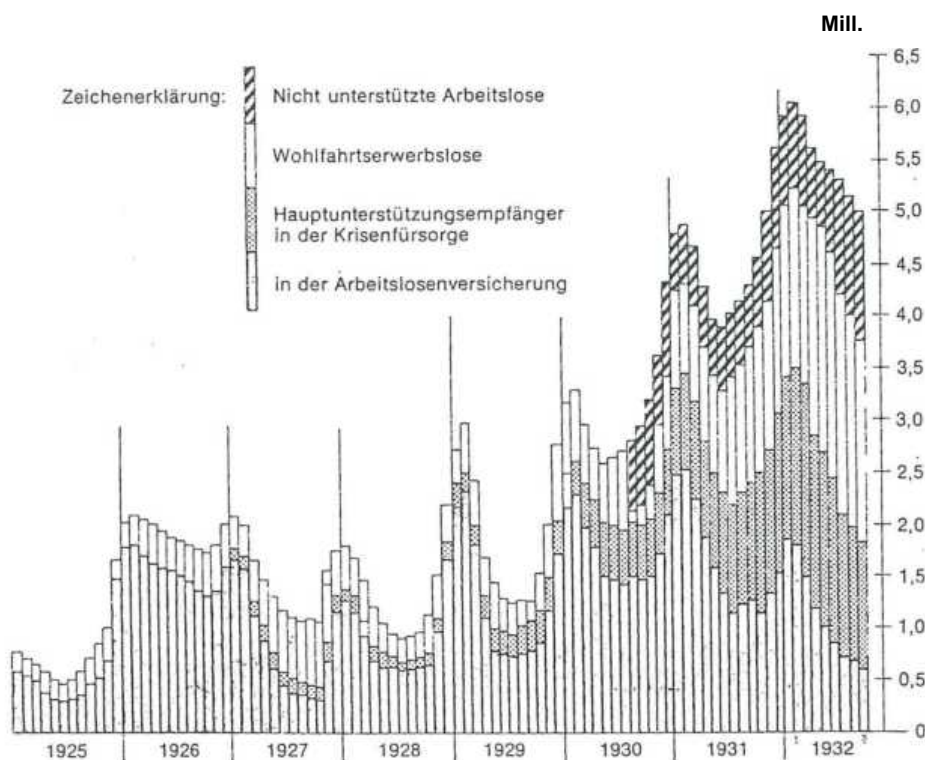
2.1. Die wirtschaftlich herrschenden Kräfte

Nach der Novemberrevolution 1918 hatten die scheinbar besiegten Kräfte, besonders die ostelbischen Großgrundbesitzer und die Herren der Kohle- und Stahlindustrie, die parlamentarische Demokratie sehr widerwillig in Kauf genommen. Denn einerseits barg die Republik ständig die Gefahr in sich, daß nicht nur Tagesforderungen durch die Arbeiterschaft erkämpft wurden, sondern auch die Eigentumsordnung insgesamt in Frage gestellt werden konnte. Andererseits war die parlamentarische Republik ein Hindernis für das Ziel, das jene herrschenden Kräfte immer noch zu erreichen hofften: die Vormachtstellung in Europa und Kolonialbesitz in Übersee. Diese Ziele strebten sie an trotz der Niederlage im 1. Weltkrieg und trotz der Schwächung, die mit dem Versailler Vertrag verbunden war. Doch nach 1918 war das gesellschaftliche Kräfteverhältnis dem Erreichen dieses Ziels nicht günstig. Der Versuch von Kapp, 1920 eine Militärdiktatur zu errichten, wurde von der starken Arbeiterbewegung im Generalstreik abgewehrt.

In der Konjunkturphase seit 1924 schien man sich seitens der wirtschaftlich herrschenden Kräfte mit der parlamentarischen Demokratie abgefunden zu haben. Man konnte sich auch so lange mit dieser Staatsform abfinden, als die ökonomische Lage ziemlich stabil war und den Lohnabhängigen soziale Zugeständnisse gemacht werden konnten.

Das änderte sich durch die große Krise seit 1929. Die sozialen Konflikte verschärfen sich. Viele Betriebe meldeten Konkurs an. Die Arbeitslosenzahlen in Dortmund stiegen von Dezember 1929 bis Dezember 1930 von 16 183 auf 47 700 an.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich 1925 bis 1932



St.RA. 32

Quelle: Stadtarchiv Dortmund, Bestand 518

Bei der Arbeiterschaft wuchs die Einsicht, daß die Ursache des Elends im kapitalistischen System zu suchen war. Es breiteten sich antikapitalistische Stimmungen weiter aus. In der Bevölkerung, die bisher nicht links gewählt hatte, begann man nach anderen Wegen zu suchen. Die bürgerlichen Parteien (DDP, DVP, DNVP) verloren ihren Masseneinfluß.³ In den Chefetagen der Montanindustrie und in den Herrenstuben der ostelbischen Großgrundbesitzer wurde überlegt, wie man diese antikapitalistischen Stimmungen für die eigenen Interessen und gegen links, gegen die Arbeiterbewegung kanalisieren könne und wie die Lasten der Krise auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden könnten. Schon bald hatte sich bei den maßgeblichen Herren die Vorstellung durchgesetzt: Die parlamentarische Demokratie muß weg.⁴

Es ging darum, nicht nur vorübergehend die mit der Krise verbundenen Probleme zu lösen, sondern langfristig die Arbeiterbewegung zurückzudrängen, die demokratischen Rechte abzubauen und ein autoritäres, möglichst ein monarchistisches Regime zu errichten.

Neben Männern aus dem Adel beschlossen bedeutende Ruhrindustrielle, die Hitlerpartei aufgrund ihres Masseneinflusses finanziell zu unterstützen. Bekannt ist der Beschluß des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, ab 1. Januar 1931 per Tonne verkaufter Steinkohle fünf Pfennig an die NSDAP zu zahlen.

Nachdem die ersten seit 1930 praktizierten politischen Lösungsversuche der Wirtschaftskrise in Form der Präsidialdiktaturen von Brüning und Papen gescheitert waren und ein anderer Lösungsversuch, die Militärdiktatur, in einem Planspiel der Reichswehrführung Ende 1932 als nicht erfolgversprechend verworfen wurde⁵, setzten nun viele Gruppierungen des Kapitals auf die Nazibewegung und unterstützten sie finanziell in noch größerem Umfang.

2.2. Die Massenbasis der NSDAP

Eine wesentliche Voraussetzung für die sogenannte Machtergreifung des Nationalsozialismus war dessen zunehmender Einfluß auf große Teile der kleinbürgerlichen Bevölkerung. Dies geht z. B. aus der Analyse der Wahlergebnisse zu den Reichstagswahlen⁶ hervor. Warum gingen diese Bevölkerungsgruppen, die nach Auswegen aus der Krise suchten, in dieser Situation nach rechts? Zunächst gibt es zwei Antworten:

a) „Der Kaiser ging, die Generale blieben, der Untertan lebte weiter.“ Nach 1918 war zwar die Staatsform verändert worden, aber alle gesellschaftlichen und politischen Führungspositionen sind in den Händen der alten Führungsschichten geblieben: die Offiziere, die Richter, die Beamten, die Zeitungsmacher, die Professoren, die Lehrer, usw. usw. So konnte es gelingen, die aus der Kaiserzeit stammenden Wertvorstellungen (Glaube an unfehlbare Autorität, der zu blindem Gehorsam gegenüber der Obrigkeit führte, Glaube an Gesetz und Ordnung und daran, daß die deutsche Nation bzw. die arische Rasse zur Herrschaft über andere Völker und Rassen vorherbestimmt seien) am Leben zu erhalten und zu festigen. Sie blieben herrschende gesellschaftliche Normen, die gegen die „vaterlandslosen Gesellen“, d.h. gegen Sozialisten und Kommunisten, zu sichern seien.

b) Die NSDAP machte eine geschickte Massenagitation mit Losungen, die auf die Bedürfnisse der Mittelschichten abgestimmt waren.

Eine zentrale Losung lautete: gegen Kapitalismus und Marxismus. Diese Parole entsprach dem Bedürfnis der Mittelschichten (der Kaufleute, Händler, kleinen Gewerbetreibenden aber auch Angestellten) nach Schutz gegen eine von ihnen empfundene doppelte Bedrohung

- durch die organisierte Arbeiterbewegung
- durch das Großkapital.

Sie fürchteten einmal, bei einem Sieg der sozialistischen Kräfte ihr Eigentum zu verlieren. Zum anderen bedeutete die verschärfte Konzentration - für sie z. B. spürbar durch die Entstehung von Warenhäusern - eine unmittelbare Existenzgefahr.

Während die NSDAP die „*Ausrottung des Marxismus*“, d. h. die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, ernst meinte, dienten andere Propagandaformeln, wie z. B. „*Für Brechung der Zinsknechtschaft*“ oder „*Gegen das internationale Finanz- und Börsenkapital*“ dazu, Illusionen zu wecken und der antikapitalistischen Sehnsucht breiter Massen, vor allem auch der Mittelschichten, entgegen zu kommen.

Eine weitere Losung „*Juden raus*“ (d. h. aus ihren Positionen in Staat und Gesellschaft, aber auch aus ihrer Heimat) fiel nicht zuletzt deshalb in den Krisenzeiten bei zahlreichen Angehörigen der Mittelschichten auf fruchtbaren Boden, weil diese oftmals in jüdischen Mitbürgern ihre Konkurrenten

erblickten.

Die dritte Hauptparole von der „*Schmach des Versailler Diktatfriedens*“, von der es das deutsche Volk zu befreien gelte, kam auch bei den von der Krise ruinierten Angehörigen des Mittelstandes an, deren unrealistisches Selbstwertgefühl („Wir sind etwas Besseres“) durch die Ideologie der Überlegenheit der arischen Rasse scheinbar gerettet wurde. Um auch auf die Arbeiter Einfluß ausüben zu können, benutzte die NSDAP auch die alten Symbole der Arbeiterbewegung. Hinzuweisen ist besonders

- auf den Namen der Partei, die sich als „sozialistisch“ bezeichnete,
- darauf, daß in ihren Fahnen die Grundfarbe rot war
- darauf, daß Melodien von Arbeiterliedern übernommen wurden.⁷

2.3. Die Arbeiterbewegung

Aber diese beiden Antworten allein erklären noch nicht ganz, warum so breite Kreise, vor allem aus den Mittelschichten, sich nach extrem rechts orientierten und sich von den Nationalsozialisten mitreißen ließen.

Diese Entwicklung muß im Zusammenhang mit der relativen Schwäche der Arbeiterbewegung in dieser geschichtlichen Phase gesehen werden.

Die Arbeiterbewegung war gespalten.⁸ Sie war nicht nur - wie überall in Europa - in einen sozialdemokratischen und einen kommunistischen Flügel gespalten, sondern sie war so tief entzweit, daß das Bewußtsein: „Der gemeinsame Feind steht rechts“ nicht entstand und daher nicht zur Einigung gegenüber dem Nazismus führte. Die Faschisten haben dies sehr geschickt ausgenutzt, vor allen Dingen, nachdem sie an der Macht waren:

Den ersten Schlag zur Vernichtung ihrer Feinde richteten sie nach dem Reichstagsbrand am 27. 2. 1933 fast ausschließlich gegen die KPD.⁹

Den zweiten Schlag richteten sie am 2. Mai 1933 gegen die Gewerkschaften. Der dritte Schlag erfolgte dann gegen die SPD. Bis zuletzt hatte sich in der SPD, besonders in der Führung, die Illusion erhalten, man könne die Existenz der eigenen Partei retten, wenn man sich mit der Hitler-Regierung arrangierte; das hieß, der Zerschlagung der anderen Teile der Arbeiterbewegung schweigend zuzusehen.

Zwar lehnte die SPD am 23. März als einzige der im Reichstag vertretenen Parteien das Ermächtigungsgesetz ab, in seiner Rede verlor aber Otto Wels kein Wort über die Ausschaltung der KPD. Zwei Monate später stimmte die SPD-Reichstagsfraktion der außenpolitischen Erklärung Hitlers („Friedensrede“) vor dem deutschen Reichstag am 17. Mai zu. Hierdurch gewannen die Nationalsozialisten im In- und Ausland nicht nur eine höhere Glaubwürdigkeit in bezug auf ihren angeblichen Friedenswillen, sondern durch die Zustimmung der SPD konnten weiterhin Illusionen über die wahren Ziele der nationalsozialistischen Außenpolitik genährt werden.

Ungeachtet der erst wenig vorher erfolgten Zerschlagung der Gewerkschaften war somit die Politik der Anpassung und Legalität weiter fortgesetzt worden. Die Nazis honorierten dies allerdings in keiner Weise, wie es schließlich das Parteiverbot vom 22. Juni 1933 zeigte.

Spät, erst ab Herbst 1933, als Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam in den KZs saßen, reifte in der Arbeiterbewegung in Deutschland die Einsicht, daß trotz ideologischer und politischer Differenzen der gemeinsame Kampf, das gemeinsame Bündnis notwendig seien, um den Faschismus zu bekämpfen.

3. Die Eingabe führender deutscher Industrieller und Großagrarien am Hindenburg vom 19.11.1932

Eines der wichtigsten Dokumente, das beweist, daß Hitler nicht die Macht „ergriffen“ hatte, sondern daß sie ihm von bedeutenden Vertretern der herrschenden Klasse zugeschoben wurde, ist die Eingabe führender Industrieller, Bankiers und Großagrarien an Reichspräsident Hindenburg. Zu den Industriellen, die Hitler bereits seit den 20er Jahren unterstützt hatten, waren nun neben anderen auch die Dortmunder Großindustriellen¹⁰ Vögler und Springorum getreten. Zwar haben weder Vögler noch Springorum diese Eingabe unterzeichnet; Vögler ließ jedoch für sich selbst sowie für Springorum und Reusch ausrichten, sie alle stünden voll hinter der Eingabe.

Die hier abgedruckte Eingabe¹¹ und das sich darauf beziehende Schreiben von Vögler¹² belegen beispielhaft die Ziele, die das Großkapital zum Bündnis mit Hitler bewogen haben. Sie soll deshalb im folgenden wiedergegeben und kurz kommentiert werden.

Eingabe von Industriellen, Bankiers und Großagrariern an Reichspräsident von Hindenburg vom November 1932

Ew. Exzellenz,

November 1932

Hochzuverehrender Herr Reichspräsident!

Gleich Eurer Exzellenz durchdrungen von heißer Liebe zum deutschen Volk und Vaterland, haben die Unterzeichneten die grundsätzliche Wandlung, die Eure Exzellenz in der Führung der Staatsgeschäfte angebahnt haben, mit Hoffnung begrüßt. Mit Eurer Exzellenz bejahen wir die Notwendigkeit einer vom parlamentarischen Parteiwesen unabhängigen Regierung, wie sie in den von Eurer Exzellenz formulierten Gedanken eines Präsidialkabinetts zum Ausdruck kommt. Der Ausgang der Reichstagswahl vom 6. November d. J. hat gezeigt, daß das derzeitige Kabinett, dessen aufrechten Willen niemand im deutschen Volk bezweifelt, für den von ihm eingeschlagenen Weg keine ausreichende Stütze im deutschen Volk gefunden hat, daß aber das von Eurer Exzellenz gezeigte Ziel eine volle Mehrheit im deutschen Volk besitzt, wenn man - wie es geschehen muß - von der staatsverneinenden Kommunistischen Partei absieht. Gegen das bisherige parlamentarische Parteiregime sind nicht nur die Deutschnationale Volkspartei und die ihr nahestehenden kleinen Gruppen, sondern auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei grundsätzlich eingestellt und haben damit das Ziel Eurer Exzellenz bejaht. Wir halten dieses Ergebnis für außerordentlich erfreulich und können uns nicht vorstellen, daß die Verwirklichung dieses Zieles nunmehr an der Beibehaltung einer unwirksamen Methode scheitern sollte.

Es ist klar, daß eine des öfteren wiederholte Reichstagsauflösung mit sich häufenden, den Parteikampf immer mehr zuspitzenden Neuwahlen nicht nur einer politischen, sondern auch jeder wirtschaftlichen Beruhigung und Festigung entgegenwirken muß. Es ist aber auch klar, daß jede Verfassungsänderung, die nicht von breiter Volksströmung getragen ist, noch schlimmere, wirtschaftliche, politische und seelische Wirkungen auslösen wird. Wir erachten es deshalb für unsere Gewissenspflicht, Eure Exzellenz ehrerbietigst zu bitten, daß zur Erreichung des von uns allen unterstützten Zieles Eurer Exzellenz die Umgestaltung des Reichskabinetts in einer Weise erfolgen möge, die die größtmögliche Volkskraft hinter das Kabinett bringt.

Wir bekennen uns frei von jeder engen parteipolitischen Einstellung. Wir erkennen in der nationalen Bewegung, die durch unser Volk geht, den verheißungsvollen Beginn einer Zeit, die durch Überwindung des Klassengegensatzes die unerläßliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft erst schafft. Wir wissen, daß dieser Aufstieg noch viele Opfer erfordert. Wir glauben, daß diese Opfer nur dann willig gebracht werden können, wenn die größte Gruppe dieser nationalen Bewegung führend an der Regierung beteiligt wird.

Die Übertragung der verantwortlichen Leitung eines mit den besten sachlichen und persönlichen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts an den Führer der größten nationalen Gruppe wird die Schwächen und Fehler, die jeder Massenbewegung notgedrungen anhaften, ausmerzen und Millionen Menschen, die heute abseits stehen, zu bejahender Kraft mitreißen.

In vollem Vertrauen zu Eurer Exzellenz Weisheit und Eurer Exzellenz Gefühl der Volksverbundenheit begrüßen wir Eure Exzellenz mit größter Ehrerbietung

Dr. Hjalmar Schacht, Berlin

Carl Vincent Krogmann

Kurt Freiherr von Schroeder, Köln

Dr. Erwin Lübbert, Berlin

Fritz Thyssen, Mülheim

Erwin Merck, Hamburg

Eberhard Graf von Kalckreuth, Berlin

Joachim von Oppen, Dannenwalde

Friedrich Reinhart, Berlin

Rudolf Ventzky, Eßlingen (Württemberg)

Kurt Woermann, Hamburg

Franz Heinrich Witthoefft, Hamburg

Fritz Beindorff, Hamburg

August Rosterg, Berlin

Kurt von Eichborn, Breslau

Robert Graf von Keyserlingk, Cammerau

Emil Helfferich, Hamburg

von Rohr-Manze

Ewald Hecker, Hannover

Engelbert Beckmann, Hengstey

Schreiben von Albert Vögler an Kurt von Schroeder vom 21. November 1932

Sehr verehrter Herr von Schroeder,

Es war nicht möglich, die genannten Herrn des Westens zu ihrer Unterschrift unter das bekannte Schreiben zu veranlassen.

Sowohl der Herr Reusch wie Herr Springorum haben mir aber gesagt, daß sie an und für sich die in dem Schreiben niedergelegte Auffassung teilen und nur darin eine wirkliche Lösung der jetzigen Krise sehen.

Wenn trotzdem die Eingabe nicht unterschrieben wurde, so lag es in der Hauptsache daran, daß die Herrn überhaupt von jeder politischen Stellungnahme sich fernhalten wollen. Hinzukommt, daß man die Gegensätze gerade in unserem Revier, die die frühere einheitliche Haltung und damit auch den Einfluß stark geschwächt haben, nicht noch weiter verschärfen will. Ich habe Ihnen ja zu diesem Thema schon mündlich entsprechende Aufklärung gegeben.

Mit freundlicher Begrüßung Ihr sehr ergebener Vögler

Wenn man von gängigen Darstellungen (z. B. in Schulbüchern) ausgeht, die Industriellen seien durch die so erfolgreiche Massendemagogie der Nazis zu Hitler getrieben worden, lassen folgende Überlegungen Zweifel aufkommen:

1. Zunächst ist das Datum der Eingabe, der 19. 11. 1932, bemerkenswert:

a) Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler wurde also 13 Tage nach den Reichstagswahlen vom 6.11.1932 gefordert, in denen bei Stimmengewinnen der DNVP einerseits und der KPD andererseits die NSDAP zum ersten Mal nach ihrem kometenhaften Aufstieg erhebliche Stimmenverluste hinnehmen mußte (2 Millionen). Es konnte und mußte damit gerechnet werden, daß die Anhängerschaft der NSDAP genauso schnell wieder auseinanderlaufen würde, wie sie zusammengekommen war.

b) Der Tiefpunkt der Wirtschaftskrise war im August 1932 überschritten, ein neuer konjunktureller Aufstieg war kalkulierbar.¹³

So schrieb Goebbels am 12. November 1932 in sein Tagebuch „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“¹⁴: „Ich bin im Geiste schon wieder im nächsten Wahlkampf. Der wird unerhört schwer werden. Gebe Gott, daß wir ihn nicht durchzuführen brauchen! ...“

Und am 8. Dezember 1932, nachdem durch den Rücktritt G. Strassers von allen Parteiämtern die Spaltung der NSDAP drohte, vermeldete er: „Abends ist der Führer bei uns zu Hause. Es will keine rechte Stimmung auf kommen. Wir sind alle sehr deprimiert, vor allem im Hinblick darauf, daß nun die Gefahr besteht, daß die ganze Partei auseinanderfällt und alle unsere Arbeit umsonst getan ist. ...“

Das System der parlamentarischen Republik hätte vom Frühjahr 1933 ab wiederbelebt werden können - vorausgesetzt, das wäre auch das politische Ziel z. B. der Verfasser der Eingabe gewesen.

2. Die Eingabe vom 19.11.1932 macht gleich in den ersten Zeilen die klare Parteinahme gegen die parlamentarische Regierungsform und für eine autoritäre Herrschaftsform deutlich. Dies war nicht neu. Seit dem Sturz der letzten parlamentarischen Reichsregierung Müller am 27. 3.1930 wurde von den drei folgenden Präsidial-Kabinetten (Brüning, v. Papen, Schleicher) nach Ausnahmerecht mit Hilfe des § 48 der Weimarer Verfassung regiert.

3. Aber warum genügten den Verfassern der Eingabe die bisherigen Lösungsversuche der Krise, die Präsidialkabinette nicht? Sie erwiesen sich als unwirksame Herrschaftsmethode, da sie sich nicht auf eine breite Massenbasis in der Bevölkerung stützen konnten.

Das Fehlen dieser Massenbasis war auch der Mangel einer anderen Lösungsmöglichkeit, der Militärdiktatur, die ja von der Reichswehr in einem Planspiel vom 24. 11. 1932 als untauglich verworfen worden war. Eine Militärdiktatur ließ nämlich das einheitliche Handeln der bisher gespaltenen Arbeiterbewegung befürchten. Die Generalität erinnerte sich an den Generalstreik von 1920, der Kapp hinweggefegt hatte.

Die für eine dauerhafte Absicherung einer autoritären, faschistischen Herrschaftsform nötige Massenbasis war in der NSDAP vorhanden. Diese drohte aber auseinanderzufallen (siehe das Ergebnis der Novemberwahlen vom 6. 11. 1932). Daher war Eile geboten, den Führer der größten nationalen Gruppe, d. h. A. Hitler, an die Regierung zu bringen.

4. Die in der „Eingabe“ gemachte Behauptung, weitere Neuwahlen spitzten den Parteikampf immer

mehr zu, spielt auf die Gefahr an, daß größere Teile des NS-Wählerpotentials die antikapitalistischen Phrasen als solche erkennen und dann KPD wählen.

5. Der besonders auf die NSDAP und ihre Massenbasis gestützte faschistische Staat soll die „*Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft*“, d. h. wesentlich bessere Profitbedingungen schaffen, und zwar nicht nur innerhalb der Reichsgrenzen, sondern auch durch Erringung der Vormachtstellung in Europa.

Das innenpolitische Mittel dazu heißt: „*Überwindung des Klassengegensatzes*.“ Dies bedeutet später konkret, daß die Organisationen der Arbeiterbewegung gewaltsam zerschlagen werden mußten, da sie gegen diese Ideologie die Interessen ihrer Klasse verfochten.

Daß Hitler den Klassengegensatz durch Zerschlagung der marxistisch orientierten Arbeiterorganisationen lösen wollte, war vielen Industriellen schon aus der auf Wunsch von Emil Kirdorf 1927 von Hitler angefertigten Broschüre mit dem Titel: „Der Weg zum Wiederaufstieg“ bekannt.

6. Mit den „*Schwächen und Fehlern*“, die jeder Massenbewegung notwendig anhaften, sind die antikapitalistischen Aussagen der Propaganda und des Parteiprogramms der Nazis gemeint. Diese erweckten in Teilen der Wirtschaft immer noch Mißtrauen. Zwar benutzten die Wirtschaftsführer in ihren Massenmedien auch soziale Demagogie als unverzichtbares Mittel der Einflußnahme auf die öffentliche Meinung, jedoch befürchteten Teile von ihnen immer noch, daß die in der Nazipropaganda enthaltenen antikapitalistischen Aussagen ernst gemeint sein könnten. Daher kommen die Unterzeichner eigens darauf zu sprechen. Die Verfasser der „Eingabe“ sind jedoch überzeugt: Die antikapitalistischen Propagandaparolen dienen dazu, die in der Krise proletarisierten Mittelschichten und Teile der Arbeiterschaft an die NSDAP zu binden. Der Führer dieser Partei, Hitler, hatte den Industriellen in seiner Rede vor dem Düsseldorfer Industrieklub am 27.1.1932 angekündigt, er beabsichtige „*den Marxismus bis zur letzten Wurzel in Deutschland auszurotten*“ (mit „marxistisch“ meinte Hitler die SPD, die KPD bezeichnete er als „bolschewistisch“.) Darüber hinaus hatte sich Hitler als Garant dafür erwiesen, daß „linke“ Strömungen in der Naziartei keinen Einfluß bekamen, indem er z. B. die Otto-Strasser-Gruppe 1930 ausgeschlossen hatte.

4. Vögler und Springorum: Förderer und Hintermänner der Nazis in Dortmund

J. Fest: „*Hitler wollte sich die Macht jetzt allein holen. Er war weder käuflich noch im Bund mit dem Großkapital. Geld nahm er nur, wenn es ohne Bedingungen gegeben wurde.*“ (Begleittext zu J. Fests Film „Hitler - eine Karriere“)

Waren also Vögler und Springorum nicht doch nur Randfiguren, um Hitler zur Macht zu verhelfen, oder gar Männer, die Hitler nur „zähmen“ wollten?

Das Folgende soll erhellen, daß diese Dortmunder Großindustriellen zu den maßgeblichen Bündnispartnern Hitlers zählten, daß ihre großkapitalistische Interessenlage sie bestimmte, die Zerstörung der Weimarer Republik und die Errichtung der faschistischen Diktatur zu betreiben:

Albert Vögler, 1877 in Essen geboren, stand bereits 1904 in leitender Stellung bei der Union-AG für Berg- Eisen- und Stahlindustrie (heute Werk Union der Firma Hoesch), die 1910 in der zum Stinneskonzern gehörenden Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten AG aufging. Hier war Vögler von 1915 bis 1926 Generaldirektor. Im Ersten Weltkrieg stand er auf der Seite der Kriegstreiber und Sieg-Frieden-Politiker. So sollte seiner Meinung nach auf die Friedensnote des Papstes nicht eingegangen werden, statt dessen trat er im August 1917 für den Erwerb des lothringischen Eisenerzgebietes von Briey ein und würde dafür „*zehn Jahre länger Krieg führen*“. Ein Memorandum des Verbandes der Deutschen Eisen- und Stahlindustrie, das ebenfalls die Eroberung dieses französischen Eisenerzbeckens forderte, Unterzeichnete er am 17.12.1917. Noch im Frühjahr 1918 wiederholte er seine Forderungen. In diesem Zusammenhang plädierte er für Zwangsdeportationen belgischer und polnischer Arbeiter in deutsche Rüstungsindustrien.

- Nach der Novemberrevolution 1918 richtete sich seine politische Hauptsorge gegen den „Bolschewismus“. So unterstützte er am 7. 12. 1918 den Plan eines „Antibolschewistenfonds“ des Dr. Stadler, am 10.1.1919 nahm er dann auch teil an der Gründung der Liga gegen den Bolschewismus und beteiligte sich an der Finanzierung der Versicherungsprämie von 500 Millionen Mark, die Hugo Stinnes von den anwesenden Industriellen erbat.

- Vögler vergaß schnell die Kriegsniederlage und Unterzeichnete als erster Industrieller das „kleine Besatzungsstatut“ (Micumverträge) mit den Franzosen im Jahre 1923. Dann ging er zur Offensive

gegen die Arbeiterschaft über: Er forderte die Abschaffung des Achtstundentages.

- Schon 1925 verhandelten Vögler, Krupp und Reusch mit General von Seeckt vom 3.12. bis 5. 12. 1925 im Ruhrgebiet über Möglichkeiten einer deutschen Aufrüstung.

- Vögler verfolgte eine Strategie zur autoritären Änderung der Verfassung. So rief Ende Dezember 1925 der Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, in dem Vögler Mitglied des Hauptvorstandes war, der Reichstagsabgeordnete Reichert, auf einer Sitzung des Vereins dazu auf, die Regierung müsse mit Hilfe des Artikels 48 regieren und „den Reichstag wieder einrufen, wenn das Jahr 13 Monate habe“. Diese Forderung lief im wesentlichen auf die Ausschaltung des Parlaments hinaus.

- 1926 betrieb er die Vereinigung der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten AG mit der Phoenix AG, die bereits 1906 die Hörder Bergwerks- und Hütten AG übernommen hatte (heute Werk Phoenix von Hoesch¹⁵).

Diese Konzentration des Kapitals wurde auf die Initiative der Gelsenkirchener Bergwerks AG (Generaldirektor Emil Kirdorf, schon seit 1927 Mitglied der NSDAP) vorgenommen. Es entstanden somit die Vereinigten Stahlwerke AG (VStW), bei denen Vögler zuerst von 1926 bis 1935 Generaldirektor wurde, danach Aufsichtsratsvorsitzender. Dieser größte Ruhrkonzern beherrschte 50% der deutschen Roheisenproduktion und Steinkohlenförderung und 40% der Stahlproduktion. Von ihm waren 173 000 Beschäftigte abhängig.

In der Reichstagsdebatte über die Aussperrung, mit der die Unternehmer im sogenannten Ruhreisenstreit Ende 1928 die gewerkschaftlichen Forderungen beantworteten, plädierte die DVP, in der Schwerindustrie um Stinnes und Vögler immer mehr den Ton angaben, schon vordergroßen Krise für eine radikale Beseitigung des staatlichen Schlichtungswesens. Ihnen gefiel es nicht, daß es aufgrund der gesetzlichen Regelung staatlichen Schlichtungskommissionen möglich war, in Tarifkonflikte vermittelnd einzugreifen und Lohnerhöhungen unter Umständen auch gegen den Willen der Unternehmer auszusprechen.

- 1928 wurden Vögler und Springorum Mitglieder des im gleichen Jahr gegründeten „Bundes zur Erneuerung des Reiches“, dessen erklärtes Ziel es war, Deutschland nach innen einig zu machen (d. h. Schaffung eines zentralistischen Einheitsstaates) und nach außen „*durch die Krafteinstellung der zentralen Reichsgewalt die verlorenen Gebiete wieder zu gewinnen*“. Wörtlich heißt es im von Vögler und Springorum Unterzeichneten Gründungsaufruf: „*Überall im deutschen Volk muß der Wille aufflammen zur Überwindung von Streit und Vielregiererei. Das Dritte Reich (!) gilt es zu zimmern, das die ganze Nation in gesunder Gliederung zusammenschließt . . .*“¹⁶.

- Ende Juni 1930 stimmte Vögler begeistert der Schrift des NSDAP-Theoretikers Reupke, „Das Wirtschaftssystem des Faschismus“, zu. Er regte an, Reupke auf einer Sitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) referieren zu lassen. Was gefiel Vögler so sehr an Reupkes Schrift? Reupke machte deutlich, wie wenig die lediglich der Massenagitation dienenden antikapitalistischen Propagandaparolen der NSDAP ernst gemeint waren, und empfahl die NSDAP als starken Wall gegen alle Angriffe auf die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Die Annäherung Vöglers an den Nationalsozialismus begann sich 1930 zu zeigen, als er den nationalsozialistischen „Wirtschaftspolitischen Pressedienst“ abonnierte. Im Juni wurde u.a. Vögler als Reichswirtschaftsminister vorgeschlagen: Wenn auch schließlich nicht ernannt, so seien doch hier seine politischen Bedingungen für dieses Amt genannt: Beseitigung des kollektiven Arbeitsrechts des staatlichen Schlichtungswesens und der langfristigen Tarifverträge.

Am 11.10.1931 reihten sich Vögler und Springorum in die breite außerparlamentarische Koalition der Rechtskräfte unter Einschluß der NSDAP, die „Harzburger Front“, ein.

- Im Frühjahr 1932, nach der Rede Hitlers vor dem Düsseldorfer Industrieclub, engagierte sich auch Fritz Springorum für eine Koalitionsregierung in Preußen mit der NSDAP.

- Zur gleichen Zeit arbeiteten die beiden Dortmunder Großindustriellen in zwei wichtigen politischen Koordinierungsstellen mit, die zur Abstimmung der wirtschaftspolitischen Programmatik der Nazis mit den Wünschen des Großkapitals geschaffen wurden:

a) Vögler und Springorum in der von der Ruhrschwerindustrie ins Leben gerufenen „Arbeitsstelle Schacht“, an der finanziell auch Reusch, der Bankier von Schröder, Thyssen und Krupp beteiligt waren.

b) Vögler in dem am 18. 5.1932 von der NSDAP initiierten „Kepplerkreis“ als dem entscheidenden wirtschaftspolitischen Leitzentrum.

- Am 5. Januar 1933, dem Tage nach der Zusammenkunft Hitlers mit Papen beim Bankier Schröder, bei der sich Hitler und Papen darüber geeinigt hatten, daß Hitler die Kanzlerschaft, Papen die Vizekanzlerschaft antreten sollten, bildete sich unter der Leitung von Vögler und Springorum ein Konsortium aus Industriellen. Es überwies an Schröders Bankhaus Stein eine Million Reichsmark für die SS und bezahlte die dringendsten Wahlkampfschulden der NSDAP.

- Auf einem geheimgehaltenen Treffen aller führenden Konzernvertreter und Bankiers, einschließlich Vögler und Springorum, am 20. 2.1933 im Dienstsitz Görings ließ Hitler keinen Zweifel daran, daß die uneingeschränkte Förderung der Privatwirtschaft, die Aufrüstung und die kriegerische Expansion die Hauptziele seiner Politik waren, deren Durchsetzung er auch gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung mit diktatorischen Mitteln erzwingen wollte.

Wörtlich erklärte Hitler: „. . . Wir müssen erst die ganzen Machtmittel in die Hand bekommen, wenn wir die andere Seite zu Boden werfen wollen. Solange man an Kraft zunimmt, soll man den Kampf gegen den Gegner nicht aufnehmen. Erst wenn man weiß, daß man auf dem Höhepunkt der Macht angelangt ist, daß es keine weitere Aufwärtsentwicklung gibt, soll man losschlagen . . .

Wir stehen jetzt vor der letzten Wahl. Sie mag ausfallen wie sie will, einen Rückfall gibt es nicht mehr, auch wenn die kommende Wahl keine Entscheidung bringt. So oder so, wenn die Wahl nicht entscheidet, muß die Entscheidung eben auf einem anderen Wege fallen . . .^{16a}

Die Dankesworte Krupps an Hitler und die sofortige Bereitschaft, den leeren Wahlkampffond für die Vorbereitung der Reichstagswahlen vom März 1933 zu füllen, zeigen die Übereinstimmung der Anwesenden mit den genannten Zielen. Die ersten Sätze des folgenden Briefes von Springorum an Reusch, geschrieben am 21. Februar 1933 - also einen Tag nach der Sitzung vermitteln einen Eindruck davon, für welche Interessen im Reich und in Dortmund der Führer führte:

„Sehr verehrter Herr Reusch!

Vielen Dank für Ihr Schreiben vom 14. ds. Mts. Inzwischen hat Herr Kellermann den auf Sie entfallenen Anteil überwiesen.

*Am Montag Abend hat eine Besprechung bei dem Herrn Reichskanzler Hitler stattgefunden, zu der, wie ich hörte, auch Sie eingeladen waren. In dieser Besprechung hat Herr Hitler eine Darstellung der politischen Entwicklung der letzten vierzehn Jahre gegeben und seine grundsätzliche Einstellung zu den politischen Geschehnissen, sowie zur Wirtschaft, Einzelpersönlichkeit und zum Privateigentum in einer Weise dargelegt, daß er wohl die restlose Zustimmung aller 27 Herren, die zugegen waren, erhalten hat. Er hat sich auch nochmal feierlich verpflichtet, ganz gleich, wie die Wahlen ausfallen sollten, an der Zusammensetzung der Regierung nichts zu ändern. Herr von Bohlen fühlte sich nach Beendigung der Ansprache verpflichtet, spontan den Dank der Versammlung für die Ausführungen des Kanzlers auszusprechen.*¹⁷

Am 5. 3.1933 wurde Vögler Mitglied des Reichstages. Mit anderen Industriellen verhandelte er am 6. 4. 1933 über den Aufbau der Flugindustrie.

Einige Zitate mögen auf der einen Seite verdeutlichen, daß Vögler, wie aufgezeigt, nicht nur vor 1933, sondern bis zur endgültigen Zerschlagung der faschistischen Herrschaft in Deutschland sich für die Ziele der NSDAP einsetzte. Andererseits zeigen die in den Zitaten zum Ausdruck kommenden Wertungen, wie unkritisch und positiv Vögler beurteilt wird. Nimmt es da wunder, daß bis 1981 in Dortmund-Innenstadt ein Albert-Vögler-Haus existierte?

*„Zögernd und überlegend trat er (A. Vögler) der Wirtschaftspolitik der NSDAP gegenüber. Er hielt mit seiner Kritik nicht zurück, wenn er Maßnahmen als wirtschaftlich widersinnig erkannt hatte.“*¹⁸

Hingegen gehörte Vögler in Wirklichkeit zur Schacht/Thyssen-Gruppe, die für die Entfesselung des 2. Weltkrieges eintrat, falls die Unterstützung durch die USA sichergestellt sei. Weiterhin beteiligte sich Vögler 1938 an der „Arisierung“ jüdischen Vermögens: Die Suhler Waffen- und Fahrzeugwerke wurden von den Vereinigten Stahlwerken in Besitz genommen.

*„Verantwortung um Verantwortung wurde auf Vögler gelegt. Seit dem Jahr 1933 war er Mitglied des Generalrates der Wirtschaft, seit April 1942 Mitglied des Rüstungsrates im Reichsministerium Speer, einen Monat später wurde er Mitglied des Industrierates des Oberkommandos des Heeres.“*¹⁹

Seine „Verantwortung“ nutzte Vögler zu weiterem Raub. 1940 erarbeitete er mit Poensgen Richtlinien zur Annexion des französisch-luxemburgischen Erzbeckens. Das Werk Differdingen (Lothringen) ging dann später auch an die Vereinigten Stahlwerke über. Für seine „Leistungen“ wurde Vögler auch noch geehrt. Als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft erhielt er die Goethe-Medaille, wie es die

Pariser Zeitung vom 17.6.1942 berichtete.

„Mitte März 1945 wurde Generalfeldmarschall Model zum Festungskommandanten für den Ruhrkessel bestellt. Model ordnete sich für die verschiedenen Sachgebiete, wie Verkehr, Ernährung und Arbeit, fachkundige Persönlichkeiten zu. So entstand eine Art Rumpfkabinett, in dem Vögler Wirtschaft und Rüstung vertrat. Auf diese Weise blieb er in leitender Stellung bis zum bitteren Ende.“²⁰

„A. Vögler schied in den düsteren Apriltagen durch eigenen Entschluß aus dem Leben, als er sich ohnmächtig feindlicher Willkür ausgesetzt sah. Ihm blieb dadurch gewiß erspart, der Zerschlagung seines Lebenswerks zuzusehen oder gar die Internierung erleiden zu müssen. Aber gerade in den Nachkriegsjahren machte es sich doppelt fühlbar, daß die Wirtschaft des Industriegebiets seines klugen Rats entbehren mußte.“²¹



Albert Vogler, Adrian v. Renteln und Gustav Krupp von Bohlen und Halbach auf einer Kundgebung (7. Oktober 1933)

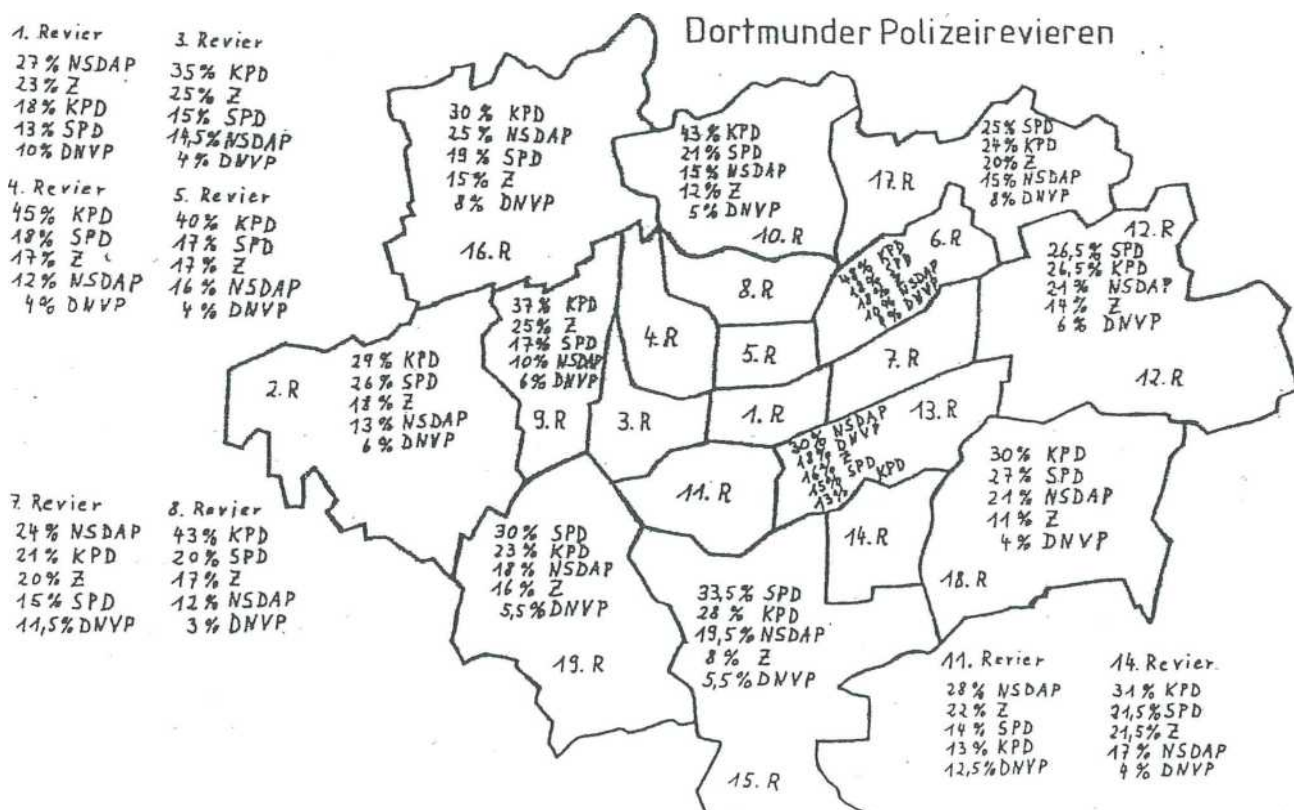
5. Die Antwort der Dortmunder Arbeiterbewegung auf die „Machtergreifung“ vom Januar 1933 bis März 1933

Die Stadt Dortmund wurde in der Weimarer Republik durch Eingemeindung zur zweitgrößten Stadt Deutschlands. Ihre Einwohnerzahl überschritt die halbe Million. Seit der Zeit der Industrialisierung überwogen in der Dortmunder Wirtschaft der Bergbau, die Hütten- und Eisenindustrie, von denen ein Großteil der Bevölkerung direkt oder indirekt (z. B. in der weiterverarbeitenden Industrie und im Dienstleistungssektor) abhängig war.

Ein erheblicher Teil der Arbeiter arbeitete in Großbetrieben. Sie wohnten auf engem Raum im Dortmunder Norden und Westen. Diese Lebenssituation förderte und erleichterte klassenbewußtes Denken und Handeln.

Die Stärke der Arbeiterbewegung spiegelt sich nicht nur in den zahlreichen außerparlamentarischen Aktivitäten wider, so in den Aktionen zur Erhaltung der Demokratie beim Kapp-Putsch (1920), gegen die Besetzung des Ruhrgebietes durch Belgier und Franzosen im Ruhrkampf (1923), sondern auch in den Ergebnissen der Wahlen zum Reichstag, Landtag und zur Stadtverordnetenversammlung während der Weimarer Republik, wie es aus folgenden Wahlergebnissen ersichtlich ist.

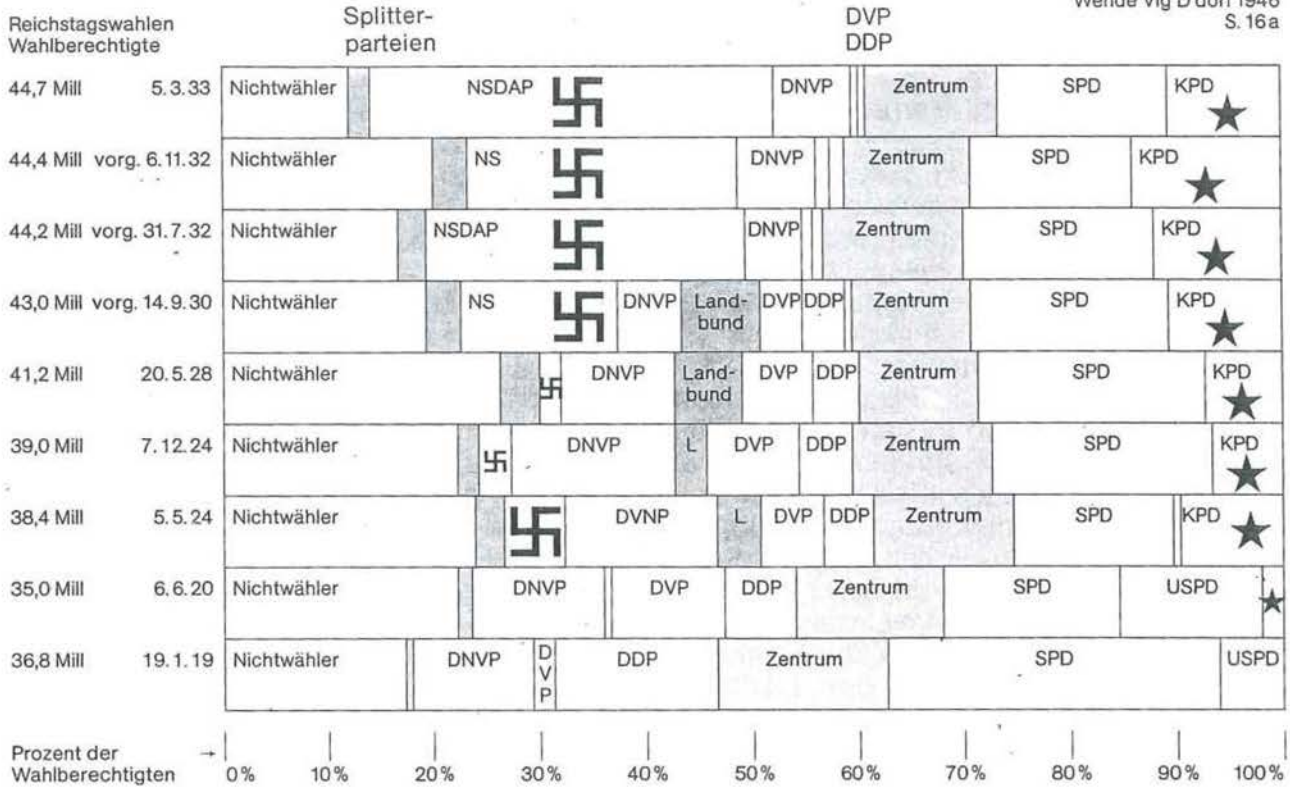
Ergebnisse der Reichstagswahl vom 6.11.32 in den Dortmunder Polizeirevieren



Kommando der Schutzpolizei Dortmund

Quelle: Stadtarchiv Dortmund, Bestand S18

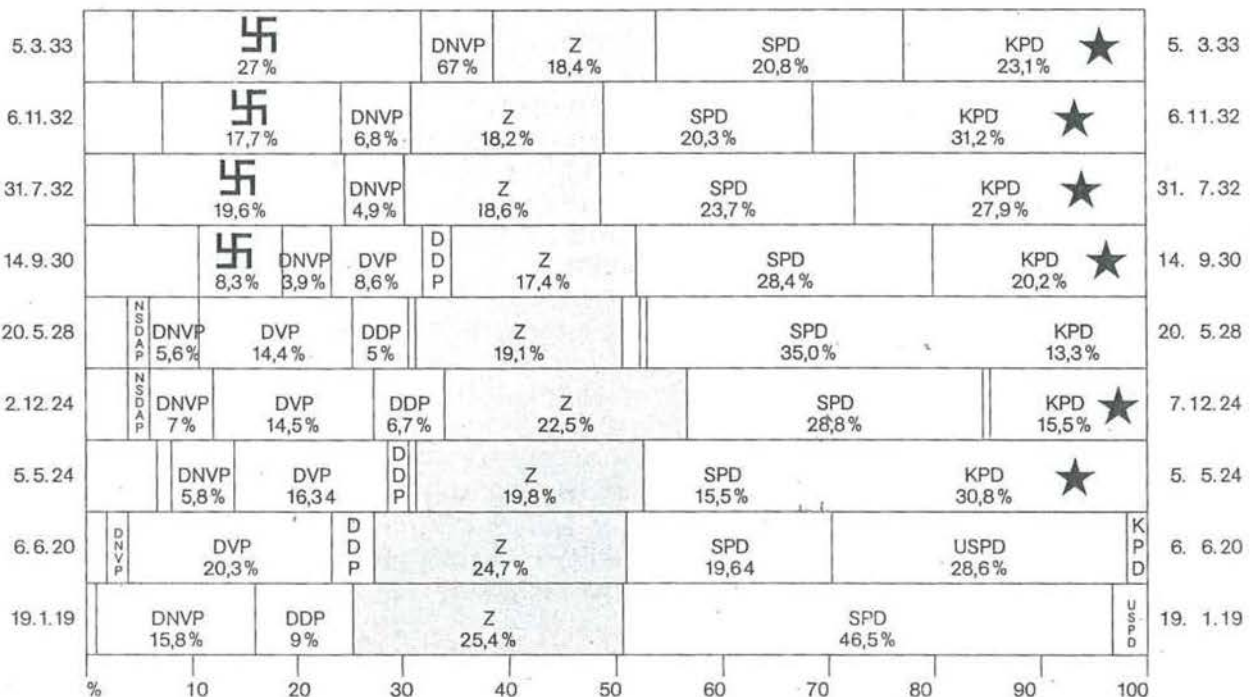
Bis zu den letzten freien Wahlen im November 1932 erhielten die Arbeiterparteien SPD und KPD und ihre Kandidaten immer um die 50% der Stimmen. Selbst am 5. 3.1933, nach all den Behinderungen und Verfolgungen in der Wahlkampfzeit, wurden für die beiden Arbeiterparteien zusammen noch 42,5% der Stimmen abgegeben. Verglichen mit der Entwicklung im Reich zeigen sich augenfällig die starken Positionen der Arbeiterbewegung in Dortmund. Auffallend sind weiterhin die Wahlerfolge der KPD. In Dortmund liegen ihre Ergebnisse ständig über den Ergebnissen im Reich. Seit den Juliwahlen 1932 übersteigen die abgegebenen Stimmen für die KPD die der SPD, ein Trend, der sogar noch im März 1933 anhält.



	NSDAP	DNVP	DVP	Zentrum	SPD	KPD
5. 3. 1933	43,9	8	1,1	11,2	18,3	12,3
6. 11. 1932	33,1	8,8	1,9	11,9	20,4	16,9
31. 7. 1932	37,4	5,9	1,2	12,5	21,6	14,6
14. 9. 1930	18,3	7	4,5	11,8	24,5	13,1
20. 5. 1928	2,6	14,2	8,7	12,1	29,8	10,6

Anteil der Parteien bei den Reichstagswahlen in Prozent der abgegebenen Stimmen

Reichstagswahlen in Dortmund



Die Wahlen in Dortmund · Hans Graf, Hannover, Frankfurt a/M 1958 S. 187/188

Die demokratisch-republikanisch orientierten bürgerlichen Parteien liegen ebenfalls mit ihren Stimmanteilen in Dortmund weit über dem Reichsdurchschnitt. Währenddessen bleiben DNVP unter, NSDAP sogar weit unter den Ergebnissen im Reich. Diese demokratische Orientierung der Mehrheit der Dortmunder Bevölkerung hat sich während der gesamten Zeit der NS-Herrschaft in zahlreichen Widerstandsaktionen gezeigt.

Wie hat die Arbeiterbewegung in Dortmund auf die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler reagiert?

Im Januar 1933 gab es zwischen SPD und KPD in Dortmund, wie auf nationaler Ebene, kein gemeinsames Handeln gegen die drohende Gefahr des Faschismus, obwohl in dieser Phase der Weimarer Republik nur ein gemeinsamer Kampf der beiden Parteien eine wirksame Gegenwehr ermöglicht hätte. Aber statt gemeinsamer Gegenwehr befehdeten sich die Arbeiterparteien gegenseitig.

Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung war tief und erbittert. Nicht nur ideologisch bekämpften sich SPD und KPD, sondern in der Weimarer Republik kostete diese Spaltung viel Blut. So im Jahr 1919 in Berlin, bei der Zerschlagung der Räterepublik in München 1919, beim Ruhrkampf 1920, später in Mitteldeutschland und in Hamburg 1923. Überall wo die Freikorps und die Reichswehr gegen die Arbeiter vorgingen, trug die SPD die politische Verantwortung dafür. Die Namen von Ebert, Noske und Zörgiebel standen als Symbol für diese Politik. So ist verständlich, daß die Mitglieder der KPD emotional gegen die SPD aufgebracht waren. Sie als sozialfaschistisch zu bezeichnen, berücksichtigte nicht, daß die soziale Basis der SPD weiterhin die Arbeiterschaft war.

So konnte die KPD es auch nicht schaffen, wenn sie die SPD als sozialfaschistisch angriff, die Mehrheit der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter gegen deren Parteiführung zu gemeinsamen Aktionen gegen den Faschismus zu bewegen. So mußten auch Versuche, die sozialdemokratische Führung zu einem gemeinsamen antifaschistischen Zusammengehen zu veranlassen, ohne Erfolg bleiben.

Die SPD-Führung hatte bereits in der letzten Phase der Weimarer Republik Aktionen ihrer Mitglieder gegen die Folgen der Wirtschaftskrise, die Präsidialregierungen und den fortlaufenden Abbau demokratischer Rechte unterbunden. Gleichzeitig grenzte sie sich scharf zur KPD ab. Die Angst vor Massenaktionen und die Unterschätzung des drohenden Faschismus führten schließlich sogar zu dem widerstandslosen Abtritt der sozialdemokratischen preußischen Regierung Braun-Severing, nachdem Papen diese am 20. Juli 1930 durch einen offenen Staatsstreich abgesetzt hatte.

Auch in Dortmund attackierten sich die beiden Arbeiterparteien noch im Januar 1933 heftig gegenseitig. Anlässlich verschiedener kommunalpolitischer Auseinandersetzungen zeigte sich die tiefgehende Spaltung der Arbeiterbewegung. Die von der SPD herausgegebene Westfälische Allgemeine Volkszeitung (WAVZ) setzte am 11.1.1933 die Kommunisten mit Nazis gleich. *„Nicht nur die Hitlersche Landsknechtsbewegung frommt dem Machtinteresse des Großbesitzes, auch die Arbeit der Thalmänner hat den selben Effekt“* (WAVZ 11.1.1933). Die KPD stand nicht dahinter zurück: *„Die erste Stadtverordnetenversammlung im neuen Jahr zeigte die offene Einpeitschung des Schleicher-Kurses in Dortmund, zeigte die hündische Ergebnisheit der Sozialdemokratie gegenüber der faschistischen Stadtverwaltung“* (Der Kämpfer 11. 1. 1933, Zeitung der KPD).

Am 10.1.1933 meldete die Dortmunder Zeitung (der DNVP nahestehend) anlässlich der 1. Stadtverordnetenversammlung, daß der Stadtverordnete der KPD, Jagelka, die SPD *„Schleicherfaschisten“* nennt. Der Hintergrund für diese Beschimpfung war die Ablehnung der von der KPD beantragten Winterhilfe.

Obwohl das Geheimgespräch von Hitler und Papen am 4.1.1933 beim Kölner Bankier Schröder bekannt wurde, ordneten die beiden Arbeiterparteien diesem keine entscheidende Bedeutung zu, da der Inhalt der Absprachen selbst nicht an die Öffentlichkeit drang. Dort wurde die Einsetzung Hitlers als Reichskanzler beschlossen, und in wesentlichen Zügen wurde die spätere Wirtschaftspolitik abgesprochen. Für die SPD war bereits durch die Novemberwahlen 1932 und durch die Ernennung Schleichers zum Reichskanzler der Niedergang des Faschismus in Deutschland ausgemacht. Die KPD richtete sich zwar in Massenkundgebungen in Dortmund, so am 4.1., 7.1. und am 11.1., gegen die Regierung Schleicher und gegen die Gefahr des Faschismus (Hansaplatzkundgebung am 24. 1. 1933), jedoch war auch für sie nicht absehbar, daß am 30. Januar 1933 Hitler bereits Reichskanzler sein sollte.

An der sofortigen Reaktion auf diese Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ist die Stärke und Kampfbereitschaft der Arbeiter in Dortmund zu erkennen. Noch vor den Aufrufen der beiden Arbeiterparteien²², die natürlich erst am 31.1.1933 in der Presse erscheinen konnten, kam es in

Dortmund bereits am Nachmittag des 30. Januar zu Demonstrationen, vor allem des kommunistischen Teils der Arbeiterschaft. Diese Demonstrationen in verschiedenen Stadtvierteln wurden mit einer Kundgebung auf dem Hansaplatz fortgesetzt. Auch in Hörde fanden Demonstrationen vor dem dortigen SA-Heim statt. Am Abend hielten die Proteste weiter an.

Typisch für die Interpretation und das Herunterspielen dieser politischen Demonstrationen durch die Rechte ist ein Artikel aus der Dortmunder Zeitung vom 31. 1. 1933:

Ohne Grund „hetzten die Kommunisten ihre Leute zusammen“, ja sogar selbst die Kinder „trommelte man zusammen“, natürlich erst bei Dunkelheit, „diese wurde bezeichnenderweise abgewartet“. Um die hohe Zahl der Demonstranten zu verschweigen, spricht die DZ von großen Mengen Schaulustiger. Sie schließt mit dem Apell: „Und doch ist eines vor allen Dingen not: Ruhe.“²³

Erstickte Demonstrationen

War keine kleine Aufregung gestern, als die Extrablätter und die Abendausgabe der „D. Z.“ herausflatterten und die neuen Namen trugen. Sie gehen rasch, die Kabinettswechsel, anscheinend hat man in Berlin bereits Routine darin. Wär auch kein Wunder!

Bis zum Nachmittag so gegen 16 Uhr blieb alles still. Aber wer mit achtsamen Augen durch gewisse Stadtteile ging, die von den Kommunisten als ihre Hochburgen betrachtet werden, konnte sehen, wie emsig man dort tätig war. Obgleich in der Stadt - etwa von rechtsradikaler Seite - nicht das geringste zu sehen oder hören war, was als eine Provokation hätte aufgefaßt werden können, hetzten die Kommunisten ihre Leute zusammen, formierten sie zu Kolonnen und begannen langsam zur Innenstadt zu ziehen. Unter welchen Rufen das geschah, kann man sich denken. Außerdem trommelte man auch die Kinder zusammen und ließ sie unter Absingen der Internationale durch die Straßen ziehen. In der Gegend zwischen dem Steinplatz und der Reinoldikirche etwa, war nach Einbruch der Dunkelheit (diese wurde bezeichnenderweise abgewartet) bald zu sehen, daß „etwas los“ war. Nicht lange, da ertönten die bekannten Nieder!-Rufe. Und abermals eine halbe Minute, da war die Polizei da, die den Verkehr zu regeln und für Ordnung zu sorgen hat. Getreu dieser Pflicht handelte sie, pflanzte sich an der Reinoldikirche auf und das genügte, um die Demonstranten zu veranlassen, sich rückwärts zu verziehen. Auf etwas mehr oder weniger Geschrei kam es nicht an.

Eine mehrhundertköpfige Menge, in der auch rote Fahnen getragen wurden, drängte durch die Reinoldistraße zurück und traf an deren Ausgang am Burgwall gegen 10.20 Uhr einen größeren Trupp weiterer Demonstranten. Diese wollten „drauf los!“ gehen. Aber die Zurückkehrenden winkten ab - und taten gut daran.

Es gab im weiteren Verlaufe des Abends noch da und dort kleinere Tumulte, Zusammenstöße ernstlicher Art ereigneten sich aber auch in den nächsten Stunden glücklicherweise nicht.

Immer und immer wieder sammeln sich bei solchen Gelegenheiten große Mengen derer an, die nur „mal gucken“ wollen. Nicht nur, daß sie der Polizei ihr schweres Amt noch erschweren, sie unterstützen durch ihre bloße Anwesenheit auch die Sache der Unruhestifter und feuern diese an. Und doch ist eines vor allen Dingen not: Ruhe!

Doch die Ruhe stellte sich auch in den nächsten Tagen nicht ein. Die Kampfbereitschaft der Arbeiter zeigte sich an vielen Stellen der Stadt: mehrere kommunistische Demonstrationzüge im Hoeschviertel, in der Innenstadt auf dem Hansaplatz; fernerhin eine Großkundgebung der KPD mit einer Demonstration in Hörde, abends Demonstrationen vor der Geschäftsstelle der NSDAP in der Schwanenstraße. All dies wurde von der Dortmunder Zeitung als „kommunistische Ruhestörung“ betitelt (DZ vom 1. 2. 1933).

Zu ernststen Zwischenfällen kam es nicht. Durch starkes Polizeiaufgebot wurden Versammlungen von Arbeitern eingeschüchtert, verhindert oder aufgelöst. Wie der Generalanzeiger am 1.2.1933 mitteilte, war es für die Polizei ein Grund für Verhaftungen, wenn Kommunisten vor den Werkstoren bei Schichtwechsel Flugblätter verteilten, in denen sie zum Generalstreik aufforderten.

Bei Versammlungen vor der Reinoldikirche in der Nacht zum 1. 2.1933 „mußte angesichts der widerspenstigen Haltung der Kommunisten (vom Gummiknüppel) Gebrauch gemacht werden“ (DZ vom 1. 2.1933). Auch am 2.2.1933 meldete die gleiche Zeitung, daß „kommunistische Störungsversuche von der Polizei energisch und erfolgreich abgewehrt“ wurden (DZ vom 2. 2. 1933).

Dieser Beifall von rechts für das Vorgehen der Polizei war zu erwarten, die Diffamierung von Protestaktionen als Ruhestörung ebenfalls. Aber welche politische Absicht verfolgte die für die Einsätze verantwortliche Polizeiführung? Der Dortmunder Polizeipräsident war zu diesem Zeitpunkt

der Sozialdemokrat Zörgiebel. Versuchte er durch solches Vorgehen sein politisches Überleben zu sichern? Obwohl er von der Zentrumszeitung Tremonia für die „*Abwehr der kommunistischen Gefahr*“ (Tremonia vom 16. 2.1933) gelobt wurde, hatten die Nationalsozialisten bereits am 31.1.1933 in ihrer Zeitung, der Roten Erde, vorausgesagt, daß Zörgiebel, „*dessen Sündenregister längst voll ist*“, wohl kaum „*länger als acht Tage im Amt belassen wird*“ (Rote Erde vom 31.1.1933). Wollte Zörgiebel dies durch besondere Betonung forschen Antikommunismus' verhindern? Diese Einstellung hatte er bereits am 1. Mai 1929 (Blutmai) in Berlin bewiesen. Dort hatte er die Kundgebung in seiner Funktion als Polizeipräsident verboten. Als dennoch die Arbeiter demonstrierten, erschloß die Polizei 33 Arbeiter. In Dortmund hat er am 1. 2.1933 „*von sofort an bis auf weiteres alle Versammlungen und Umzüge der Kommunistischen Partei sowie all ihrer Hilfs- und Nebenorganisationen unter freiem Himmel verboten, da diese Kundgebungen nach den Erfahrungen der letzten Tage eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen*“, (zitiert nach GA vom 2. 2. 1933)

Hiermit eilte Zörgiebel selbst Hermann Göring, dem kommissarischen Innenminister Preußens, um einen Tag voraus. Dieser ordnete ein Demonstrationsverbot für Kommunisten erst am 2. 2.1933 an. Zörgiebel kam ebenfalls der am 4. 2.1933 erlassenen Präsidialverordnung „zum Schutze des deutschen Volkes“ zuvor, als er am 2.2.1933 im Dortmunder Norden und Westen bei einer „*Polizeiaktion gegen die hiesigen Kommunisten*“ Lokale durchsuchen, Material beschlagnahmen und zwei Kommunisten verhaften ließ. Hierbei war er der Zeit in seinen Aktionen insofern um Wochen voraus, als er „*die Straßen durch mit Karabinern bewaffnete Beamte abriegeln*“ ließ (GA vom 3. 2. 1933).

Wie sah der Dank der Nazis für solche Anbiederungsversuche aus? Bereits am 3. 2.1933 wiederholte die Rote Erde: „*Fort mit Zörgiebel.*“ Unter dem bezeichnenden Titel: „*Will sich der Polizeipräsident retten?*“ stellen die Nazis zwar fest, es sei nicht unbeachtet geblieben, „*daß mit Herrn Zörgiebel eine gewisse Wandlung vor sich gegangen ist*“ und daß „*es mit einigem Aufsehen vermerkt worden (ist), wie sehr sich Herr Zörgiebel beeilt hat, dem allgemeinen preußischen Demonstrationsverbot gegen die KPD zuvorzukommen*“, und lobten ihn sogar dafür. Aber sie vermuten, „*daß sich Herr Zörgiebel beiden neuen Männern in Berlin lieb Kind machen will*“. „*Wir Nationalsozialisten haben nicht vergessen, was man uns angetan*“ hat. Folglich endet der Artikel mit der Forderung: „*Fort mit Zörgiebel!*“ Entsprechend dieser Forderung wird Zörgiebel bereits am 13. 2.1933 durch eine Verfügung Görings zwangsbeurlaubt, am 17. 2. dann durch den NSDAP-Landtagsabgeordneten Schepmann in Dortmund ersetzt. Zum Zeichen der neuen Macht wehten fortan Hakenkreuzfahnen auf dem Polizeipräsidium.

In Dortmund hatte der Kämpfer in seiner Ausgabe vom 31.1.1933 alle kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und Reichsbanner-Arbeiter zum Generalstreik aufgerufen.²⁴

Aufruf der KPD zum Generalstreik vom 30. Januar 1933 (Auszug)

Hitler Reichskanzler - Papen Vizekanzler - Hugenberg Wirtschaftsdiktator - die Frick und Göring an der Spitze der Polizei - Stahlhelm-Seldte Arbeitsminister! Dies neue Kabinett der offenen, faschistischen Diktatur ist die brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen, die deutsche Arbeiterklasse!

Die Betrugsmanöver des „sozialen“ Generals sind zu Ende. Die Zuspitzung der Krise, der machtvolle revolutionäre Aufschwung der Massen zwingt die Bourgeoisie, das nackte Gesicht ihrer Diktatur in äußerster Brutalität zu enthüllen. An die Stelle der „sozialen“ Phrasen treten die Bajonette der Reichswehr und die Revolver der mordenden SA- und SS-Kolonnen. Schamloser Raub der Löhne, schrankenloser Terror der braunen Mordpest, Zertrampelung der letzten spärlichen Überreste der Rechte der Arbeiterklasse, hemmungsloser Kurs auf den imperialistischen Krieg - das alles steht unmittelbar bevor.

Die Partei der deutschen Arbeiter, die Partei der Streiks gegen Lohnraub, der Verteidigung der Interessen aller Werktätigen, des Kampfes für die Freiheit der Arbeiterklasse und für den Sozialismus - die KPD will man verbieten!

Die Kampforganisation der proletarischen Jugend, der KJVD, die Massenkampforganisation, die den Kampf gegen Lohnraub und Unternehmerwillkür führt, die RGO, sollen verboten werden. Diese faschistischen Anschläge sollen den Kurs auf die volle Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen Deutschlands einleiten.

Das blutige, barbarische Terrorregime des Faschismus wird über Deutschland auf-

gerichtet. Massen, laßt nicht zu, daß die Todfeinde des deutschen Volkes, die Todfeinde der Arbeiter und armen Bauern, der Werktätigen in Stadt und Land ihr Verbrechen durchführen! Setzt euch zur Wehr gegen die Anschläge und den Terror der faschistischen Konterrevolution! Verteidigt euch gegen die schrankenlose soziale Reaktion der faschistischen Diktatur!

Heraus auf die Straße!

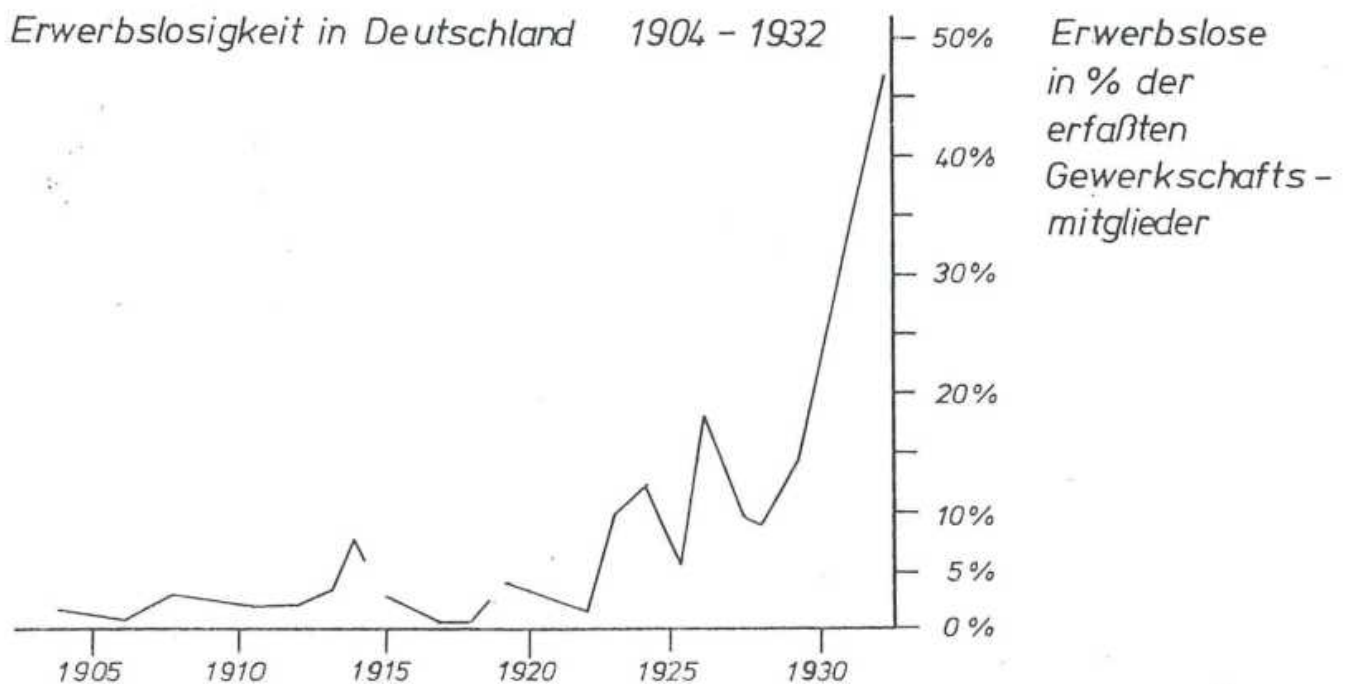
Legt die Betriebe still!

Antwortet sofort auf den Anschlag der faschistischen Bluthunde mit Streik, mit dem Massenstreik, mit dem Generalstreik!

Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter, nehmt in allen Betrieben, in allen Gewerkschaften, in allen Arbeiterorganisationen, auf allen Stempelstellen sofort Stellung für den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur!

Beschließt die Arbeitsniederlegung! Beschließt Massendemonstrationen! Wählt Einheitskomitees und Streikleitungen! Organisiert den Kampf!

Dieser Aufruf der KPD für das Reich schien auch in Dortmund weitgehend unbeachtet geblieben zu sein. Berichte über Streikaktionen sind in der Presse nicht zu finden. Die Dortmunder Zeitung vom 31.1.1933 berichtet, daß die Arbeiter wie üblich an ihren Arbeitsplätzen erschienen seien. Warum kam es nun nicht zu einer großen gemeinsamen Aktion der Arbeiterschaft gegen die Ernennung Hitlers? Sicherlich kommen viele Gründe hier zusammen. Die Bereitschaft der Arbeiter zum Streik war durch die Wirtschaftskrise und die hohe Zahl der Arbeitslosen zu diesem Zeitpunkt gering. Darüber hinaus waren der politisch aktivste Teil der Arbeiter und ihre Funktionäre bereits als erste in den Krisen Jahren entlassen worden.



in: Deutsche Wahlen; H. Striefler, Düsseldorf 1946, S. 64

Vor allem muß das Scheitern dieser Aufforderung vor dem Hintergrund der Spaltung der Arbeiterbewegung gesehen werden. Die zum größten Teil sozialdemokratisch organisierten Arbeiter waren auch jetzt nicht bereit, gegen die Empfehlungen ihres Parteivorstandes gemeinsam mit dem Kommunisten organisierte Abwehraktionen gegen den Nazismus zu unternehmen. Der Aufruf der Parteiführung der Sozialdemokraten forderte dazu auf, Ruhe zu bewahren, aber auch dazu, sich bereit zu halten.²⁵

Aufruf des Vorstandes der SPD und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 31. Januar 1933

Arbeitendes Volk! Republikaner!

Im Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg ist die Harzburger Front wieder auferstanden.

Die Feinde der Arbeiterklasse, die einander bis vor wenigen Tagen auf das heftigste befehdeten, haben sich zusammengeschlossen zum gemeinsamen Kampf gegen die Arbeiterklasse, zu einer reaktionären großkapitalistischen und großagrarisches Konzentration.

Die Stunde fordert die Einigkeit des ganzen arbeitenden Volkes zum Kampf gegen die vereinigten Gegner. Sie fordert Bereitschaft zum Einsatz der letzten und äußersten Kräfte.

Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung. Die politischen und sozialen Rechte des Volkes, die in Verfassung und Gesetz verankert sind, werden wir gegen jeden Angriff mit allen Mitteln verteidigen. Jeder Versuch der Regierung, ihre Macht gegen die Verfassung anzuwenden oder zu behaupten, wird auf den äußersten Widerstand der Arbeiterklasse und aller freiheitlich gesinnten Volkskreise stoßen. Zu diesem entscheidenden Kampf sind alle Kräfte bereitzuhalten. Undiszipliniertes Vorgehen einzelner Organisationen oder Gruppen auf eigene Faust würde der gesamten Arbeiterklasse zum schwersten Schaden gereichen.

Darum her zur Eisernen Front! Nur ihrer Parole ist Folge zu leisten! Kaltblütigkeit, Entschlossenheit, Disziplin, Einigkeit und nochmals Einigkeit ist das Gebot der Stunde!

Mit diesem Aufruf wurden zwar außerparlamentarische Aktionen nicht ausgeschlossen, aber sie sollten nur für den Fall vorgesehen sein, daß die Regierung versuche, ihre Macht gegen die Verfassung anzuwenden. Dieser verzweifelte Versuch, weiterhin ausschließlich parlamentarisch oder juristisch vorzugehen, läßt sich nur aus der Geschichte der SPD verstehen, die zu Kriegsbeginn 1914, dann in der Revolution 1918, in der Weimarer Republik, vor allem 1932 in Preußen beim Papen-Putsch zur Durchsetzung ihrer programmatischen Ziele nicht bereit war, die außerparlamentarische Kraft der Arbeiterbewegung einzusetzen.

Bis zum Sonntag, dem 5. 2.1932 kam es auch zu keiner Aktion der Sozialdemokraten in Dortmund. Erst für diesen Tag forderte der „Kampf-Ausschuß der Eisernen Front Groß- Dortmund“ auf zu einer Kundgebung am Fredenbaum mit anschließendem Demonstrationzug zum Hansaplatz. In dem Aufruf vom 4. Februar 1933 in der WAVZ wird noch einmal der Kampf der Arbeiterschaft „um ihre Rechte auf verfassungsmäßigem Boden“ betont, werden Großindustrie und Großgrundbesitz als Drahtzieher des neuen Kabinetts benannt. Ihren Interessen werden diejenigen „aller Republikaner und Demokraten“, der „wirklich aufrechten Männer und Frauen“ für „wirklichen und wahrhaftigen Sozialismus“ gegenübergestellt.

Heraus zum Massenprotest für Freiheit und Volksrecht

Heraus zum Massenprotest am morgigen Sonntag! Heraus ihr Arbeiter, Angestellten, Beamten!

Heraus ihr republikanischen Männer!

Heraus ihr Frauen!

Heraus du Dortmunder Jugend!

Morgen muß Dortmund im Zeichen des republikanischen, demokratischen Willens stehen. Wer morgen nicht mit uns ist, hat kein Recht zu klagen, hat kein Recht zur Kritik. Alles was wir in Dortmund bisher an Kundgebungen erlebt haben, muß die morgige Kundgebung übertreffen.

Wenn morgen in Dortmund unter den Dreipfeilfahnen, unter den Freiheitsfahnen, die

Dortmunder republikanische Bevölkerung für ihre politische Gleichberechtigung, für ihr soziales Recht demonstriert, dann sollen alle die Postenanwärter des Dritten Reiches wissen, daß sie sich im Irrtum befinden, wenn sie glauben, daß ihre Stunde nun gekommen sei. Sie sollen wissen, daß diese ihre Stunde niemals kommen wird. Dann sollen aber auch die Hitler, Papen, Seldte, Hugenberg wissen, daß es gefährlich ist, mit dem Feuer zu spielen, daß die deutsche Arbeiterschaft nicht gewillt ist, sich ihre verfassungsmäßigen Rechte rauben zu lassen von einer Herrenkaste und daß sie ihr Letztes hergibt, um diese Rechte zu verteidigen. Die deutsche Arbeiterschaft wird den Kampf um ihre Rechte auf verfassungsmäßigem Boden führen, aber sie warnt die Verantwortlichen von heute, den verfassungsmäßigen Boden zu verlassen.

Schon fordert die nationalsozialistische Presse ein Verbot der SPD-Zeitungen. Das arbeitende Volk soll mundtot gemacht werden. Die nächsten Tage werden zeigen, ob der Wunsch der Nazipresse für Herrn Hitler Befehl ist.

Was Herr von Papen im vorigen Jahre begonnen, den Abbau der Sozialgesetzgebung, den Einbruch in das Tarif- und Schlichtungswesen und den Lohnraub, das sollen Hitler, von Papen, Hugenberg und Seldte nun gemeinsam vollenden. So will es die Großindustrie, so will es der Großgrundbesitz.

Mehr Not, mehr Elend der breiten Volksschichten, und mehr Profit, mehr Liebesgaben einer kleinen besitzenden Schicht, das ist das Ziel derer, deren Intrigen die Regierung Hitler ihre Existenz verdankt.

Es ist Lüge, daß das deutsche Volk diese Regierung will. Ein verhältnismäßig kleiner Teil des Volkes nur jubelt dieser Regierung zu. Die große Masse des werktätigen deutschen Volkes hat mit ihr nichts zu tun.

Wir wollen Gleichberechtigung, wir wollen Demokratie, ja, wir wollen wirklichen und wahrhaftigen Sozialismus. Wir wollen den Schutz unseres Rechtes durch die Verfassung und durch eine Gesetzgebung, die sich auf der Verfassung von Weimar aufbaut.

Nur Untertanen und Heloten können eine Diktatur wünschen. Freie Menschen können nur in der Demokratie leben und wirken.

Heraus darum ihr Republikaner und Demokraten, ihr wirklich aufrechten Männer und Frauen Groß-Dortmunds! Her zu uns am morgigen Sonntag, her zur Kundgebung der Eisernen Front, der Freiheitsfront, her zu uns und mit uns in den Kampf für die Freiheit!

Um 3 Uhr trifft sich alles am Fredenbaum zur Massenkundgebung. Anschließend daran Demonstration über die Münsterstraße, Burgtor zum Hansaplatz.

Der Kampf-Ausschuß der Eisernen Front Groß-Dortmund.

Erst am 5. 2.1933 fand also diese Veranstaltung im überfüllten Fredenbaum statt, die am folgenden Tag von der sozialdemokratischen Presse nicht als Protestaktion gegen die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, sondern als „Eröffnung des Wahlkampfes“ (WAVZ vom 6. 2. 1933) herausgestellt wurde. Als Hauptredner sprach der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Fritz Henßler. Nach ausführlicher Verteidigung der sozialdemokratischen Politik der letzten Jahre gegenüber den Angriffen von rechts warf Henßler in seiner Rede den Kommunisten vor, den Weg für den Faschismus durch die Zersetzung des Parlamentarismus und der Demokratie, durch die Angriffe auf die Sozialdemokratie freigemacht zu haben. Die Dortmunder Zeitung kommentiert:

„Der Beifall, den die Ausführungen fanden, war gemessen an der Menge der mehreren tausend Hörer außerordentlich dünn (gesperrt im Orig.). Offensichtlich hatten die Erschienenen etwas ganz anderes erwartet und nicht nur so schwache Rechtfertigungsversuche ...“ (DZ vom 6. 2. 1933).

Nach der Rede Henßlers zog ein Demonstrationszug von 4000 Menschen zum Hansaplatz, wo sich der Zug auflöste. Durch die Ausführungen Henßlers war es klar geworden, daß es auch weiterhin in Dortmund zu keinen gemeinsamen Aktionen der Arbeiterparteien gegen Hitler kommen würde, obwohl nach den ersten Notverordnungen und Maßnahmen der Nazis es auch in Dortmund keinem verborgen bleiben konnte, was in Zukunft auf die Weimarer Republik zukommen würde. Am 9. 2.1933 lehnte die WAVZ noch einmal nach Verurteilung der kommunistischen Politik ausdrücklich jede Zusammenarbeit ab: *„Die ‚größte proletarische Einheitsfront‘ wäre da, wenn die Kommunisten ‚ihren Moskauer Laden zu machten und sich mit uns deutsche Kampfziele‘ steckten: Die ‚Verteidigung der republikanischen*

Volksrechte', die Verteidigung von Brot und Freiheit'. „Nur die Gewerkschaftsfront, nur die Eiserne Front sei ‚die Basis für jede Einheitsfront!.“

Sogar dem linksliberalen Generalanzeiger war es im Februar 1933 klar, daß nur ein gemeinsames Handeln der KPD und der SPD gegen den Faschismus die Gefahr für die Demokratie verhindern könne.

„Blinde Illusionspolitik wäre es, die tiefen Gegensätze zwischen SPD und KPD leugnen zu wollen. Aber beide müssen heute einsehen: für beide besteht heute gleichmäßig Lebensgefahr. In den Massen der Arbeiterschaft würde nichts befreiender und befeuernder wirken, als wenn aus allen Wahlreden der SPD und der KPD das gemeinsame Leitmotiv ausklänge: der Feind steht rechts!“ (GA vom 10. 2. 1933)

Die faschistische Gefahr wurde in der Tat in Dortmund im Februar immer bedrohlicher. Obwohl die Nationalsozialisten, SA, Stahlhelm und andere Verbände der deutschen Rechten die Ernennung Hitlers erst am 1. 2.1933, also zwei Tage nach dessen Ernennung zum Reichskanzler, in Dortmund zu feiern wagten, ließen die Nationalsozialisten auf dieser Kundgebung auf dem Hansaplatz keinen Zweifel an ihrer weiteren Politik. In seiner Rede führte der für die NSDAP sprechende, künftige Polizeipräsident Dortmunds, der ehemalige Lehrer Schepmann, aus:

„Widerstände sind da, um überwunden zu werden, und wir werden sie überwinden, denn 14jähriger Kampf gegen Widerstände hat uns hart werden lassen. Wer Deutschland nicht will, der hat zukünftig kein Daseinsrecht mehr in Deutschland. . .“ (DZ vom 2. 2. 1933) Gleichzeitig zu diesen Drohungen entfaltete sich bereits individueller und organisierter Terror. In der Nacht nach der Rede Schepmanns wurde aus einem Personenauto heraus auf einen in der Geschäftsstelle der KPD sich aufhaltenden Zeitungsverteiler geschossen. Die Schüsse richteten jedoch nur Sachschaden an. Doch bereits wenige Tage später, am 12. 2.1933, mußte bereits das erste Opfer beklagt werden. Ein Trupp von 30 SA- Leuten hatte in Asseln eine Gruppe Kommunisten überfallen und dabei den Bergmann Albert Barnikau durch einen Messerstich in den Rücken ermordet.



Mahnwache für einen getöteten Antifaschisten

(HDC) Alte und junge Antifaschisten hielten am Samstag eine Ehrenwache an der Ecke Donnerstraße/Asselner Hellweg. An dieser Stelle war am 12. Februar 1933 bei der ersten Bluttat auf offener Straße nach der Machtergreifung Hitlers der KPD-Vorsitzende Albert Barnikau erstochen worden.

Ein Trupp der SA mit einem Lastwagen hatte den an einer Straßenbahnhaltestelle wartenden Gegner des NS-Regimes erkannt. Obwohl Albert Barnikau die Flucht ergriff, wurde er eingeholt und durch einen Messerstich in den Rücken ermordet. (Westfälische Rundschau vom 14. 2.1983)

Wenig später, am 17. Februar 1933, legalisierte Göring solche Morde nicht nur, sondern er forderte geradezu dazu auf:

Runderlaß des Preußischen Ministers des Inneren vom 17. Februar 1933 über die ‚Förderung der nationalen Bewegung‘

Ich glaube, mir einen besonderen Hinweis darauf ersparen zu können, daß die Polizei auch nur den Anschein einer feindseligen Haltung oder gar den Eindruck einer Verfolgung gegenüber nationalen Verbänden (SA, SS und Stahlhelm) und nationalen Parteien unter allen Umständen zu vermeiden hat. Ich erwarte vielmehr von sämtlichen Polizeibehörden, daß sie zu den genannten Organisationen, in deren Kreisen die wichtigsten staatsaufbauenden Kräfte enthalten sind, das beste Einvernehmen herstellen und unterhalten. Darüber hinaus sind jede Betätigung für nationale Zwecke und die nationale Propaganda mit allen Kräften zu unterstützen. Von polizeilichen Beschränkungen und Auflagen darf insoweit nur in dringendsten Fällen Gebrauch gemacht werden.

*Dafür ist dem Treiben staatsfeindlicher Organisationen mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten. **Gegen kommunistische Terrorakte und Überfälle ist mit aller Strenge vorzugehen und, wenn nötig, rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen.** Polizeibeamte, die in Ausübung dieser Pflichten von der Schußwaffe Gebrauch machen, werden ohne Rücksicht auf die Folgen des Schußwaffengebrauchs von mir gedeckt; wer hingegen in falscher Rücksichtnahme versagt, hat dienststrafrechtliche Folgen zu gewärtigen.*

Der Schutz der immer wieder in ihrer Betätigung eingeengten nationalen Bevölkerung erfordert die schärfste Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen gegen verbotene Demonstrationen, unerlaubte Versammlungen, Plünderungen, Aufforderung zum Hoch- und Landesverrat, Massenstreik, Aufruhr, Pressedelikte und das sonstige strafbare Treiben der Ordnungsstörer.

Jeder Beamte hat sich stets vor Augen zu halten, daß die Unterlassung einer Maßnahme schwerer wiegt als begangene Fehler in der Ausübung.

Ich erwarte und hoffe, daß alle Beamten sich mit mir eins fühlen in dem Ziele, durch die Stärkung und Zusammenfassung aller nationalen Kräfte unser Vaterland vor dem drohenden Verfall zu retten.

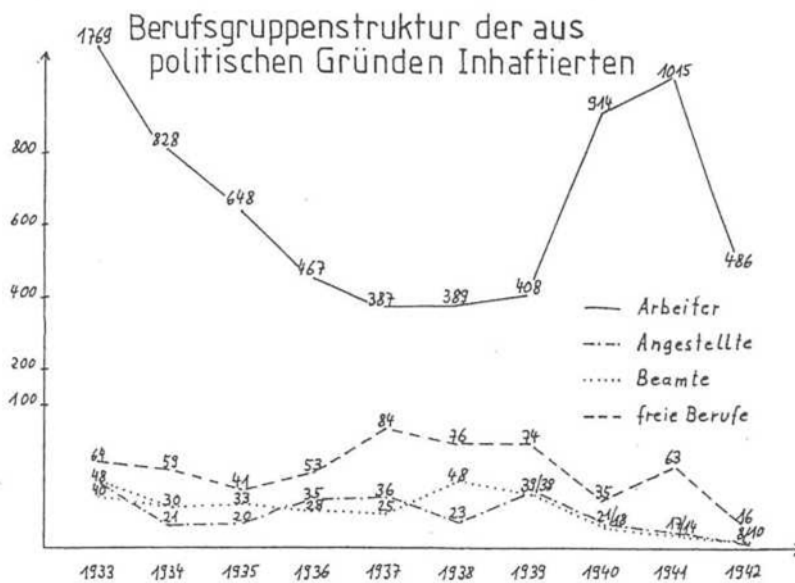
Nachdem am 22. Februar durch Erlaß Görings die SA zur Hilfspolizei berufen worden war, baute sie in Dortmund ihr eigenes Gefängnis aus. Neben verschiedenen „Hilfsgefängnissen“, vor allem in SA-Heimen, kontrollierte sie das Polizeigefängnis am Steinplatz, die Steinwache. Sie wurde sehr bald im ganzen Ruhrgebiet durch die dortigen Folterungen und Mißhandlungen als „Hölle Westdeutschlands“ bekannt.

Nach dem Berliner Reichstagsbrand vom 27. 2. 1933 wurden auch in Dortmund nach Hausdurchsuchungen und Polizeiaktionen am 28. Februar 30 kommunistische Funktionäre und 22 KP-Angehörige verhaftet. Auf Grund der sofort erlassenen Notverordnungen wurden alle Druckschriften und Zeitungen der „Marxisten“, d. h. der KPD **und** der SPD verboten, Vereins- und Versammlungsverbote verhängt.

Unter diesen Bedingungen kann selbstverständlich am 5. März 1933 nicht mehr von einer freien Wahl gesprochen werden. Es spricht für die demokratische Gesinnung der Dortmunder Bevölkerung, daß der NSDAP lediglich 26,8 % der Stimmen, gegenüber 43 % der Stimmen im Reich, gegeben wurden. Selbst acht Tage später bei der Kommunalwahl am 12. 3. 1933 fiel das Ergebnis für die NSDAP trotz größeren Terrors nicht viel besser aus.



Steinwache mit Gefängnistrakt



6. Der Antifaschist Willi Gast berichtet:

„Zu meiner politischen Vergangenheit möchte ich folgendes ausführen: Ich bin im Jahre 1928 in die Kommunistische Partei Deutschlands eingetreten, und bin später bei Hoesch, wo ich damals gearbeitet habe, Betriebsrat geworden.

Im April 1933 waren auf dem Eisen- und Stahlwerk Hoesch, heute Westfalenhütte, Betriebsratswahlen. Dazu müssen ja auch die Kandidaten aufgestellt werden, man kann sich dazu melden, und ich hatte mich auch gemeldet. Weil ich schon zwölf Jahre bei Hoesch war, hat man mir anheimgestellt von seiten des Werkes, ich sollte davon ablassen, sonst müßte ich entlassen werden. Ich habe gesagt, Ich lasse nicht davon ab und bin dann am 12. 5. 1933 entlassen worden.

Ich war im Deutschen Metallarbeiterverband Vertreter der Kommunisten. Außerdem war ich Vertreter der RGO, einer revolutionären Gewerkschaftsorganisation. Sie wurde hauptsächlich gebildet, weil wir nicht mit allem, was die damalige Gewerkschaft gemacht hat, einverstanden waren, und wir wollten aus diesem Grunde eine Verbesserung herbeiführen.

Wie schon erwähnt, bin ich dann von Hoesch als Betriebsratskandidat entlassen worden. Ein paar Tage später ist die Gestapo gekommen und hat mich verhaftet und zur Steinwache am 15.3.1934 gebracht. Die haben mich nicht für sehr gefährlich gehalten, und da bin ich auf die Liste zur Entlassung gekommen. Ich war erwerbslos und habe illegal in der Kommunistischen Partei gearbeitet.

Illegalität heißt ja verboten; wir wollten den Widerstand weiter leisten. Wir haben andere Namen angenommen. Einer wußte von dem anderen nicht, wie er in Wirklichkeit hieß. Das war notwendig aufgrund des Terrorismus, den die Gestapo ausgeübt hat. Jeder konnte das nicht aushalten. Dann hat er seine Genossen verraten, das war kein Verrat, das war eine Zwangsaussage. Aus diesem Grund haben wir es so gemacht, daß einer von den anderen den richtigen Namen nicht wußte. Dadurch blieben viele Genossen am Leben. Viele sind nach Holland übergesiedelt. Der Druck, der auf uns lastete, wurde dann so gewaltig, daß es fast nicht erträglich war. Nur wer einen eisernen marxistischen Willen in sich trug, hat dann noch mitgeholfen. Wir haben es möglich gemacht, daß wir in den Betrieben Flugblätter verteilt haben.

So vergingen 9 Monate. Ich hatte Verbindung mit der Bezirksleitung. Ich war der Kurier von Essen nach Dortmund. Einen guten Genossen von mir, den haben sie verhaftet. Aus Essen sind drei Gestapo-Leute gekommen, und auf der Rheinischen Straße hat er ihnen gezeigt, daß ich der Verbindungsmann wäre. Das war unser Treffpunkt gewesen. Den hat der Genosse nicht verraten, sondern er hatte einen Zettel in der Tasche, den haben sie gefunden. Ich erkannte, daß sie auf mich zukamen, bin ins Haus gelaufen, wollte im Hof über eine Mauer springen, weiter kam ich nicht. Sie haben mich auf den Bahnhof in Dortmund gebracht. Dort haben sie mich in ein Nebenzimmer mitgenommen. Sie wußten ja nicht viel von mir. Links und rechts und drauf und drüber sind sie über mich hergefallen. Dann bin ich nach Essen gekommen. In Essen war ich acht Wochen. Aber die Gestapo dort war nicht so brutal wie hier in Dortmund auf der Steinwache. Otto Cassebaum, das war der Chef, der hat mich dann von Essen geholt. Der hatte mein Protokoll dort gesehen. Er hat zu mir gesagt: ‚Hier werden die Tiere, die gefährlichsten Tiere werden hier gebändigt, und wir werden auch Dich bändigen, aufgrund Deiner Aussage In Essen, das erscheint lächerlich.‘

Kaum war ich drei, vier Stunden da, haben sie mich in die mexikanische Acht genommen. Da wurden die Hände gefesselt, da kam eine Kette herum, man wurde gezwungen, sich in die Hocke zu setzen, da wurde eine Stange zwischen den Beinen durchgezogen. Man war einfach machtlos. Es wurden acht bis zehn Gummiknüppel dahingelegt, und ich hatte die Wahl zwischen einem dicken und einem dünnen. Links und rechts knieten sie auf mir drauf, und dann habe ich etwa 60 oder 70 Schläge ausgehalten, und dann war ich besinnungslos. Dann haben sie mich in die Brause hereingeschleppt und so lange Wasser laufen lassen, bis ich wieder zur Besinnung kam. Dann ging es noch einmal von vorne los. Da war der erste Tag zu Ende.

Sie wollten von mir den Verrat der Genossen. Verrat ist nun einmal Verrat. Ich hatte die Anschauung der Kommunistischen Partei erfaßt und wollte kein Verräter werden.

Ich habe geschwiegen. Am zweiten Tag ging wieder dasselbe los - bis zur Bewußtlosigkeit. Der Otto Cassebaum hat gesagt: ‚Du wirst noch singen wie eine Nachtigall.‘

So ging es vier Tage lang. Ich möchte hervorheben, nicht jeder konnte das durchhalten. Aber ich war nun ein bißchen sportlich veranlagt, und ich habe die vier Tage überstanden. Dann haben sie mich 14 Tage in Ruhe gelassen. Der Otto Cassebaum, der Chef, kam eines Sonntags in meine Zelle, ich war immer an Händen und Füßen gefesselt, und hat gesagt: ‚Du kannst sofort wieder gehen, wenn Du die

Genossen verrätst. Wir erkennen Deine Standhaftigkeit, solche Leute brauchen wir in der NSDAP.' Ich erkannte sofort, daß das eine Falle war. Ich kam dann in die Gemeinschaftszelle. Wir waren dort mit 16 Mann, alles Kommunisten, und haben auf die Aburteilung gewartet. Die Wärter haben sich uns gegenüber sehr gut benommen, weil es ja noch die alte Polizei der Weimarer Republik war. Im Schnitt genommen waren es ja alles Sozialdemokraten, und die haben uns geschützt, soweit sie konnten.

14 Tage war ich in der Gemeinschaftszelle, dann ging es noch einmal los. Es fehlte ihnen etwas in den Protokollen. Ich habe die Tour noch einmal mitgemacht, ich habe überlebt. Noch drei Monate blieb ich da. Vom 15. März 1934 bis November 1934 war ich in der Steinwache. Anschließend kam ich ins Untersuchungsgefängnis Lübecker Hof. Mein Verfahren ist dann von dem Dortmunder Prozeß abgetrennt worden, weil ich mit der Bezirksleitung zu tun gehabt hatte. Dafür war das Dortmunder Landgericht zuständig, und deshalb bin ich nach Hamm zur Aburteilung gekommen. Ich habe 1/4 Jahr Zuchthaus bekommen, die ich in Herford abgesessen habe.

Anschließend kam ich wieder zur Steinwache. Sie haben mich aber nicht in die Zange genommen. Der O. Cassebaum wollte immer noch Genossen, die noch frei waren, festnehmen. Nach sechs Wochen Steinwache kam ich im Sommer 1936 ins Konzentrationslager Börgermoor. Ich war dort sechs Wochen. Von dort aus wurde das große Lager Sachsenhausen bei Berlin errichtet. Ich war bei den ersten 200 Mann, die dort das Lager aufbauen mußten.

Zuerst war die Bewachung freundlich. Da entstand nun eine Baracke nach der anderen. Im Laufe der Jahre sind dann 20 000-30 000 Häftlinge dorthin gekommen.

Im Lager waren auch Diskussionen möglich, was auf der Steinwache und in Herford unmöglich war. Alle Sozialdemokraten, mit denen ich gesprochen habe, wie zum Beispiel Henßler, das war mein Bettkumpel, mein Bettnachbar, haben bekundet, wir wollen eine Einheitsaktion schließen, wenn wir es überleben. Wir hatten alle den festen Glauben, daß wir es überleben.“

7. Die Jahre 1933-1936: Zerschlagung der Gewerkschaften und Widerstand in den Betrieben

Die Stärke des Faschismus lag sicher auch in der Schwäche seiner Gegner. Die Jahre 1930 bis 1935/36 stellen für die Dortmunder Widerstandskämpfer Jahre bitterer Erfahrungen dar. In dieser Zeit wurden unter großen Opfern Einsichten gewonnen über das Wesen des Faschismus und über Möglichkeiten, ihn zu bekämpfen. Dies gilt vor allem auch für die vor 1933 großen Organisationen der Arbeiterschaft dieser Stadt, die Gewerkschaften, die KPD und die SPD.

Dabei spiegeln sich in den Dortmunder Widerstandskreisen dieser Organisationen all die schwerwiegenden Irrtümer und politischen Fehler wider, die auch die nationale und internationale Orientierung der sozialdemokratischen und kommunistischen Bewegungen kennzeichnen. Zugleich aber kann Dortmund als ein Beispiel herausgestellt werden, das in Ansätzen den Weg erfolgreichen antifaschistischen Widerstands weist.

Die Nationalsozialisten wußten sehr gut, daß der entschiedenste Widerstand gegen die friedensfeindliche Politik der Rechtskräfte von der Arbeiterschaft ausgehen mußte. Sie richteten nach Hitlers Machteinsetzung ihre ganze Aufmerksamkeit darauf, die Organisationen der Arbeiterschaft zu zerschlagen, nachdem sie die Spitze des Polizeiapparates am 13. 2. 1933 besetzt hatten.²⁷

Ein wichtiger Ansatzpunkt, um die Widerstandskraft zu schwächen, war für die NSDAP - auch schon vor 1933 - die politisch-propagandistische Arbeit in den Betrieben. Nationalsozialistische Betriebsorganisationen (NSBO) sollten die Arbeitnehmer verwirren.²⁸

Arbeiter der Stirn ü. der Faüst!

Kämpfer in der N. S. B. O.!

Das kaum Glaubliche ist eingetroffen. Die Tarife stehen nur noch auf dem Papier. Der Willkür der reaktionären Unternehmer ist Tür und Tor geöffnet. Die Arbeiter, deren Löhne ohnehin kaum zum Leben reichten, werden auf den Stand chinesischer Kulis herabgedrückt. Das alles geschieht von einer verkalkten Adelskaste, die sich um einige Jahrhunderte verrecknet hat.

Wir pfeifen auf einen Feudalstaat, in dem der Arbeiter als Mensch zweiter Klasse betrachtet wird, bei Hundslöhnen schufeten muß und im übrigen den Mund zu halten hat.

Wir bekämpfen diesen reaktionären Klüngel mit aller Macht. Unser Ziel ist der deutsche Staat der Schaffenden aller Berufe. Darum erweitert die Kampf-Front!

Tretet ein in die N. S. B. O.

Ruht und rastet nicht, bis das Kabinett Papen in der Verkennung verschwunden ist.

Nieder mit der Reaktion!

Fort mit den liberal-kapitalistischen Scharfmachern und den marxistischen Volksbetrügnern.

Her mit dem deutschen Arbeiterstaat, in dem der Arbeiter als gleichberechtigt anerkannt wird.

Bochum, im September 1932.

Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation Westfalen-Süd

Veranst. Ernst Stahl, Bochum - Druck: Ernst Stahl

aus: Katalog, S. 75, Dok. Nr. 205

Die Nazis stellten sich als Vorkämpfer für Arbeiterrechte und Arbeiterinteressen dar, agitierten - solange sie nicht an der Macht waren - für höhere Löhne, gegen Unternehmerwillkür und gegen den Kapitalismus. Insgesamt hat diese verlogene Propaganda wenig Erfolg gebracht. Insbesondere unter der traditionell hoch organisierten Arbeiterschaft wurden die Rostäuschertricks durchschaut. Bei Betriebswahlen im März 1933 erhielt die NSBO z. B. bei den Metallarbeitern im Hörder Verein (Phoenix-Werk) 12%, auf der Dortmunder Union 11,6 %. Da die Nazis die Arbeiterschaft so nicht auf ihre Seite ziehen konnten, schlugen sie den Weg offener Unterdrückung ein: Gewählte Vertreter der Arbeiterschaft wurden ihrer Funktionen beraubt, verhaftet, in sog. „Schutzhaft“ genommen, auf der Steinwache gefoltert.

Statistik der Betriebsrätewahlen (Metallarbeiter)

1. Hörder Verein (Phoenix-Werk)

	1931	1933
Freie Gewerkschaft	56,3 %	48,3 %
Christi. Gewerkschaft	18,8 %	15,1 %
Kommunisten	12,5 %	2,3 %
Nationalsozialisten	--	12,0 %
Sonstige	12,4 %	22,3 %

2. Dortmunder Union

	1931	1933
Freie Gewerkschaft	33,5 %	33,1 %
Christi. Gewerkschaft	14,7 %	11,4 %
Kommunisten	43,5 %	5,7 %
Nationalsozialisten	2,5 %	11,6 %
Sonstige	5,8 %	38,2 %

zitiert nach Katalog, S. 75

Während im übrigen Reich die Gewerkschaftshäuser erst nach dem 1. Mai 1933 von der SA besetzt wurden, wurde das „Volkshaus“ (ADGB) in Dortmund schon am 18. 4. 1933 beschlagnahmt. Dennoch glaubten die Führer der freien Gewerkschaften, es bestünde noch die Möglichkeit, ein Abkommen über den weiteren Bestand der Organisation mit den Nationalsozialisten abzuschließen. Ihre Politik der Loyalität gegenüber dem NS- Regime führte am 1. Mai 1933 dazu, daß sich viele Gewerkschaftsmitglieder täuschen ließen, dem Aufruf ihrer Führung folgten und an den Nazikundgebungen teilnahmen.²⁹

Beschluß des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 19. April 1933

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den 1. Mai 1933 als gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit und fordert die Mitglieder der Gewerkschaften auf, im vollen Bewußtsein ihrer Pionierdienste für den Maigedanken, für die Ehrung der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat sich allerorts an der von der Regierung veranlaßten Feier festlich zu beteiligen.

Der Bundesausschuß erinnert in diesem Zusammenhang die Regierung und die gesamte Öffentlichkeit erneut an die Notlage der arbeitslosen Massen und spricht die Erwartung aus, daß die Regierung die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden ohne Verdienstschmälerung für die Arbeiter baldigst durchführen möge.

Ebenso dringlich ist es, daß die Bemühungen der Regierung um Arbeitsbeschaffung und Siedlung mit allem Nachdruck weiter gefördert werden. Die Gewerkschaften sind nach wie vor bereit, diese Bemühungen mit allen Kräften zu unterstützen.

Wie illusorisch eine solche Politik war, zeigte sich sofort: Schon am 2. Mai wurden im ganzen Reich die Gewerkschaftshäuser besetzt, die Vermögen beschlagnahmt und viele Funktionäre verhaftet. Am 19. 5.1933 wurde ein Gesetz erlassen, das für bestimmte Wirtschaftsgebiete sog. „Treuhänder der Arbeit“ einsetzte. Diese „Treuhänder“ konnten Arbeitsverträge rechtsverbindlich festlegen, um „den Arbeitsfrieden zu sichern“, d. h. den Herr-im-Hause-Standpunkt durchzusetzen. Einer dieser „Treuhänder“ war z. B. der Großindustrielle und Kriegsverbrecher Fritz Thyssen.

G. Weisenborn beschreibt die Situation in dieser Zeit: *„Ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft, die in Deutschland eine gewaltige Kraft darstellte, hatte sofort begriffen, daß der Nazismus den Krieg bringen mußte. Er wehrte sich vom ersten Augenblick an. Trotzdem muß festgestellt werden, daß ein anderer Teil der Arbeiterschaft nach der Zerschlagung der Parteien, Gewerkschaften und Organisationen politisch ins Schwimmen geriet. Auf der einen Seite der oppositionellen Arbeiterschaft schossen Tausende von illegalen Gruppen wie Pilze aus dem Boden, gefördert von kurzsichtigen und*

hitzigen Parolen, die den äußersten Einsatz des einzelnen verlangten, da das Hitlerregime nur von kurzer Dauer sei. Diese Parolen kosteten viel Blut, denn die Gruppen besaßen noch keine Kampferfahrung, so daß sie bald dem Zugriff der Gestapo erlagen. Die Elite der Arbeiterschaft, die mutige und opferbereite Auslese des Widerstands, erlitt unersetzliche Verluste.³⁰

Dennoch: Der Widerstand der Arbeiterschaft wurde nie ganz gebrochen. Eine große Schlappe erlitt die Nazi-Politik in den Betrieben bei den Betriebsratswahlen.³¹ „Diese Wahlen“ wurden bald nicht mehr durchgeführt, weil die Ergebnisse für die Nazi-Kandidaten äußerst schlecht ausfielen. Zum Teil wurden die Ergebnisse dieser „Wahlen“ nie bekannt gegeben. Das illegal verteilte Flugblatt zu den Betriebsratswahlen 1934³² zeigt auf, welche Taktik zur Bekämpfung des nationalsozialistischen Einflusses in diesem Punkt eingeschlagen wurde.

Flugblatt zu den Vertrauensleute „wahlen“ im April 1934

DIE VERTRAUENSMÄNNER,

die am 3. und 4. April „gewählt werden sollen, sind nicht unsere Vertrauensleute. Der „Herr Betriebsführer“ stellt nur die Kandidaten auf, die ihm und dem Pg. Treuhänder passen! Deshalb müssen wir **STREICHEN!**

Lasst Euch nicht übers Ohr hauen. Lasst Euch nicht durch falsche Parolen verwirren, ganz gleich, woher sie kommen. Auch wenn der „Herr Betriebsführer“ einen guten Kollegen auf die Liste setzt, streicht die Liste durch. Selbst der beste Kollege kann im „Vertrauensrat“ nichts durchsetzen. Er wird nur als Lockvogel mißbraucht, damit möglichst viele „Ja-Stimmen“ Zusammenkommen. Jeder „Ja-Zettel“ gilt als Zustimmung zu den niedrigen Löhnen, zur braunen Antreiberei, zu den steigenden Preisen, zum braunen Hunger und zum Giftgaskrieg.

Ihr sollt für „Erz“ gegen „Fett“ stimmen, für Giftgastod und Hungersnot. Die Autobonzen der D. A. F. möchten melden: die Betriebe wollen hungern, die Betriebe wollen Krieg! Deshalb sagt Nein!

STREICHT DIE GANZE LISTE DURCH!

Auf jeden Fall aber den Repräsentanten des Systems, den Mann der N. S. B. O. und den Walter der D. A. F.

Sie sollen wissen: wir wollen höhere Löhne, wir wollen Teuerungsausgleich. Wir wollen keine Vertrauensmänner der Unternehmer! Für dieses System der Entrechtung, der Unterdrückung und Ausbeutung nimmt keiner freiwillig die Knarre in die Hand! Wir wollen Freiheit, Frieden und Brot!

Gebt als Flüsterparole weiter, schreibt an die Mauern und Zäune, schreibt in die Wasch räume und die Toiletten:

MISSTRAUENS WAHLEN! STREICHEN!!

Auch und gerade auf der Ebene der gewerkschaftlichen Arbeit finden sich in Dortmund Ansätze für eine - damals - neue politische Orientierung des Widerstandskampfes, wie es sich im folgenden Dokument³³ widerspiegelt.

Aufruf des Einheitskomitees von Dortmund zur gemeinsamen Arbeit bei den Vertrauensrätewahlen, zum gemeinsamen Wiederaufbau der freien Gewerkschaften.

An alle sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter und ehemaligen Gewerkschafter.

Arbeitskameraden! Der Faschismus als die brutale terroristische Regierung des Finanzkapitals ruft in den Betrieben zu den Wahlen der Vertrauensräte auf.

Welche Bedeutung hat diese Wahl? Keine andere als die, den faschistischen Kurs der Lohnkürzung und der Entrechtung der Arbeiter in den Betrieben besser durchführen zu können, den Schwindel der Volksgemeinschaft anstelle der tatsächlich existierenden Klassengegensätze und des Klassenkampfes im Betrieb zu setzen und den Eindruck zu erwecken, als seien die Vertrauensräte eine bessere Vollendung des freigewerkschaftlichen Betriebsrates. Der Faschismus, der die Reste des alten Betriebsrätegesetzes zur Vertretung der Arbeiterinteressen vollkommen ausschaltete, glaubt durch die formale Aufrechterhaltung des Wahlrechts die Arbeiterschaft einlullen zu können. Er glaubt, das Wahlrecht sei uns zur zweiten Natur geworden, die es möglich macht, daß man uns an der Wahlurne für seine arbeitsverräterischen Zwecke mißbrauchen kann.

Das Reden von der „Wiederherstellung der sozialen Ehre“, von „Volksgemeinschaft“ und anderen

Phrasen ist das einzige, was den faschistischen Vertrauensräten erlaubt ist. Nicht einmal das können sie. Ihr habt sie in ihren Funktionen kennengelernt, beseht sie Euch eindringlichst. In fast allen Betrieben sind diese „Ritter der sozialen Ehre“ Unternehmerknechte geworden. Sie haben ohne Widerstand den kalten Lohnraub geduldet. Sie haben tatenlos der wirtschaftlichen Ausplünderung und politischen Entrechtung der Arbeiterschaft im Betriebe zugesehen.

Mit ihrer „sozialen Ehre“ vertruug sich wunderbar die Zerschlagung der sozialen Gesetzgebung, die sich die Arbeiterschaft in jahrzehntelangem Kampf errungen hat. Arbeitskameraden! Was soll und muß aber der Vertrauensrat sein, den wir gemeinsam wählen können ? Was soll und muß er im Aufträge der Belegschaft tun?

Er muß als Sprecher der Belegschaft gegen jeden Lohnraub kämpfen, gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Aufträge der Belegschaft protestieren, vorwärtsgetragen und gestützt durch die einheitliche Kraft der Belegschaft, die geschlossen hinter ihm steht und willens ist, ihre einheitliche Kraft im Kampf um ihre Forderungen einzusetzen. Für unsere gerechten Forderungen muß der Vertrauensrat mit uns kämpfen, wenn er unser Vertrauen besitzen will, wenn wir ihn wählen sollen. Wenn wir die Frage so stellen, dann besitzen die meisten bisherigen Vertrauensräte, die vom Unternehmer und der NSBO aufgestellt wurden, das Vertrauen ihrer Belegschaften nicht. Wir kämpfen also gegen die unternehmertreuen faschistischen Vertrauensräte, für Vertrauensräte, die tatsächlich das Vertrauen der Belegschaft besitzen.

Darum fort mit den unternehmertreuen faschistischen Vertrauensräten! Her mit unseren, in DAF-Versammlungen der Belegschaft durch die Arbeiter selbst aufgestellten, und in freier und geheimer Wahl gewählten Vertrauensräten der Belegschaft! Erzwingen wir ihre Kandidatur und wählen wir nur diese! SPD- und KPD-Arbeiter! Wir treten in den Betrieben zusammen, wir einigen uns über unser Vorgehen in den einzelnen Betrieben, verlangen Belegschaftsversammlungen mit Rechenschaftsberichten des alten Betriebsrates.

Wir fragen ihn, was er gegen die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen getan hat. Durch diese Anfragen und Zwischenrufe entlarven wir ihn als Unternehmerknecht, entlarven damit zugleich den Schwindel von der Volksgemeinschaft zwischen Faschisten, Kapitalisten und Arbeitern. Wo unsere Kraft ausreicht, stürzen wir die Unternehmerliste, stellen wir unsere eigenen Kandidaten auf. Auf jeden Fall aber wählen wir nur die Arbeiter, die uns die Gewähr geben, daß sie unsere Interessen vertreten. Die Unternehmerknechte streichen wir.

Arbeitskameraden! Die Vertrauensräte der Belegschaft sind aber nichts, wenn die Belegschaft nicht einig im Kampf um die Verbesserung ihrer Lage ist. Eine noch so kampffrohe Belegschaft ist ebenso nichts, wenn sie nicht in ihrem Kampf geleitet wird durch eine vom faschistischen Unternehmereinfluß freie Arbeiterorganisation. Darum rufen wir Euch angesichts der kommenden Vertrauensrätewahlen, angesichts des nahen ersten Maitages, angesichts der für die Arbeiterschaft drohenden Unternehmeroffensive zu:

Errichtet in den Betrieben die von den Faschisten zerschlagenen freien Gewerkschaften wieder auf!

Verwertet bei der Wiederaufbauarbeit die guten und wertvollen, alten Traditionen der freien Gewerkschaften, die in der Vorkriegszeit jahrzehntelang ein starkes Kampf- und Machtmittel in der Hand der Arbeiterschaft waren.

Macht Schluß mit der Passivität! Geht aus der Einstellung des Abwartens heraus, befreit Euch von der Haltung, die zur schmachvollen Kapitulation am 2. Mai 1933 geführt hat. Denkt an die Worte von Karl Marx: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.“

Nicht Hitler, nicht Goebbels, nicht Ley und nicht Thyssen, nicht Schacht und nicht Krupp und wie die Raubhyänen des faschistischen Kapitalismus alle heißen, befreien uns aus Not und Elend, politischer Knechtschaft und drohendem Untergang. Sondern nur die Kraft der Arbeiterklasse, verkörpert in der Aktionseinheitsfront des Proletariats, ist in der Lage, siegreich den Kampf zu führen für die unmittelbaren, täglichen Forderungen der Arbeiterklasse, im Betrieb, für die offene Existenz der Arbeiterorganisationen, für Presse- und Streikfreiheit, für den Sturz der faschistischen Diktatur. Darum rufen wir die sozialdemokratischen, kommunistischen, alle oppositionellen und antifaschistischen Arbeiter in den Betrieben und faschistischen Massenorganisationen auf, sich zu verständigen und gemeinsam den Kampf zu führen im Betrieb und in der Arbeitsfront, überall, wo die Sammlung und Mobilisierung der Massen zum Kampf für ihre konkreten Forderungen nur möglich ist. Wir rufen auf zur gemeinsamen Bildung von Gruppen der freien Gewerkschaften, in den Betrieben, als die Vertreterin und Führerin des gewerkschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse. Wir als Einheitsfront-Komitee zum Wiederaufbau der freien Gewerkschaften erklären, daß diese freien Gewerkschaften kein Anhängsel

der kommunistischen oder sozialdemokratischen Partei sind, noch werden dürfen, daß sie aber auf dem Boden der proletarischen Demokratie die Kräfte der Arbeiterklasse in breitem Maße organisieren zum Kampf gegen die wirtschaftliche und politische Versklavung der Arbeiter durch den Faschismus in Betrieb und Arbeitsfront, für die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse auf revolutionärer Grundlage. Diese freien Gewerkschaften werden wir aus den Erfahrungen des illegalen Kampfes als Kampforganisation aufbauen, nicht beschwert mit Einrichtungen aus der legalen Zeit, wie Mitgliedsbücher und Listen, Beitragsmarken, Statuten usw. Ihre Funktionäre sind die von den Arbeitern ausgewählten Kameraden, die im Betrieb in unmittelbarer Verbindung mit den Klassengenossen stehen.

Kampf gegen jede weitere Verschlechterung unserer Lebenshaltung! Kampf für einen auskömmlichen, den gestiegenen Preisen angepaßten Lohn!

Kampf gegen die vermehrte Sklaverei durch das faschistische Wehrgesetz!

Kampf gegen den imperialistischen Krieg und keinen Pfennig für Rüstungszwecke! Schulter an Schulter wollen wir sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeiter die kämpfende, freie Gewerkschaft, diese alte und dennoch neue, freie Gewerkschaft aufbauen, auf deren Fahne wir schreiben:

Kampf für die wirtschaftlichen und politischen Lebensrechte.

Kampf für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse zum Sturze des Faschismus, für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung!

Als zentrale Bedingung für Erfolge wurde das einheitliche Handeln von Arbeitern aller antifaschistischer Richtungen erkannt. Dieser neue Weg wurde 1935/36 nach den Verhaftungswellen und dem Bekanntwerden von Folterungen eingeschlagen. Denn in dieser Situation herrschte auch bei politisch aktiven Kollegen die Meinung vor, man könne unter dem Faschismus im Betrieb in verschiedene politische Richtungen zersplittert nicht kämpfen. Der Gedanke des gemeinsamen Kampfes gab dem Widerstand offensichtlich neue Impulse: Kollegen um Kurt Dielitzsch (SPD) begannen in Dortmund den illegalen Wiederaufbau der freien Gewerkschaften. Auf der Zeche „Hansa“ in Huckarde - während der ganzen Nazizeit ein Schwerpunkt der illegalen Kämpfe - leitete 1935 der Kommunist Mardas die Organisierung der Gewerkschaft ein. Die Betriebsgewerkschaftsleitung arbeitete sehr vorsichtig. Sie hatte in jedem Streb heimliche Verbindungsleute, die zwar als solche nicht bekannt waren, die aber durch ihr Verhalten das Vertrauen der Kumpel besaßen. Wirksame Aktionen im östlichen Ruhrgebiet gingen von hier aus. So wurde der Versuch der Zechenleitung zum Scheitern gebracht, zur Erhöhung der Kohleförderung die Wagen mit Seitenbrettern zu versehen, damit ein oder zwei Zentner Kohle je Wagen mehr auf Kosten der Bergleute gefördert würden. Auch der Kampf gegen Überstunden zur Gewinnung von Kohle, die zur Herstellung von Panzerstahl dienen sollte, wurde auf „Hansa“ erbittert geführt.

Ansatzpunkte für gewerkschaftliches Handeln fanden sich stets bei der Verteidigung der unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Interessen: im Kampf um bessere Löhne, um Verbesserung der Arbeitsbedingungen, bei der Verweigerung zusätzlicher Arbeit und bei der Sabotage der Rüstungsproduktion. Oftmals waren Sabotageaktionen für die Kollegen als solche nicht erkennbar. So etwa, wenn die von den NSBO vorgebrachten Propagandaschlagworte vom „sauberen Arbeitsplatz“ von dem im Betrieb arbeitenden illegalen Gewerkschaftern aufgegriffen wurden, indem Arbeitskräfte eine Zeitlang aus der Produktion abgezogen wurden und mit lang andauernden Aufräumarbeiten beschäftigt wurden.

Der Versuch, einheitliche Arbeitnehmerorganisationen zu schaffen, brachte auch die parteipolitisch orientierten Gruppen miteinander ins Gespräch. Die gemeinsame antinazistische Propaganda über die Betriebe hinaus wurde verstärkt.

„Nachdem Zimmermann (SPD, d. V.) über Kurt Dielitzsch . . . Verbindungen zu Widerstandsgruppen der KPD aufgenommen hatte, versuchte er auch mit einer größeren Widerstandsgruppe der SPD/KPD in Holland in Verbindung zu treten, was auch gelang. Von Amsterdam aus wurden zahlreiche Flugblätter und Zeitschriften illegaler Natur eingeschleust. In Dortmund wurde dieses Material gemeinsam diskutiert und soweit möglich verteilt, an verschiedenen Stellen der Stadt aufgeklebt oder hinterlegt. Das Spektrum des verteilten Materials reichte von illegalen KPD-Zeitungen über SPD-Tarnschriften bis hin zu den Hirtenbriefen des Bischofs von Galen.“²⁴

Max Heitland berichtet³⁵:

„Also wenn du von Hörde nach Schwerte gehst, kommst du an die Wittbräucker Straße. Da an der Ecke links war ein Wohnhaus mit einem langen offenen Flur. Die Nazis hatten ja kurz nach der Machtergreifung, am 21. April nach Hitlers Geburtstag, hatten aus dem Generalanzeiger die Westfälische Landeszeitung/Rothe Erde gemacht. Und in der alten Gewohnheit wie früher beim Generalanzeiger wurden die Lieferungen, die ins Sauerland gingen und Berghofen und Umgebung, dort in diesem Haus morgens zwischen drei und halb vier in den Flur gelegt, große Stöße und Packen. Dann kamen später die einzelnen Zeitungsboten und holten sich ihre Pakete dort ab. Dann haben wir das nur ein einziges Mal gemacht: wir haben für ein Paket - ganz gleich, wo das hinkam - Flugzettel gemacht mit Parolen: Verjagt Hitler! Hitler ist Krieg! und so weiter. Die haben wir in die Zeitungen eingesteckt. So 100, 150 Stück, ich weiß nicht mehr genau. D. h. nicht wir, wir bei der Polizei Bekannten hatten uns für den Tag ein Alibi besorgt. Ich bin nach Witten gefahren zu meiner Schwester, hab dort übernachtet. Nicht nur an dem Tag, ein paar Tage danach auch. Und ich hab meiner Schwester auch nicht gesagt warum. Nicht weil sie mich verraten hätte, das nicht. Aber ich wollte sie nicht beschweren. Da haben also Kumpels aus Eving, denen wir vorher alles genau beschrieben hatten, die haben das dann gemacht. Dann haben wir gehorcht. Weil ich später nach Hause kam, erzählten mir die Nachbarn: Hast du schon gehört? Ich sag: Was soll ich gehört haben? Ja, so und so, tolle Burschen, was? Meine Herren, die haben was riskiert! Und die anderen sagten: Die sind ja blöd, daß die sowas machen, die sollen mal lieber die Finger davon lassen!“

In diesen Beispielen wie auch insgesamt bei Aktionen in den Betrieben spielten Parteibücher keine Rolle. Doch es gelang nicht, auf der Ebene der entscheidenden Ortsfunktionäre ein Abkommen über gemeinsame Arbeit zwischen SPD und KPD zu schließen. Ursachen für diesen Mißerfolg lagen in unterschiedlichen Einschätzungen des Nationalsozialismus und von Möglichkeiten des sinnvollen Widerstandes. Die SPD und hier insbesondere Fritz Henßler vertraten bis etwa 1934 die These des baldigen Abwirtschaftens der NSDAP und zogen den Schluß, die Mitglieder und Funktionäre der SPD sollten bis zum Zusammenbruch eine „Stillhaltetaktik“ verfolgen, um dann für die sozialistische Machtübernahme bereit zu sein.³⁶ Die Mitgliedschaft in einer illegalen Partei hatte im Falle der Entdeckung die Einweisung ins KZ zur Folge. Die Ablehnung von Aktionen und einer Reorganisation der Partei unter den Bedingungen der Illegalität führte dann auch zu der Entscheidung, keinen Kontakt insbesondere zur KPD aufzunehmen.

8. Fritz Henßler: Widerstand in Dortmund und KZ Sachsenhausen

1935 hatte sich in der gesamten deutschen Arbeiterbewegung die Einsicht durchgesetzt, daß der Faschismus keine Eintagsfliege sei, die von selbst zugrunde gehen würde oder binnen kurzem in revolutionärer Aktion beseitigt werden könnte³⁷, sondern daß man sich auf eine lange Widerstandszeit einrichten mußte.

Der führende³⁸ Dortmunder Sozialdemokrat Fritz Henßler (1886-1953) ist ein Beispiel dafür, daß diese Perspektive des illegalen Widerstandes erst langsam reifen mußte. So war Fritz Henßler zunächst nach dem 30. Januar 1933 überzeugt, „daß sich das NS-Regime nur wenige Wochen werde halten können und die Weiterführung der Partei im Rahmen der überlieferten und bewährten Organisationsstruktur möglich sei“.³⁹ Auch nach dem Parteiverbot vom 22. Juni 1933, das für Fritz Henßler bis Anfang September Schutzhaft (Gefängnis) bedeutete, wollte er sich noch nicht dazu durchringen, einen „festen Zusammenhalt unter den ehemaligen Sozialdemokraten mit Kontakten zu Emigration und geheimer Schriftenverteilung zu organisieren, da die Nazis „bald abwirtschaften würden“⁴⁰.

Erst mit Beginn des Jahres 1934 wandelte sich seine Haltung. Seine Bedenken gegenüber einer organisierten Widerstandsarbeit, die von den Auslandsleitungen der Partei gesteuert war, und seine außergewöhnliche Vorsicht⁴¹ gab er jedoch nicht auf. Konkrete illegale Handlungen kamen für Henßler nur nach sorgfältiger Prüfung der Gefahrenmomente und im engsten Freundeskreis, zu dem vor allem die Dortmunder Sozialdemokraten Ewald Sprave, Hans Laubrunn und Karl Wissenbach zählten, in Frage. Wissenbach und Laubrunn fuhren in seinem Auftrag 1934/35 mehrere Male zu einer Lüdenscheider Anlaufstelle, um dort Exemplare der „Sozialistischen Aktion“⁴² abzuholen. Die Zeitungen gingen in Dortmund direkt an Henßler und an ehemalige Vorortsfunktionäre, die Wissenbach von der legalen Arbeit her kannte. Die Leihbücherei in Barop, die Ella Henßler eröffnet hatte und in der ihr Mann seit Februar 1934 beschäftigt war, bot sich als relativ unverfängliche Stelle

zur Übergabe der illegalen Zeitungen an; unter der Tarnung des Buchverleihs leiteten die Vertrauenspersonen das hier erhaltene Material weiter⁴³ Lange Zeit blieb der Gestapo die illegale SPD-Arbeit in Dortmund verborgen. Mitte des Jahres 1935 begann die systematische Zerschlagung sozialdemokratischer Widerstandsgruppen. Erst im März 1936 wurde die Gruppe um Fritz Henßler und andere entdeckt. Am 25. April 1936 wurde Henßler verhaftet.

Im Prozeß gegen Fritz Henßler gelang dem Gericht nicht der Nachweis der Erfüllung des subjektiven Tatbestandes der Vorbereitung zum Hochverrat; aufgrund des Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933 wurde er zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Da bei Anrechnung der Untersuchungshaft die Strafe als „verbüßt“ galt, wurde Fritz Henßler sofort entlassen. Aber schon im Flur des Gerichtsgebäudes nahm ihn die Gestapo in Schutzhaft. Er wurde zunächst in die Dortmunder Steinwache und am 7. Juni 1937 ins KZ Sachsenhausen eingeliefert.

Am 11. Juni 1937 schrieb Fritz Henßler seinen ersten Brief aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen, Oranienburg bei Berlin, wohin er verschleppt worden war:

„Ihr Lieben!

Hiermit das erste briefliche Lebenszeichen aus dem Lager Sachsenhausen. Mittwoch Mittag kam ich an. Am Montag endete der Transport in Hannover, am Dienstag in Berlin. Macht Euch keine unnötige Sorge, zumal ich mich gesundheitlich durchaus befriedigend fühle.“

Als übliche Schreibweise der Häftlinge waren die Formulierungen vorgesehen: „Es geht mir gut, ich bin gesund“, aber Fritz Henßler schrieb, daß er sich „befriedigend fühle“. Es ging ihm nämlich schlecht, sehr schlecht, und er befürchtete das Schlimmste, das wollte er auch ankündigen. Trotzdem machte er sich Gedanken um die materielle Existenz seiner Frau; waren doch durch seine Verhaftung viele Leser aus Angst, Schwierigkeiten mit der Gestapo zu bekommen, als Kunden ausgefallen. Besorgt um seine Frau schrieb er: „ . . . bei der augenblicklichen Hitze wird es in Deinem Bücherladen sehr ruhig sein“, und weiter mahnte er, daß sich seine Angehörigen nicht durch „trübe Stimmung unterkriegen lassen sollen“.

Die Zugänge, wie man im KZ die Neuen nannte, waren die besondere Zielscheibe der SS. Sie hatten unproduktive Arbeit zu verrichten. Der einundfünfzigjährige Henßler mußte täglich von früh bis spät „Sport machen“, das heißt stundenlang im Laufschrift in seiner Jacke Sand von dem einen Ende des Platzes zu dem anderen schleppen, dies Tag für Tag bis zum Umfallen. Nach einer Woche war Fritz Henßler so zerschlagen, daß er nicht mehr laufen konnte. Inzwischen hatten die zahlreichen Dortmunder Widerstandskämpfer im KZ Sachsenhausen, die sofort nach seiner Einlieferung über ihn zu beraten begannen, den Entschluß gefaßt, ihn irgendwie aus den Händen der SS zu holen. An den ersten Tagen war das schlecht möglich, denn die SS kannte immer genau jeden Neuen. Erst nach einer Woche, als schon weitere Neue in das Zugangskommando gekommen waren, gingen die Kommunisten Franz Karolak und Karl Eckert in seinen Block, um ihm Brot zu bringen und ihm eine andere Arbeit zu vermitteln.

Wichtige Aufgaben in diesem Lager, in dem ca. 30 000 Häftlinge Zwangsarbeit verrichten mußten, hatten die Inhaftierten selbst zu übernehmen. Als Karl Eckert, der als Krankenpfleger im Revier arbeitete, den Zustand Henßlers erkannte, nahm er ihn kurz entschlossen auf die Arme - so leicht war er inzwischen geworden - und trug ihn auf eigene Verantwortung ins Krankenrevier. Von den Dortmundern wurde Fritz Henßler täglich besucht, und Karl Eckert kümmerte sich ständig um ihn. Nach seiner Wiederherstellung kam Henßler in eine andere Baracke, in der nur Häftlinge wohnten, die in der SS-Küche oder bei SS- Führern als Frisöre, Kalfaktoren usw. arbeiteten und daher im Lager nicht weiter schikaniert wurden.

Von diesem Zeitpunkt an, wurde Fritz Henßler relativ in Ruhe gelassen, zumal er durch die Vermittlung der Dortmunder als Schreiber für ein Baubüro innerhalb des Lagers arbeitete. Außer den Kontakten zu Inhaftierten aus Dortmund nahm er auch Verbindung zu SPD-Genossen auf. Die Sozialdemokraten diskutierten, welche Zukunftsaussichten sie haben könnten, da sie doch viele ihrer Hoffnungen hatten aufgeben müssen: 1933 hatten sie noch an die Verfassungstreue Hindenburgs geglaubt, den sie im Mai 1932 selbst zum Reichspräsidenten gewählt hatten. Später dachten sie, daß die Naziherrschaft den Winter nicht überdauern würde und daß auch die Unternehmer Hitler nicht gewähren lassen könnten.

Auch die anfänglichen Hoffnungen auf die westlichen demokratischen Staaten schwanden, als diese

immer wieder vor Hitler kapitulierten, ihm das Saargebiet überließen, die Aufrüstung gestatteten, seiner Einmischung in Spanien nicht entgegenzutreten, sogar Österreichs Anschluß duldeten. Besonders nach der Besetzung Frankreichs, als ihnen durch Spanienkämpfer und Emigranten bekannt wurde, daß sich in Lissabon im Oktober 1940 der Restvorstand der SOPADE gänzlich aufgelöst hatte⁴⁴, näherten sie sich der Auffassung der Kommunisten an, daß in Zukunft nur eine einheitliche Arbeiterpartei in Frage käme. Sie schlossen sich den von Kommunisten im Lager gegründeten Schulungsgruppen an.

Nur einige, meistens früher führende Sozialdemokraten, grenzten sich hier deutlich ab. Sie waren fest von der Neugründung der SPD überzeugt, obwohl sie noch nicht wußten, wie und wann sie vor sich gehen sollte, aber sie glaubten zuversichtlich daran. Zu diesen wenigen gehörte auch Fritz Henßler. Zusammen mit Werner Jacobi war er allmählich zu den führenden SPD-Leuten im Konzentrationslager geworden. Er nahm in der Frage „selbständige SPD oder einheitliche Arbeiterpartei“ den gleichen Standpunkt ein wie der Kreis um Julius Leber im KZ Sachsenhausen. Für die Jahre 1936/37 läßt sich dieser Standpunkt etwa folgendermaßen skizzieren:

Solange sich die KPD auf Moskau und die Kommunistische Internationale orientiert, kann es keine Verschmelzung zwischen der SPD und der KPD zu einer einheitlichen Arbeiterpartei geben. Den Kampf gegen Hitler jedoch, den Kampf für eine demokratische Republik, in der die Macht der reaktionären Kräfte gebrochen werden muß, führen wir als selbständige Partei, als SPD mit der KPD. Diese politischen Auseinandersetzungen wurden trotz der im KZ herrschenden unmenschlichen Lebensbedingungen mit großer Leidenschaft geführt.

Fritz Henßler blieb der Mittelpunkt der geheimen SPD im KZ Sachsenhausen. Obwohl die Zusammensetzung der engeren Führung mehrmals wechselte, war er fast acht Jahre lang der ruhende Pol.

Von 1943 bis 1945 bestand im KZ neben dem internationalen Lagerkomitee ein Komitee der deutschen antifaschistischen Parteien, der SPD, der KPD und der als Katholische Aktion bezeichneten früheren Zentrumspartei. Es beriet nicht nur gemeinsame Lagerprobleme, sondern diskutierte auch über das kommende Deutschland.

Nach der Niederlage Hitlers an der Ostfront und der Bildung der zweiten Front im Westen im Juni 1944 hatte sich die Lage völlig gewandelt. Die deutschen Demokraten machten sich Gedanken über ihre Einwirkung auf die weitere Entwicklung. Sie entwarfen Pläne für die Zukunft. Einig war man sich z. B. darin, daß es keine parteipolitischen Gewerkschaften, sondern nur eine Einheitsgewerkschaft geben dürfte. Aber noch war der Krieg nicht zu Ende, und die schwerste Prüfung sollte Fritz Henßler noch bestehen müssen.

Im KZ war durch die Nachrichten aus Auschwitz und anderen Lagern bekannt, daß die Häftlinge beim Herannahen der Front auf einen sogenannten Evakuierungsmarsch geschickt werden sollten. Durch diesen Marsch wollte die SS sie körperlich schwächen, um die Zurückbleibenden dann durch Genickschuß zu töten. Um sich auf diese Eventualität vorzubereiten, wurden von der geheimen Häftlingsleitung z. B. schon Wochen vorher Kranke und Alte mit gutem Schuhwerk versehen. So bekam Fritz Henßler im März 1945 eine, natürlich erschlichene, Genehmigung, Lederschuhe statt der klobigen Holzschuhe tragen zu dürfen.

Dem Häftling 10345 Hansler, Fritz wurden
aus den Beständen der Bauabteilung
1 Paar Lederschuhe
ausgehändigt.

Oranienburg, den 13.3.1945

Deutsche Erd- und Steinwerke G. m. b. H.
Bauabteilung
Oranienburg bei Berlin
Sauer

(abgedruckt mit freundlicher Genehmigung von Marlis Pawlak)

Diese Bescheinigung trug er dann auf dem „Todesmarsch“ bei sich; sie war ein wichtiger Ausweis gegenüber der SS.

Auf diesem zehn Tage dauernden „Todesmarsch“ kamen 6000 Häftlinge ums Leben. Am 20. und 21. April 1945 verließen jeweils 500 Häftlinge in voneinander isolierten Marschblöcken das Lager in Richtung Mecklenburg. Zunächst schaffte Henßler das Gehen noch allein, später mußten ihn andere Häftlinge in die Mitte nehmen. Als diese durch Marschieren und Hunger gleichfalls entkräftet waren, fiel Fritz Henßler hin und konnte nicht mehr allein aufstehen. Er wurde an den Straßenrand geschleppt, wo ihn der Genickschuß durch ein SS-Nachhutkommando erwartete.

Bevor sich das Erschießungskommando Fritz Henßler genähert hatte, kam eine besondere Abteilung von Häftlingen, die auf sogenannten Bollerwagen SS-Gepäck transportieren mußte. Die geheime Häftlingsleitung hatte diese Wagen, selbstverständlich ohne Wissen der SS, mit einer geheimen militärischen Gruppe, hauptsächlich mit ehemaligen Kämpfern der Internationalen Brigaden aus Spanien, besetzt.

Als Karl Sauer aus Esslingen Fritz Henßler im Graben sah, sagte er zu seiner Gruppe: „So, jetzt gibt es die erste Kraftprobe. Dort sitzt ein Reichstagsabgeordneter, den dürfen die nicht erschießen, den nehmen wir mit.“

Es kam zu einem Wortwechsel mit dem SS-Offizier, aber die Häftlinge bestanden darauf, daß Henßler auf einen Wagen geladen werden sollte.

Noch konnten sie nicht offen rebellieren, der Krieg war noch nicht zu Ende; aber die SS wagte es auf einmal nicht mehr, ihren Willen mit der Waffe durchzusetzen.

Sie gab nach mit den Worten: „Der verreckt doch!“ Im nächsten Dorf wurde Fritz Henßler einem Lehrerehepaar übergeben, dessen Namen Karl Sauer sich notierte.

So wurde Fritz Henßler im letzten Augenblick vor dem Tod durch Genickschuß gerettet.

9. Ein Dortmunder in den Interbrigaden: Kurt Schmidt, alias August Hartmann, genannt „Langer August“

Ein Interbrigadist erinnert sich:

„Spanien, Frühjahr 1938: Aus ihren Stellungen in den steinigen Hügeln bei der aragonischen Stadt Alcaniz ziehen sich die Reste eines Bataillons der XI. Internationalen Brigade (Ernst Thälmann) in Richtung auf den Fluß Guadalupe zurück. In den harten Kämpfen der letzten Tage gegen die franquistische Offensive ist die Einheit fast aufgerieben worden. Mit sich schleppen die Männer die baumlange Gestalt des Führers der Maschinengewehrkompanie. Im Scherz hatten sie zu ihm immer gesagt: ‚Wo andere einen Kopfschuß bekommen, bekommst du einen Knieschuß, August!‘ Es war dann aber doch ein Kopfschuß gewesen, der ihn, August Hartmann, den alle den ‚Langer August‘ nannten, tödlich verwundet hatte. Dann, als der kleine Trupp den Fluß erreichte, bemerken sie, daß der Verwundete seinen Verletzungen erlegen ist. Sie sind erschöpft. Die noch Lebenden, die Rettung der Waffen, das alles ist jetzt wichtiger. So lassen sie den Leichnam in den Fluß gleiten.“

Kein Grabmal wird je über Leben und Tod des August Hartmann Auskunft geben können. Doch selbst wenn es eines gäbe, würde ein falscher Name darauf stehen, denn hinter dem Pseudonym August Hartmann verbarg sich Kurt Schmidt. Wer nun war dieser Kurt Schmidt? Wie kam es, daß der Arbeiter und Abgeordnete aus Dortmund, im Kampf gegen den spanischen Faschismus sein Leben ließ?

Kurt Schmidt wurde 1905 in der Nähe Dortmunds geboren. Als Kind einer vielköpfigen Arbeiterfamilie war sein Weg vorgezeichnet: Volksschule, Lehre, dann Schlosser „auf Union“. Früh begann er sich zu engagieren. Er wurde Mitglied der SPD. Weil er sich im Betrieb für die Arbeiter eingesetzt hatte, wurde er entlassen. Man kannte ihn nun: Qualifizierte Arbeit blieb ihm verwehrt. Also arbeitete er als Hilfsarbeiter und Gleisbauer bei den Straßenbahnen.

Die Hauptlosung der SPD im Wahlkampf 1928 war gegen den Bau des Panzerkreuzers A gerichtet: Für Kinderspeisung - gegen Panzerkreuzer wählt Liste 1 - SPD Im folgenden Koalitionsgerangel stimmte sie aber dem Bau zu. Sie machte wieder einmal Kompromisse. Ein großer Teil der Anhänger war empört, nicht wenige verließen die Partei. Auch Kurt Schmidt gehörte dazu. Er trat in die KPD ein, da er die Arbeiterinteressen dort besser vertreten glaubte und da ohne Organisation ohnehin nichts durchzusetzen sei. Das Vertrauen seiner Arbeitskollegen hatte er. Auch die Sozialdemokraten wählten ihn in den Betriebsrat. Das Vertrauen seines Arbeitgebers hatte er nicht, es gab Schwierigkeiten, Abmahnungen.

Die Wirtschaftskrise brachte Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit. Manchmal mußte seine Frau Re- si, die er 1931 geheiratet hatte, die Familie mit Näharbeiten durchbringen. Die Krise, die besonders die Arbeiter traf, verstärkte noch sein Engagement.

In den Märzahlen 1933 wurde Kurt Schmidt für die KPD als Abgeordneter gewählt. Doch er konnte nicht im Parlament arbeiten, sondern er wurde verhaftet und in der Steinwache gefoltert. Ministerpräsident Göring hatte angeordnet, daß alle gewählten Vertreter der KPD festzunehmen seien. Kurt Schmidt hatte Glück, um Ostern 1933 wurde er entlassen. Sofort begann er, für die in die Illegalität gedrängte Partei zu arbeiten. Er wurde erneut inhaftiert und wieder entlassen.

Die nun folgenden Stationen der Aktivitäten K. Schmidts gegen die Herrschaft der Nazis lassen sich nicht genau rekonstruieren. Anfang Juni 1934 tauchte er in dem damals französisch besetzten Saargebiet auf, Er wurde politischer Leiter einer Emigrantengruppe, des Kollektivs „Van der Heydt“, kurz darauf der gesamten deutschen Emigranten. Aus Kurt Schmidt wurde nun August Hartmann. Organisationsarbeit, Kampf gegen die Nazis bestimmten die Tage. Er und seine Kameraden waren ständig in Gefahr, von den Nazis erwischt zu werden. Nachdem das Saarland nach einer Volksabstimmung 1935 wieder an das Deutsche Reich angegliedert worden war, mußte K. Schmidt erneut fliehen. Im französischen Forbach, nicht weit vom Saargebiet entfernt, erschien erstmals für die Emigranten ein Informationsblatt, das gemeinsam von Sozialdemokraten und Kommunisten herausgebracht wurde; auch der Name August Hartmann stand darunter.

Im November 1935 wurde er nach Paris gerufen. Seine Kenntnisse über die Emigranten, sein Organisationstalent wurden dort gebraucht. Immer wieder setzte er sich für die rechtlichen und wirtschaftlichen Belange seiner Leidensgenossen in der Emigration ein. Es galt, politische Verbindungen zu knüpfen und aufrechtzuerhalten. Allerdings war dies keine einfache Aufgabe gewesen, da es sehr unterschiedliche Positionen unter den Emigranten gegeben hatte. Auf der 1. Emigrantenkonferenz im März 1936 referierte er als Vertreter der KPD über die wirtschaftliche Lage der Emigranten. 1936 putschten in Spanien einige Generäle gegen die gewählte Regierung, der Bürgerkrieg begann. Die Nazis und die italienischen Faschisten unterstützten die Putschisten. Die spanische Republik rief um Hilfe, doch die westlichen Demokraten waren nicht bereit, die spanische Republik zu unterstützen. Dafür kamen Menschen verschiedenster nationaler Herkunft, die den drohenden Faschismus in Spanien bekämpfen wollten; unter ihnen waren viele deutsche Emigranten. Die Interbrigaden entstanden.

Nach Auseinandersetzungen mit der eigenen Partei über die Art seines Einsatzes in Spanien ging August Hartmann an die Front. Er nahm an einem Unteroffizierslehrgang teil. Hier organisierte er Lese- und Schreibkurse für spanische Kameraden, die Analphabeten waren, Spanischkurse für Brigadisten.

Er wurde Chef einer Maschinengewehrkompanie in der XI. Internationalen Brigade. Anfang März 1938 wurde die Einheit in der Nacht alarmiert, die Franquisten griffen in Aragon an. Kurt Schmidt kehrte aus dieser Schlacht nicht mehr zurück.^{45a}

10. Ausländische Zwangsarbeiter in Dortmund: Gemeinsamer Widerstand mit Deutschen

Nicht nur auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkrieges lagen die Erschossenen, Erfrorenen und Verhungerten aus aller Herren Länder, in Deutschland kamen auch Hunderttausende Menschen aus den vom Nazismus besetzten Ländern ohne unmittelbare Kriegseinwirkung ums Leben. Dies waren vor allem Kriegsgefangene, und darunter besonders viele Bürger der Sowjetunion. Der Friedhof in Stukenbrock bei Bielefeld mit ca. 65 000 ermordeten sowjetischen Soldaten ist nur ein Beispiel für die gnadenlose Menschenverachtung des Hitlersystems.

Unter den vielen Opfern waren auch ungezählte Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, die in vielen Ländern wie Vieh zusammengetrieben und in deutsche Produktionsstätten verfrachtet worden waren. Auf dem Ausländerfriedhof (Judenfriedhof) am Rennweg in Dortmund zeugen Denkmale für die umgekommenen Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion, Jugoslawien, Polen und anderen Ländern.



Allein für 1944 verlangte die deutsche Kriegswirtschaft 4 050 000 Arbeitskräfte aus dem besetzten Ausland. Davon waren 2,5 Millionen Zwangsarbeiter notwendig als Ersatz für deutsche Arbeiter, die an der Front standen oder schon gefallen waren.

In Dortmund arbeiteten Tausende Zwangsarbeiter u. a. in der Stahl- und Kohleindustrie.

Oft waren nur wirklich unentbehrliche Fachkräfte und das notwendige Leitungs- und Bewachungspersonal deutscher Nationalität; die Masse der ausländischen Arbeitskräfte machte Frondienste unter demütigenden, oft unmenschlichen Bedingungen. Besonders Zwangsarbeiter, die das Kennzeichen „Ost“ trugen, wurden strikt von der einheimischen Bevölkerung isoliert.

Sie marschierten stets in Kolonnen aus den KZ-ähnlich angelegten Lagern zu den Gruben und Fabriken, wo sie besonders schwere Arbeit zu verrichten hatten. In Dortmund befanden sich solche Lager in der Nähe der großen Betriebe (Zechen Kaiserstuhl, Gneisenau, Fürst Hardenberg, Dorstfeld, Westhausen; Dortmund-Hörder Hüttenverein; Westfalenhütte u. a.); weitere Lager waren in der Huckarder Str. 137, in der Steinwache, in Hemer und Hattingen. Es war strengstens verboten, den ausgehungerten Menschen Brot zu geben, Mitleid war eine Form des Landesverrats. Freundschaften gar zwischen Deutschen und Zwangsarbeitern wurden mit Zuchthaus für die Deutschen bestraft.⁴⁶ Der Haß der Nazis konzentrierte sich vor allem auf die „Ostarbeiter“, gegen die sich insbesondere die völkerverhetzende, rassistische und antikommunistische Propaganda richtete, die Krieg und Völkermord rechtfertigen sollte. Ab 1943 verstärkte sich dieser Haß speziell gegen die Sowjetbürger, denn mit den sowjetischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen hatten die Nazis Angehörige des Staates in der Hand, der dem Nazismus die entscheidenden militärischen Schläge versetzte.

Das ist Verrat an unseren Kindern

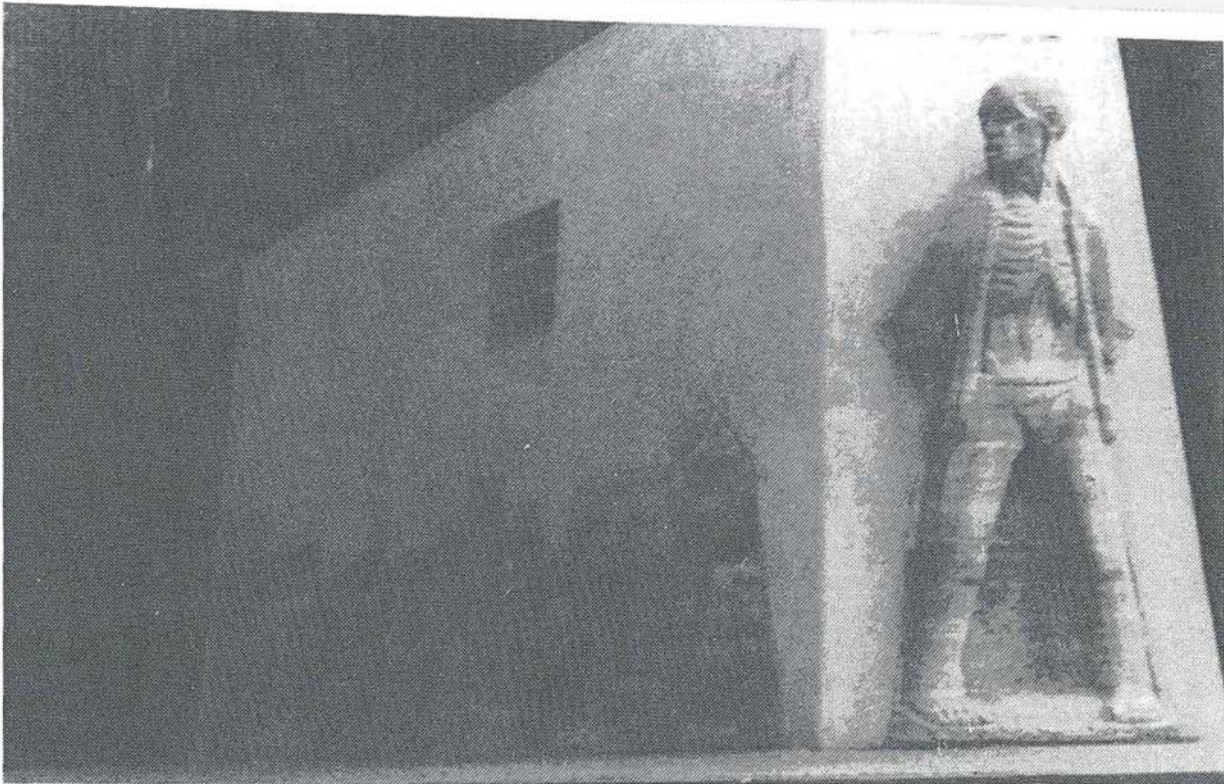
Ein Leser schreibt uns, daß er beobachtete, wie Frauen mit Kindern Spielzeug von bolschewistischen Kriegsgefangenen kaufen wollten. Er empört sich mit Recht, daß wohl kein Mensch, vor allen Dingen keine Mutter, mit einigem Ehrgefühl von den Vertretern unserer barbarischsten und viehischsten Kriegsgegnern etwas kaufen würde. Wer seine Kinder wirklich liebt, der macht ihnen klar, daß diese gefangenen Bolschewisten ihr Leben und ihre Zukunft bedrohten und mit sadistischer Grausamkeit soundsoviel jungen Menschenleben den Tod gebracht haben. Der macht sie schon Ln der Jugend hart und unerbittlich, damit sie sich dereinst in dieser Welt behaupten können. Wir wollen dabei gar nicht auf die gesundheitlichen Gefahren, die ein solches Geschenk unseren Kindern bringt, eingehen. Wer mit kriegsgefangenen Bolschewisten handelt, ist ein Verräter, Verräter an denselben Kindern, denen er mit dem Kauf von Spielsachen eine Freude zu machen gedachte.

Artikel der „WLZ-Rote Erde“ vom 22. März 1944⁴⁷

Die Zahl der Menschen, die an den Folgen von Hunger, Auszehrung, Krankheiten und Mißhandlungen starben, ist unter den „Ostarbeitern“ besonders hoch gewesen.

Doch es gab auch Solidarität mit den Zwangsarbeitern, wie das Beispiel Hans Grüning zeigt. Hans Grüning, geboren am 29.1.1917, wuchs in Klein-Barop, An der Palmweide 84, auf. Ohne Lehrstelle In den damaligen Krisenzeiten arbeitete er 1932 zunächst bei Bauern in Pommern und Mecklenburg, bevor er als Krafffahrer bei der Hombrucher Firma Albaum eingestellt wurde. Er gehörte seit Ende 1931 dem KJVD an. In der Zeit des Nazismus hat Hans Grüning bis zu seinem Tod den Widerstand nie aufgegeben. Ein besonderer Aspekt dieses Kampfes liegt in der Zusammenarbeit mit sowjetischen Kriegsgefangenen.

Im Jahre 1943 baute Hans Grüning in seinem Garten einen Luftschutzbunker. Dabei halfen ihm unerlaubt abends zwei sowjetische Kriegsgefangene, A. Nikrassow und W. Stuschka. Wie diese Verbindung zustandekam, ist unklar. Gemeinsam erstellten sie Propagandamaterial, hörten „Feindsender“ ab, beschafften und versteckten Waffen.⁴⁸ Am 12.1.1943 wurde Hans Grüning festgenommen, mit ihm die russischen Freunde und drei weitere deutsche Kollegen. Bei den Vernehmungen nahm Hans Grüning alle Schuld auf sich, entlastete seine Freunde durch seine Aussagen. Er wurde wegen Herstellung und Verbreitung eines Flugblatts „kommunistischen“ Inhalts angeklagt und wegen Wehrkraftersetzung und Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode verurteilt. Am 24. 7. 1944 wurde er in Brandenburg hingerichtet. Die sowjetischen Freunde wurden von der Gestapo erschossen, die deutschen Kollegen wurden freigesprochen bzw. zu „geringen“ Haftstrafen verurteilt.⁴⁹

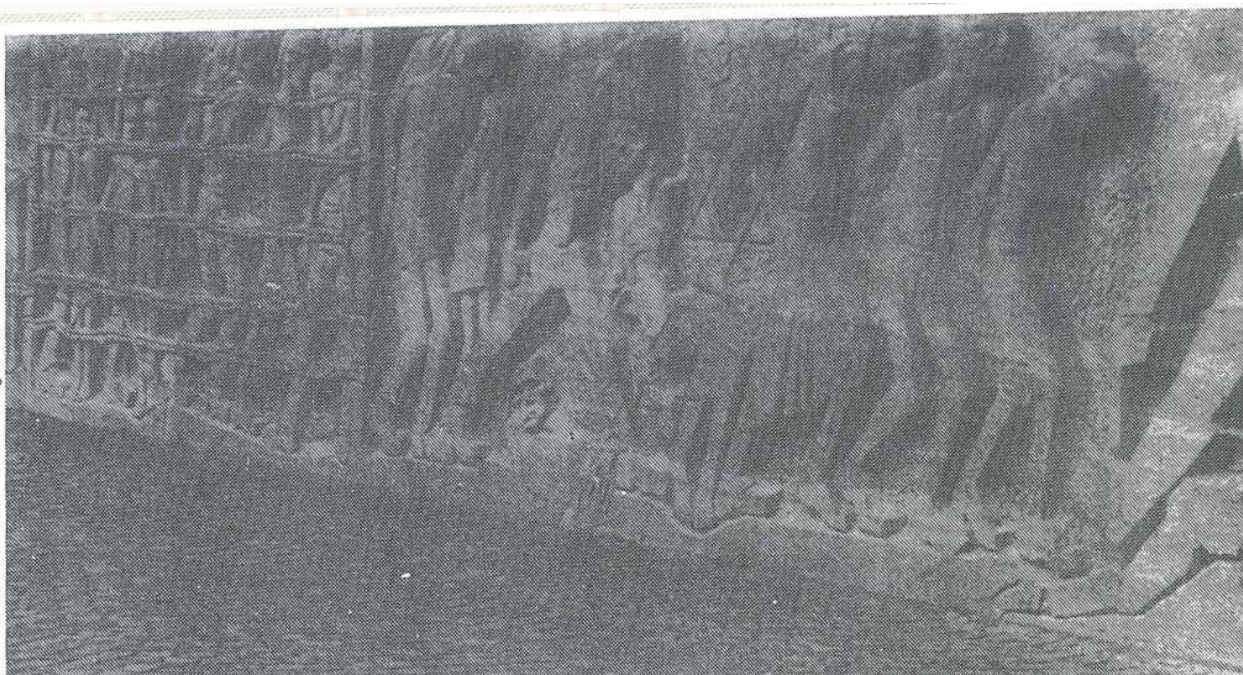


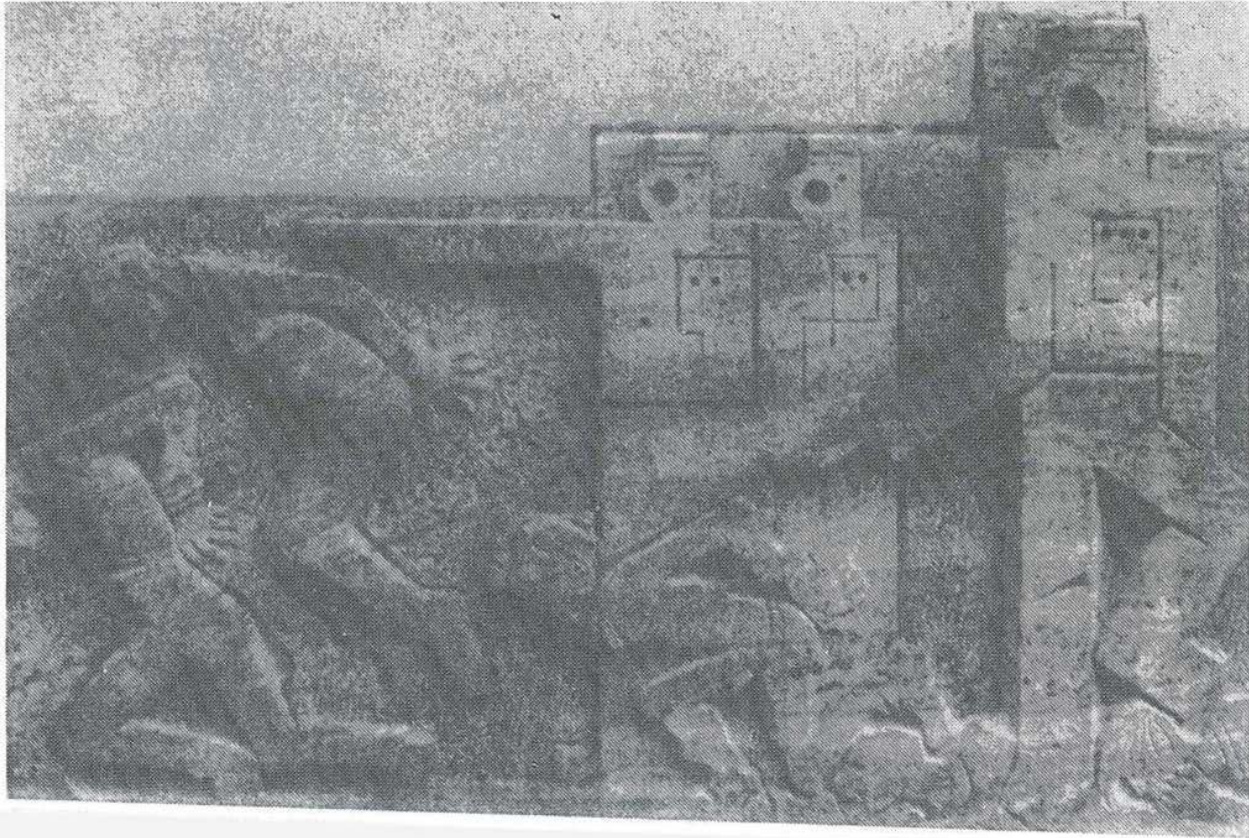
11. Die Morde in der Bittermark - Ostern 1945

11.1. Das Denkmal in der Bittermark

Das Denkmal in der Bittermark erinnert an die Toten, die in den letzten Wochen vor Kriegsende von der Geheimen Staatspolizei erschossen worden sind. Die vielfältigen Leiden der Opfer des Nazi-Regimes werden an den Außenmauern des Denkmals dargestellt, das insgesamt wie eine Kerkerzelle gestaltet ist. An der Vorderseite steht ein aus Stein gehauener, überlebensgroß dargestellter ausgemergelter Mann.

Auf den Seitenreliefs sind die Faschisten als seelenlose Maschinen zu sehen; ohne menschliche Regung verursachen sie Leiden und nehmen sie die Leiden der Menschen hin, die dem unmenschlichen Weltbild ihrer Henker nach nicht in das „Tausendjährige Reich“ passen und deshalb ausgemerzt werden.





Die Gefangenschaft von Menschen, ihre entwürdigende Unterdrückung und Vernichtung wird an stark stilisierten, in Stein gehauenen Körpern dargestellt. In ihrer aussichtslosen Lage scheinen sich diese Menschen durch sparsam angedeutete Gesten gegenseitig zu unterstützen. Damit erweisen sie sich noch im Sterben ihren Mördern - den Nicht-Menschen - durch ihre Menschlichkeit überlegen.

Eine der steinernen Gestalten verdeckt mit ihrer Hand den Davidstern, der die Leidensgefährtin als Jüdin kennzeichnet. Diese Darstellung erinnert an die Dortmunderin Martha Gillesen, die eine Jüdin, die Widerstandskämpferin Lotte Temming, vor den Nazis verbarg. M. Gillesen wurde 1945 in der Bittermark ermordet.

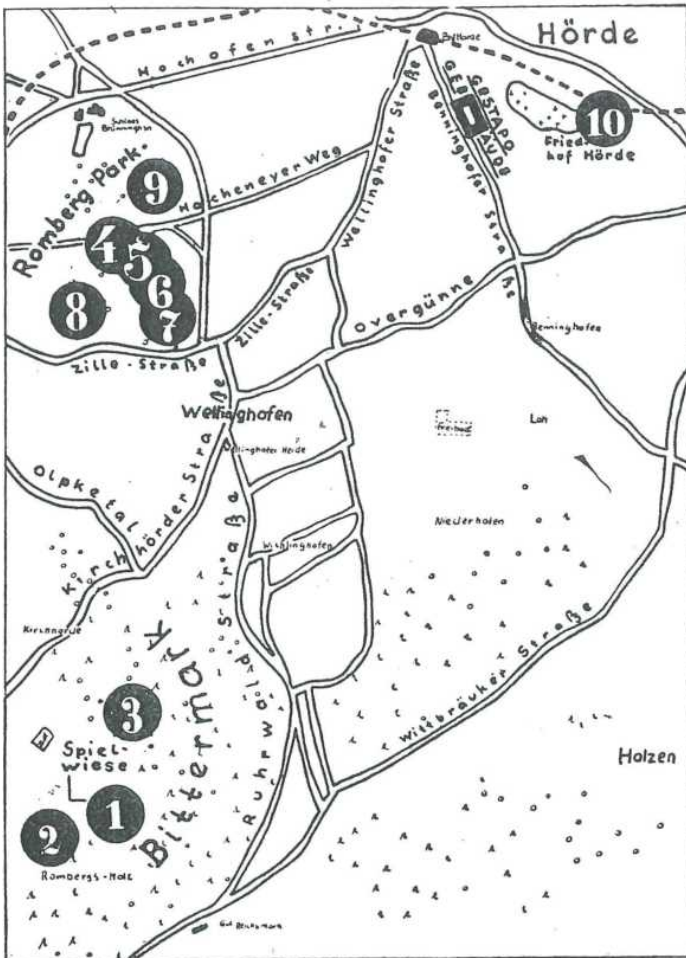
Auf der linken Seite des Denkmals sind die Namen der Vernichtungslager eingemeißelt; zusammen nehmen sie die Form von Abzugskaminen über den Vernichtungsöfen an. Dieses Denkmal will die Erinnerung an alle Opfer der Nazis bewirken. Die Ursache für die Errichtung an diesem Platz liegt jedoch in der Ermordung von ca. 300 Personen Ostern 1945.

11.2. Die Opfer

Wer waren die Getöteten? Wie kam es zu diesen Morden an Männern und Frauen in den letzten Wochen der Herrschaft der Nazis? In der Bittermark und im Rombergpark wurden vom 7. März 1945 bis Anfang April 1945 Mitglieder der Dortmunder Widerstandsgruppen erschossen. Unter den Opfern sind Hagener Widerstandskämpfer, Widerstandskämpfer aus Hohenlimburg, antifaschistische Arbeiter der Firma Fuchs aus Meinerzhagen, Häftlinge aus den Polizeigefängnissen aus Bochum und Herne, die zur Gestapo nach Hörde gebracht worden waren; Personen aus Plettenberg, Lünen, Essen und Wanne-Eickel, Mitglieder einer Theatergruppe von französischen Zwangsarbeitern, deutsche und französische Arbeiter aus Lippstadt gehörten zu den Getöteten.

Wie auf dem Denkmal zu lesen ist, wurden Menschen aus sieben Nationen bei den Exekutionen umgebracht. Die größte Gruppe bestand aus sowjetischen Zwangsarbeitern, andere kamen aus Polen, Jugoslawien, Holland, Belgien, Frankreich. Nach der Kapitulation der Nazitruppen im Ruhrgebiet am 13. April 1945 wurden die Massengräber im Rombergpark entdeckt. Die Ermordeten lagen verscharrt in Bombentrichtern, die nach und nach geöffnet wurden. Wie aus den Zeugenaussagen zum Rombergparkprozeß (Januar bis April 1952) hervorgeht, sind die Männer und Frauen jeweils in den frühen Morgenstunden mit Stacheldraht bzw. Bindedraht gefesselt zu den am Tag zuvor von der Leitung der Gestapo ausgesuchten Bombentrichtern gebracht worden. Dies geschah zum Teil mit Lastwagen, zum Teil mußten die Gefangenen aneinandergefesselt zu zweit oder dritt zu ihrem Hinrichtungsplatz von Hörde aus laufen. Sie wurden am Rand der Bombentrichter durch

Genickschuß getötet und anschließend verscharrt. Diese Bombentrichter wurden mit Lehm und Kalk bedeckt. Insgesamt fanden zehn Exekutionen statt. Die erste wurde am 7. März 1945 durchgeführt. Die ersten drei Massenerschießungen fanden in der Bittermark, sechs weitere im Rombergpark und eine auf einem Eisenbahngelände in Hörde statt. Es wurden anfangs jeweils ca. 15-20 Personen getötet, am Karfreitag 1945 wurden 40 Personen erschossen. Nur 95 der 300 Erschossenen konnten später namentlich identifiziert werden.



Die Mordstätten und die Daten der Verbrechen (Quelle: Herzog, 81)

- 1** Spielwiese in der Bittermark, am 7. März 1945.
- 2** und **3** Im Wald an der Spielwiese, zwischen dem 7. und 24. März.
- 4, 5** und **6** Rombergpark (Acker) kurz vor dem 24. 3.
- 7** Rombergpark (Stadtförsterei) Karfreitag, 30. 3.
- 8** Rombergpark-Waldrand.
- 9** -Wald: beide in der Osterwoche März/April 1945
- 10** Eisenbahngelände hinter dem evang. Friedhof in Dortmund-Hörde, am 12. April 1945, als die Amerikaner bereits im Vorort Dorstfeld standen.

Diesen Erschießungen gingen keine Gerichtsurteile voraus, sondern sie erfolgten aufgrund der Anordnung der Kommandantur der Sicherheitspolizei, deren eine Abteilung die Gestapo war, im Wege der „Sonderbehandlung“. Früher mußte die Genehmigung zur „Sonderbehandlung“ vom Reichssicherheitshauptamt in Berlin eingeholt werden. Zur Zeit der Erschießungen bestand dieser Kontakt von Dortmund zum Reichssicherheitshauptamt in Berlin nicht mehr. Sie handelten also selbständig in eigener Verantwortung.

Warum wurden in den letzten Wochen vor dem Ende der Herrschaft des Nazismus noch so viele Menschen von der Gestapo ermordet?

Die Bewacher der Gefängnisse sollten für die Kämpfe an der Front, die immer näher heranrückte, eingesetzt werden. So gab es einen Befehl vom Reichssicherheitshauptamt, alle kleineren Gefängnisse zu schließen. Die Nazis befürchteten, daß von den Gefangenen beim Näherücken der Front Widerstand organisiert und durchgeführt werden könnte. Mit der Ermordung der Personen

wollten die Nazis auch die vernichten, die nach Kriegsende als Zeugen über den Terror hätten Aussagen machen können. Für Dortmund kam noch hinzu, daß die örtliche Gestapo einen Ruffel vom Staatssicherheitshauptamt bekommen hatte: Man wisse, daß in Dortmund eine kommunistische Zelle existiere, die zu anderen kommunistischen Gruppen im Reich Kontakt habe, zu deren Zerschlagung noch nichts getan worden sei.

11.3 Der Widerstand

Was war das für eine Gruppe, wie kam es zu ihrer Entdeckung und zur Ermordung eines Teils ihrer Mitglieder im März 1945 in der Bittermark?

Nach der Niederlage der deutschen Armee in Stalingrad 1943 schöpften die Mitglieder des Dortmunder Widerstands neue Hoffnung auf ein baldiges Ende des Krieges und damit auf die Niederschlagung des Faschismus. Ihre Aktivitäten nahmen nach diesem Ereignis zu.

Ein zentraler Treffpunkt des Dortmunder Widerstands war z. B. die Gartenlaube von August Kanwischer. Es kamen immer nur einige Mitglieder dort zusammen. Sie tauschten Informationen über die Situation an ihren Arbeitsplätzen aus. So arbeiteten Paul Mainusch, Willi Beutel, Franz Hippler und Emil Heyen auf der Westfalenhütte, Gustav Budnik auf „Minister Stein“, von anderen Zechen, Hansa und Scharnhorst, kamen Karl Altenhenne, Wladislaus Halbing, Karl und Erich Morchel.

An den Diskussionen nahmen Arbeiter von verschiedenen Hoch- und Tiefbauunternehmen, vom Werk „Union“ des „Dortmund-Hörder-Hüttenvereins“ und der Zeche „Hardenberg“ teil. Es wurde auch über die Zukunft gesprochen, über den Aufbau der politischen und wirtschaftlichen Organisation nach der Niederlage der Nazis.

Da große Teile der Dortmunder Bevölkerung nach den Luftangriffen und Zerstörungen der Stadt in den Gartenlauben eine neue Unterkunft gefunden hatten, fielen in dieser Situation die Zusammenkünfte von Mitgliedern der Gruppe nicht auf.

Bei der Gestapo wußte man seit 1943 zwar etwas von einer Dortmunder Widerstandsgruppe, aber genauere Informationen waren nicht bekannt. Einige Mitglieder der Gruppe mußten sich als ehemalige Häftlinge regelmäßig bei der Gestapo melden und dort Berichte über die Situation in den Betrieben abliefern. Diese Berichte wurden vorher mit einzelnen Gruppenmitgliedern abgesprochen - es waren fingierte Berichte. Durch den Einsatz eines Spitzels wollte die Gestapo sich genaueren Einblick über Dortmunder Widerstandsgruppen verschaffen. Der Spitzel wird in den Akten als G 64 geführt. G 64 - Heinrich Muth - war vor 1933 Funktionär der KPD gewesen, seit 1935 war er wegen illegaler Betätigung in Haft. Er wurde 1943 aus dem KZ Sachsenhausen entlassen. Er kam nach Dortmund und arbeitete ab Januar 1944 als Anlernschweißer auf der „Asphaltieranlage 2“ des Dortmund-Hörder-Hüttenvereins. In diesem Werk wurden unter dem Tarnnamen „Asphaltieranlage“ Panzer hergestellt, deren Produktion schon des öfteren sabotiert worden war. Wie andere ehemalige Häftlinge mußte auch Muth Berichte über die Situation im Werk anfertigen. Im Verlauf des Jahres 1944 gelang es Muth, das Vertrauen der Dortmunder Widerstandsgruppe zu finden. Muth lieferte bei dem Gestapo-Mann Gietler Berichte u.a. über Gespräche mit Mainusch, Kanwischer, Beutel und Altenhenne ab. In seinen Angaben übertrieb er die Vorhaben der Dortmunder Gruppe.⁵⁰

Inzwischen waren von der Widerstandsgruppe Kontakte nach Hagen, Schwerte und über Martha Gillessen nach Bestwig-Velmede geschaffen worden, außerdem bestanden Verbindungen zu kommunistischen Gruppen in Mitteldeutschland.

Das Denkmal in der Bittermark will auch an M. Gillessen erinnern. Sie war schon 1933 festgenommen und angeklagt worden, weil sie als Mitglied der KPD eine Broschüre zum Reichstagsbrand verbreitet hatte. Sie wurde zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Nach ihrer Entlassung lebte sie in Dortmund. Sie verließ die Stadt mit ihren beiden Töchtern jedoch nach schweren Bombenangriffen 1943 und ging nach Bestwig-Velmede. Diese Adresse war nur den Mitgliedern der Dortmunder Widerstandsgruppe bekannt. Im Fall drohender Verfolgung konnte der eine oder andere dort versteckt werden. Unmittelbar bedroht war Ende 1943 die Jüdin Charlotte Temming. Die Freunde warnten Ch. Temming und ermöglichten ihr Untertauchen zunächst in Dortmund. Später fuhr sie nach Bestwig-Velmede und wurde von M. Gillessen als Frau Schneider untergebracht. Im Januar 1945 wurde Martha Gillessen in Bestwig verhaftet und später im Rombergpark in Dortmund ermordet. Charlotte Temming konnte im letzten Augenblick aus dem Haus fliehen. Sie überlebte die Naziherrschaft.

Von der Gestapo wurde eine Namensliste für die Verhaftungen zusammengestellt. In der Nacht vom 8. zum 9. Februar 1945 nahm die Gestapo 28 Personen aus Dortmund, Martha Gillessen und ihre

Tochter Hannelore in Bestwig, sechs Personen aus Hagen und vier aus Schwerte fest. In den nächsten Tagen brachte die Gestapo weitere Mitglieder der Gruppe in den Luftschutzraum ihres Gebäudes in Hörde. Ab dem 10. Februar begannen die Verhöre, deren Folgen man später noch an den Leichen erkennen konnte.⁵¹

12. Die Opfer des Widerstandes - Mahnung und Verpflichtung

Von allen Völkern, die Opfer faschistischer „Machtergreifung“ oder Eroberung geworden sind, hat sich das deutsche Volk am wenigsten aus eigener Kraft befreien können. Die Befreiung kam von außen, durch die alliierten Armeen.

Deshalb stellt sich die Frage: Welchen Sinn messen wir dem aktiven Widerstand im „Dritten Reich“ dennoch zu?

Zunächst dürfen wir das Maß nicht unterschätzen, in dem der antifaschistische Widerstand zur Verkürzung des Krieges, zur Verringerung des Völkermordens beigetragen hat. Sodann hat er in den internationalen Beziehungen im Kampf gegen die braune Barbarei die Grundlage für die Freundschaft der Völker gelegt, die dann in der UNO-Charta ihren Willen bekundeten, friedlich und unter Achtung der gegenseitigen staatlichen Souveränität nach demokratischem Fortschritt zu streben.

Im Innern hat der antifaschistische Widerstand bei Parteien, Gewerkschaften und Kirchen den **Neubeginn** tief geprägt durch die Einsicht, daß begangene Fehler, die die frühzeitige Abwehr des Nazismus lähmten oder verhinderten, nie wiederholt werden dürfen.

Diese Einsicht fand ihren Niederschlag nicht nur im Schuldbekenntnis der evangelischen Kirchen, z. B. im Stuttgarter Bekenntnis und im Darmstädter Wort der bekennenden Kirche, sondern auch in organisatorischen Konsequenzen: vor allem in der erreichten Einheitsgewerkschaft.

Als Basis des künftigen demokratischen Pluralismus, die alle Richtungen des antifaschistischen Spektrums einigte, sind wesentliche Ziele des Widerstandskampfes zu unmittelbar gültigen Normen des GG geworden. Nur einige seien genannt:

Antimilitarismus bzw. Kampf für den Frieden in Art. 26, 1 GG: *„Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“*

Antifaschismus in Artikel 139 GG: *„Die zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“*

Der entsprechende Artikel VII des Gesetzes Nr. 8 des Alliierten Kontrollrates in Deutschland vom November 1945 lautet: *„Schriftlich, mündlich oder anderweitig betriebene Propaganda oder Agitation, die darauf abzielt, militärischen oder nationalsozialistischen Geist oder derartige Einrichtungen zu erhalten, wieder ins Leben zu rufen oder zu fördern oder die Verherrlichung des Krieges zum Gegenstand hat, ist verboten.“*

Hiermit bleibt also nationalsozialistisches Gedankengut ausdrücklich aus dem Recht auf freie Meinungsäußerung ausgeschlossen.

Antimonopolismus z.B. in Artikel 27 der Verfassung von NRW: *„(1) Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.*

(2) Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht mißbrauchen, sind zu verbieten.“

Die Verfassung von NRW wurde 1951 - also ca. zwei Jahre nach Verkündung des GG - von CDU und FDP, die damals im Parlament die Mehrheit besaßen, verabschiedet. Am Beispiel dieses Artikels zeigt sich, daß bis in die 50er Jahre nicht nur in den beiden sozialistischen Parteien (SPD u. KPD), sondern v. a. auch innerhalb der CDU starke Tendenzen vorhanden waren, die „auf die Umgestaltung der Wirtschaftsstruktur, auf ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in den Unternehmungen und auch auf die Vergesellschaftung eines großen Teils des produktiven Eigentums“ hinausliefen.⁵² Mit anderen Worten, es bestand damals ein breites gesellschaftliches Einverständnis darüber, daß die wirtschaftliche Macht derjenigen, die dem Faschismus mit zur Macht verholten und von seiner Existenz entscheidend profitiert hatten, gebrochen werden müsse.

Und schließlich: Hätte es den Opfermut der antifaschistischen Widerstandskämpfer nicht gegeben, „. . . dann wären es in der Tat nur fremde Siegermächte aus zwei Weltkriegen, die uns demokratisch

gemacht haben. Unsere Demokratie kann aber nur dann Bestand haben, wenn wir uns in sie hineinleben und der eigenen Wurzeln gedenken, die sie bei uns hat.⁶³

Der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Jürgen Girgensohn, schreibt in seinem Rundbrief an die Lehrer/-innen im Land Nordrhein-Westfalen am 28. Dezember 1982 u. a.:

„Sicherlich ist heute die Information über die Zeit des Nationalsozialismus selbstverständlicher Bestandteil des Unterrichts in unseren Schulen. Die Kontinuität solchen Unterrichts ist notwendig und darf nicht durch Erinnerung an einzelne Gedenktage ersetzt werden. Doch gibt es gerade im Verlauf des Jahres 1983 herausgehobene Anknüpfungspunkte, von der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes über die Gleichschaltung, die Einrichtung der ersten Konzentrationslager bis hin zur Bücherverbrennung.

Wissen und Erkennen reicht jedoch nicht: Wir müssen auch affektiv vermitteln, was Faschismus für die Menschen bedeutete und immer noch bedeuten kann.

Dabei hat sich gezeigt, daß lokale und regionale Untersuchungen gute Ansätze gaben, unseren Schülern und Schülerinnen den Zusammenhang von eher abstrakt empfundenen politisch-gesellschaftlichen Vorgängen und Strukturen mit den konkreten Verhältnissen am Ort der eigenen Umwelt zu verdeutlichen.“

Was bedeutet es heute - 50 Jahre nach dem faschistischen Machtantritt - im Geiste derjenigen zu handeln, die den Faschismus als Opfer erlebt und erlitten haben? Eine konkrete Antwort auf diese Frage gibt uns der Aufruf zu Kundgebungen am 29. Januar 1983, der von namhaften Vertretern der Arbeiter- und Friedensbewegung unterzeichnet worden ist. Dieser Aufruf steht unter der Losung:

„Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg!“

„Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg!“

Aufruf zu Kundgebungen am 29. Januar 1983 anlässlich des 50. Jahrestages des faschistischen Machtantritts

(Wortlaut)⁵⁴

Am 30. Januar 1983 jährt sich zum 50. Mal der Tag, an dem auf Drängen rechtskonservativer Kreise, nicht zuletzt von Vertretern der Schwerindustrie, der Hochfinanz und der Generalität, Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde.

Er zerschlug als erstes die Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften, beseitigte die parlamentarisch-demokratische Regierungsform und unterdrückte alle demokratischen Bestrebungen.

Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen für die sogleich beginnende Kriegsrüstung und die Vorbereitung des geplanten Angriffs zur Eroberung des „Ostraums“.

Die Fackelzüge am 30. Januar 1933 waren das Fanal für den Zweiten Weltkrieg.

Wenn wir heute dazu aufrufen, dieses schicksalsschweren Tages zu gedenken, so vor allem, um der möglichen Wiederholung eines solchen Verhängnisses entgegenzuwirken. Unser Volk hat gegenüber der kommenden Generation und den anderen Völkern die Verpflichtung, alles zu tun, damit von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht.

Das in Europa, in West und Ost, heute schon stationierte Atomwaffenpotential reicht aus, alles Leben auf unserem Planeten auszulöschen. Jede weitere Stationierung neuer, noch gefährlicherer Atomraketen, insbesondere in unserem Land, erhöht das Risiko totaler Vernichtung.

Heute, wie in den dreißiger Jahren, begründen die Befürworter der Aufrüstung ihre Politik mit demagogischen Phrasen und propagieren ein antikommunistisches Feindbild.

In diesem Klima gedeiht der Neonazismus, wächst sein Einfluß auf eine durch Arbeits- und Perspektivlosigkeit verunsicherte Jugend.

38 Jahre nach der Zerschlagung des Hitler-Regimes schüren neonazistische Gruppen Ausländerfeindlichkeit und Rassenhaß, organisieren Terror und Mord, derweil die Behörden nur zögernd, oft zu spät eingreifen und die Gefahr von rechts sträflich verharmlosen. Der 30. Januar 1933 mahnt uns, dem wiedererwachenden Nazismus entgegenzutreten und zugleich in unserem Widerstand gegen die Politik des Rüstungswahnsinns nicht nachzulassen.

Wir rufen deshalb auf, am Samstag, dem 29. Januar 1983, in Hamburg, Köln, Frankfurt am Main und München in machtvollen Kundgebungen zu demonstrieren:

- für sofortigen Rüstungsstopp in West und Ost,*

- *gegen die Stationierung neuer Atomwaffen in unserem Land,*
- *gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassenhetze,*
- *für das Verbot aller neonazistischen Parteien und Gruppierungen einschließlich der HIAG und die Unterbindung jeglicher nazistischer Propaganda und Kriegsverherrlichung,*
- *für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten,*
- *für Abrüstung und Friedenspolitik!*

Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg!

13. Anmerkungen

- 1 de Boer, Ubo: Kirchenkampf und Widerstand in Dortmund 1933-1945, Düsseldorf 1981
- E. Brinkmann: Der Kirchenkampf im deutschen Reich, in: Die evangelische Kirche im Dortmunder Raum 1815- 1945, Dortmund 1979, S. 201 ff.
- G. Birkmann: Dortmunder Juden unterm Hakenkreuz, Dortmund 1982
- Forschungsstelle Schulgeschichte (Hrsg.): Schule im Nationalsozialismus, Katalog, Dortmund 1983
- Stadt Dortmund (Hrsg.): Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945, Dortmund 1981 (zit.: Katalog)
- K. Klotzbach: Gegen den Nationalsozialismus, Hannover 1969 (zit.: Klotzbach)
- W. Herzog u. a.: Von Potempa bis zum Rombergpark, Dortmund 1968
- 2 Hering/Müller u. a.: Auf den Spuren der Geschichte, Dortmund 1981
- 3 siehe Wahlstatistik S. 13
- 4 siehe Eingabe an den Reichspräsidenten Hindenburg vom November 1932, zit. S. 6
- 5 vgl. R. Kühnl: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975, S. 169 (Dok. 94)
- 6 Reichstagswahl (siehe auch die Statistiken auf der Seite 13)
- | | | | | |
|------|-------|-----------|------------------------------|-----------|
| 1928 | NSDAP | 0,81 Mio. | DNVP | 11,9 Mio. |
| | | | DDP | |
| | | | DVP | |
| | | | u.a. rechte Splitterparteien | |
| 1932 | | 13,7 Mio. | | 3,5 Mio. |
- 7 vgl. M. Enzensberger (Hrsg.): Lesebuch zu den Klassenkämpfen Bd. 3, Darmstadt 1972, S. 40 (Dok.: Hitlers Tischrunde)
- 8 vgl. dazu Kapitel 5, S. 12
- 9 Die Voraussetzungen dafür waren bereits im Juni 1932 durch die Absetzung der sozialdemokratischen Regierung in Preußen, den sog. Preußenschlag, durch Papen und durch die Absetzung einer Reihe sozialdemokratischer Polizeipräsidenten in größeren Städten, z. B. Dortmund, Hannover, Anfang Februar 1933 geschaffen. Hierdurch und durch die Ernennung der SA zur Hilfspolizei hatten die Nazis die Polizei fest in ihrer Hand.
- 10 vgl. Kapitel 4
- 11 R. Kühnl, a. a. O., S. 160 ff. (Dok. Nr. 90)
- 12 E. Czichon : Wer verhalf Hitler zur Macht, Köln 1971, S. 72
- 13 Der Aufschwung zeigte sich bereits im Januar 1932 im Bergbau, dann im Bauwesen und Verkehrswesen, ab April stiegen die Aktienkurse. Dies konnte sich jedoch in den Arbeitslosenzahlen 1932 noch nicht widerspiegeln, da im Herbst die durch das Wetter bedingte steigende saisonale Arbeitslosigkeit die konjunkturelle Aufwärtsbewegung überdeckte. Vgl. dazu W. Breuer: Deutschland in der Wirtschaftskrise 1929/1932, Köln 1974, S. 39 ff.
- 14 J. Goebbels: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1934
- 15 Die heutige Westfalenhütte von Hoesch gehörte nicht zu den Vereinigten Stahlwerken. Der Hoesch-Konzern war nach den Vereinigten Stahlwerken und nach der Friedr. Krupp AG der drittstärkste Ruhrkonzern. Generaldirektor dieses Konzerns war seit 1925 Fritz Springorum.
- 16 zit. nach: U. Hörster-Philipps: Großkapital, Weimarer Republik und Faschismus, in: R. Kühnl: Die Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1977, S. 61.
- 16a zit. nach: U. Hörster-Philipps. Wer war Hitler wirklich ? Köln 1978, S. 162
- 17 zit. nach: D. Stegmann: Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930-1933, in: Archiv für Sozialgeschichte Bd. 13, 1973, S. 399-482
- 18 Nekrologe aus dem Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet, Jg. 1939-1951, bearb. von Dr. F. Puehr, S. 123 (zit.: Nekrologe).
- 19 G. v. Klass ; A. Vögler; Einer der Großen des Ruhrreviers, Tübingen 1957, S. 265
- 20 ebda., S. 277 f.
- 21 Nekrologe, S. 123
- 22 siehe unten S. 16-18
- 23 Dortmunder Zeitung Nr. 52 vom 31.1. 1933.
- 24 Aufruf der KPD zum Generalstreik in: R. Kühnl: Der deutsche Faschismus, S. 231 (Dok. Nr. 126)
- 25 Aufruf des Vorstandes der SPD und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, in : R. Kühnl: Der deutsche Faschismus, S. 232 (Dok. Nr. 127).
- 26 Aufruf des Kampf-Ausschusses der Eisernen Front Groß-Dortmund, in : Westfälische Allgemeine Volkszeitung vom 4. 2. 1933
- 27 vgl. Kapitel 5
- 28 Katalog S. 75, Dok. 205, und S. 75 ff.
- 29 Beschluß des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 19. 4.1944. in: R. Kühnl: Der deutsche Faschismus, S. 236, (Dok. Nr. 129)
- 30 G. Weisenborn: Der lautlose Aufstand, Frankfurt 1981 S. 170-172
- 31 Siehe Katalog, S. 74 f.
- 32 Flugblatt zu den Vertrauensleutewahlen im April 1934, in: Altmann u. a.: Der deutsche antifaschistische Widerstand,

- Frankfurt 1975, S. 75
- 33 Aufruf des Einheitskomitees von Dortmund zur gemeinsamen Arbeit bei den Vertrauensrätewahlen zur gemeinsamen Wiederaufbau der freien Gewerkschaften, aus Privatbesitz von H. Junge, Dortmund
- 34 Katalog, S. 146
- 35 Aus einem Interview mit M. Heitland, Sommer 1980
- 36 Vgl. Klotzbach, S. 129, 134 f.
- 37 Vgl. Das Prager Manifest des Exilvorstands der SPD vom Januar 1934 und die Mitte Juni 1934 aufgegebene ursprüngliche Losung der KPD für die Anfang 1935 stattfindende Volksabstimmung an der Saar: Für eine rote Saar im Räte-Deutschland
- 38 F. Henßler war vor dem Parteiverbot Vorsitzender des Bezirks Westliches Westfalen und des Unterbezirks Dortmund-Sauerland der SPD, Vorsteher der Dortmunder Stadtverordnetenversammlung und Mitglied des Reichstags. Die Darstellung dieses Kapitels stützt sich auf die Broschüre von M. Pawlak: Fritz Henßler, Ein Leben für die Arbeiterbewegung, Dortmund 1978
- 39 Klotzbach, S. 127.
- 40 Ebda, S. 132.
- 41 Ebda, S. 134.
- 42 Die „Sozialistische Aktion“ war ein Presseorgan des sozialdemokratischen Emigrationsvorstandes. Sie erschien zweiwöchentlich, seit Herbst 1935 monatlich, vom November 1933 bis zum Herbst 1938 in Karlsbad
- 43 Klotzbach, S. 135
- 44 W. Runge: Das Prager Manifest von 1934, Hamburg 1971, S. 34
- 45 M. Pawlak: Fritz Henßler, S. 29
- 45a Wir danken Dieter Knippschild für die hier verarbeiteten Informationen
- 46 Siehe WLZ vom 3. 11. 1943
- 47 Abgedruckt im Katalog, S. 194, Nr. 640
- 48 Siehe Katalog, S. 196 f.
- 49 Eine ausführliche Darstellung seines Kampfes bietet die Broschüre: Hans Grüning. Ein deutscher Antifaschist kämpft und stirbt gemeinsam mit sowjetischen Patrioten, Dortmund 1981.
- 50 Die Bedeutung des Spitzels Muth für die Durchführung der Verhaftungen ist heute nach neueren Nachforschungen umstritten. 1952 wurde der Prozeß gegen Muth und andere geführt. Einige der an den Morden beteiligten Gestapo-Mörder konnten nicht mehr ermittelt werden. In dem Prozeß wurde Muth als der Hauptschuldige betrachtet. Er wurde zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. 15 Angeklagte wurden freigesprochen. Die Strafen für Mitglieder der Gestapo betragen zwischen 1 und 2 Jahren Zuchthaus. Muth beteuerte in dem Prozeß, nicht der Hauptinformant der Gestapo gewesen zu sein. Dies scheint bei der Festlegung des Strafmaßes nicht berücksichtigt worden zu sein, dagegen wurde den Gestapo-Mitgliedern die Kriegssituation zugute gehalten.
- 51 Die Ausführungen in diesem Kapitel stützen sich auf:
- a) Katalog, siehe besonders S. 86, 310, 316
 - b) Klotzbach, siehe besonders S. 253-255
 - c) Heinz Junge, Die Mörder sind noch unter uns, Dortmund 1967
 - d) Heimatbuch für Dortmund, Dortmund 1965
 - e) Dortmund Karfreitag 1945, Dortmund 1971
 - f) H. Hensel, Mit Stacheldraht gefesselt, Dortmund o. J.
 - g) Auskünfte von W. Liggesmeyer, September 1982
- 52 W. Abendroth, Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der Bundesrepublik, Frankfurt 1965, S. 14
- 53 G.W. Heinemann, Preisrede anlässlich des ihm verliehenen Lessingpreises in: Kultur und Gesellschaft 12/75
- 54 in: Blätter zur deutschen und internationalen Politik, 10/82, S. 1260 f.

14. Erläuterungen und Abkürzungen

Personen:

Braun, Otto

(1892-1945) Sozialdemokrat, preußischer Ministerpräsident von 1931-1932, der den Staatsstreich Papens ohne Widerstand hinnahm

Brüning, Heinrich

(1885-1970) Zentrumspolitiker, 1930-1932 Reichskanzler

Ebert, Friedrich

(1871-1925) Sozialdemokrat, 1919-1925 Reichspräsident

Fest, Joachim C.

Zeitgenössischer Historiker, Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Gast, Willi

(geb. 1905) Mitglied der KPD vor 1933, Dortmunder Widerstandskämpfer

Gillessen, Martha

(1901-1945) Mitglied der KPD vor 1933, Dortmunder Widerstandskämpferin

Goebbels, Josef

(1897-1945) seit 1922 Mitglied der NSDAP, seit 1933 Reichsminister für „Volksaufklärung und Propaganda“ und Präsident der Reichskulturkammer

Göring, Hermann

(1893-1946) seit 1922 Mitglied der NSDAP, 1932-1945 Reichstagspräsident, 1933/34 preußischer Innenminister, 1933-1945 Reichsminister der Luftfahrt

Grüning, Hans

(1917-1944) Mitglied des KJVD vor 1933, Dortmunder Widerstandskämpfer, 1944 hingerichtet

Henßler, Fritz

(1886-1953) Sozialdemokrat, Reichstagsabgeordneter von 1930-1933, Vorsteher der Dortmunder Stadtverordnetenversammlung von 1924 bis 1933, Dortmunder Widerstandskämpfer, 1946 Oberbürgermeister von Dortmund

Heitland, Max

(geb. 1903) Sozialdemokrat, Dortmunder Widerstandskämpfer

Hindenburg, Paul v.

(1847-1934) 1916-1919 Chef des Generalstabes des Feldheeres, 1925-1934 Reichspräsident, ernannt am 30. 1. 1933 Hitler zum Reichskanzler

Hitler, Adolf

(1889-1945) 1921-1945 Parteiführer der NSDAP. 1933-1945 Reichskanzler, seit 1934 zugleich Staatsoberhaupt

Kapp, Wolfgang

(1858-1922) 1920 Anführer des nach ihm benannten Putsches gegen die Weimarer Republik

Kirdorf, Emil

(1847-1938) Großindustrieller, 1892-1926 Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, seit 1893 Vorsitzender des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats, Direktoriumsmitglied des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, seit 1927 Mitglied der NSDAP

Klönne, Max

(1878-1945) Industrieller in Dortmund der Firma Klönne

Krupp von Bohlen und Haibach, Gustav

(1870-1950) Großindustrieller, 1931-1933 Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, seit 1934 Leiter der Reichsgruppe Industrie, Wehrwirtschaftsführer, in Nürnberg von den Alliierten als Kriegsverbrecher verurteilt

Muth, Heinrich

vor 1933 KPD-Funktionär, danach bis 1943 im KZ Sachsenhausen, freigelassen mit der Auflage, als Spitzel für die Gestapo zu arbeiten, seit 15. 1. 1944 dafür als Schweißer auf Phönix beschäftigt

Müller, Herrmann

(1876-1931) Sozialdemokrat, 1928-1930 Kanzler der großen Koalition, 1930 gestürzt und durch Brüning ersetzt

Noske, Gustav

(1868-1946) Sozialdemokrat, Mitglied des Rates der Volksbeauftragten, 1918-1919 übernimmt er die Aufgabe, als „Bluthund“ den Spartakusaufstand niederzuwerfen, 1919-1920 Reichswehrminister

Papen, Franz v.

von (1879-1969) Zentrumspolitiker, 1932 Reichskanzler, Reichskommissar für Preußen, 1933-1934 Vizekanzler, bis 1944 Mitglied des Reichstages, als Kriegsverbrecher verurteilt

Poensgen, Ernst

(1871-1949) Großindustrieller, DNVP, ab 1926 im Vorstand der Vereinigten Stahlwerke

Reusch, Paul

(1868-1965) Vorstandsvorsitzender der Gute Hoffnungshütte von 1909 bis 1942, stellvertretender Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages von 1920 bis 1933, Im Präsidium im RDI

Schacht, Hjalmar

(1877-1970) Bankier, 1924-1929 und 1933-1939 Reichsbankpräsident, Mitglied des Freundeskreises der Wirtschaft der NSDAP, 1924-1937 Reichswirtschaftsminister

Schmidt, Kurt

alias August Hartmann, genannt „Langer August“, Widerstandskämpfer und Interbrigadist

Schleicher, Kurt

von (1881-1935) Reichswehrgeneral, 1932 Reichswehrminister, 1932/33 Reichskanzler, 1934 im Auftrag Hitlers ermordet

Schroeder, Kurt Freiherr von

(1889) Bankier, Mitglied des Freundeskreises der Wirtschaft der NSDAP, bei ihm trafen sich Papen und Hitler am 4.1.1932 zur Vorbereitung der faschistischen Machtübernahme

Seeckt, Hans von

(1866-1936) 1920-1926 Chef der Heeresleitung der Reichswehr

Springorum, Fritz

(1886-1942) Dortmunder Großindustrieller, ab 1925 Generaldirektor, ab 1932 Vorstandsvorsitzender des Hoesch-Konzerns, Wehrwirtschaftsführer

Stadtler, Eduard

(1886-1945) 1918-1919 Generalsekretär der antibolschewistischen Liga

Stinnes, Hugo

(1870-1924) Großindustrieller, Politiker der DVP, Förderer Hitlers

Strasser, Otto

(1897-1973) 1925-1930 Mitglied der NSDAP, Austritt, 1933 emigriert

Temming, Charlotte

(1903) Mitglied der KPD vor 1933, Dortmunder Widerstandskämpferin

Thyssen, Fritz

(1873-1951) ab 1926 Leiter der Vereinigten Stahlwerke, Mitglied des Präsidiums des RWI, ab 1929 Unterstützung der NSDAP, nach 1933 Mitglied des Reichstages

Vögler, Albert

(1877-1945) Dortmunder Großindustrieller, 1926-1935 Generaldirektor, danach Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke, Wehrwirtschaftsführer

Zörgiebel, Karl

(1871-1961) ab 1926 Polizeipräsident von Berlin, 1931 in Dortmund

Begriffe:**Auschwitz:**

Vernichtungslager in Polen

Börgermoor:

Konzentrationslager bei Hamburg

Düsseldorfer Industrieclub:

Treffpunkt für Industrielle. Hitler hielt hier am 27.1.1932 eine Rede, die ihm die Unterstützung großer Teile des Kapitals sicherte.

Eiserne Front:

Kampfverband zur Verteidigung der Weimarer Republik, bestehend aus SPD-Mitgliedern, Mitgliedern des ADGB, der Arbeitersportverbände und von Kulturverbänden.

Freikorps:

Nach 1918 Verbände von freiwilligen, ehemaligen Frontsoldaten des I. Weltkrieges, die im Inland und Ausland (Baltikum) sozialistische und kommunistische Bestrebungen zum Teil mit der Vollmacht der Regierung blutig bekämpften.

Harzburger Front:

Ein erstes organisatorisches Bündnis der Rechten 1931 in Bad Harzburg mit dem Ziel der Abschaffung der demokratischen Verfassungsform. Neben der NSDAP, der DNVP, dem Stahlhelm, dem Reichslandbund und dem Alldeutschen Verband nahmen auch Vertreter der Industrie, des Großgrundbesitzes und des Militärs teil.

Interbrigaden:

Internationale, freiwillige militärische Verbände, die in Spanien auf Seiten der Republikaner gegen die Truppen des putschenden faschistischen Generals Franco von 1936 bis 1939 kämpften.

Kapp-Putsch:

Der ostpreussische Großgrundbesitzer v. Kapp und der General v. Lüttwitz versuchten mit militärischer Gewalt vom 13. bis 17. 3.1920 die verfassungsmäßige Regierung Braun (SPD) zu stürzen; unterstützt u. a. von Hugenberg, Kirdorf, Krupp und Stinnes. Durch den vereinigten Generalstreik der Arbeiterbewegung scheiterte dieser Putsch.

Präsidialkabinette:

Bezeichnung für die Regierungsform der Reichskanzler Brüning, v. Papen und Schleicher 1930-1933, die sich nicht mehr auf eine parlamentarische Mehrheit stützten, sondern mit Hilfe des Weimarer Reichsverfassungsartikel 48 mit Notverordnungen des Reichspräsidenten regierten.

Reichsbanner:

Paramilitärischer Kampfverband der SPD seit 1924 zum Schutze gegen Überfälle durch die SA. 1931 in die Eiserne Front übergeführt.

Reichstagsbrand:

Am 27.2.1933 wurde das Reichstagsgebäude in Berlin in Brand gesteckt. Da die Kommunisten von den Nationalsozialisten als Brandstifter beschuldigt wurden, obwohl sie selbst den Brand gelegt hatten, konnten sie das als Vorwand nehmen, eine erste, umfangreiche Verhaftungswelle gegen die Arbeiterbewegung zu beginnen.

Reichswehr:

Bezeichnung der durch den Versailler Vertrag auf 100 000 Mann begrenzten Wehrmacht der Weimarer Republik.

Ruhrkampf:

Zur Bekämpfung des Kapp-Putsches hatten sich im Ruhrgebiet durch die Bewaffnung der Arbeitereine Rote-Ruhr- Armee gebildet. Diese forderte eine endgültige Niederwerfung der Militaristen und die Durchsetzung des Sozialismus. Aber eine neue Koalitionsregierung unter H. Müller (SPD) warf mit Hilfe der Reichswehr und von Freikorps im April 1920 diesen Versuch blutig nieder.

Sachsenhausen:

Konzentrationslager in der Nähe von Berlin

Stahlhelm:

Bund der Frontsoldaten, größte militärische Organisation der Weimarer Republik; 1933: 750 000 Mitglieder; seit 1932 auf die NSDAP orientiert.

Stalingrad:

Stadt der UdSSR, wo im Januar 1943 zum ersten Mal eine bedingungslose Kapitulation eines Armeekorps der deutschen Armee erzwungen wurde; dadurch wurde die entscheidende militärische Wende im II. Weltkrieg durch die Rote Armee herbeigeführt.

Treuhänder der Arbeit:

Durch das Gesetz vom 19. 5.1933 wurden durch den Reichskanzler Treuhänder der Arbeit ernannt. Sie sollen den Abschluß von Arbeitsverträgen durchführen und für die Aufrechterhaltung des „Arbeitsfriedens“ sorgen. Sie waren an Richtlinien der Reichsregierung gebunden. Damit war die Tarifautonomie ausgeschaltet.

Abkürzungen

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
CDU	Christlich Demokratische Union
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DMV	Deutscher Metallarbeiterverband
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
DZ	Dortmunder Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
GA	Generalanzeiger
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GG	Grundgesetz
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
NS	Nationalsozialismus ; nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
RDI	Reichsverband der Deutschen Industrie
RGO	Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition
SA	Sturmabteilung
SOPADE	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Emigration)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
WAVZ	Westfälische Allgemeine Volkszeitung

